

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Freitag, den 10. November 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

**Die Insertions-Gebühr**  
beträgt für die sechsstelligen Kolonial-  
zeile oder deren Raum 40 Wg. für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Bekanntmachungs-Anzeigen 25 Wg.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (fest-  
gesetzte) Wort 10 Wg., jedes weitere  
Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Inserate für  
die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis: pro Nummer 10 Wg.;  
vierteljährlich 30 Wg., monatlich 1,10 Wg.,  
wöchentlich 20 Wg. frei ins Haus.  
Eingelagerte Nummer 5 Wg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Wg. Post-  
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingelagert in die Post-Zeitungs-  
Preiskategorie. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

### Flottenkoller.

Im Jahre 1900 wurde von der Reichstagsmehrheit jene ungeheuerliche Flottenvorlage bewilligt, die an Marine-Ausgaben bis zum Jahre 1917 nahezu 5 Milliarden Mark vorsah. Und jetzt, nach 5 Jahren, ist dem Reichstage bereits eine neue Flottenvorlage angekündigt worden, die nach den Berechnungen eines Zentrumsparlamentariers für die nächsten 12 Jahre eine Erhöhung der Marine-Ausgaben um jährlich 70 Millionen Mark fordern soll. Damit hätte der Marine-Etat eine Höhe von mehr als 300 Millionen erreicht, das heißt soviel, als das Deutsche Reich im Jahre 1872 für Meer, Marine, Pensionsfonds und Schuldzinsen zusammen ausgab! Haben sich die Ausgaben für die Landarmee verdreifacht, so haben sich die Marinekosten inzwischen vervielfacht.

Diese ungeheure Steigerung, namentlich der Marine-Ausgaben, offenbart den Umschwung der Auffassung, der sich innerhalb einer ganz kurzen Zeitspanne bei unserer herrschenden Klasse über den Zweck unserer Marine und die weltpolitische Stellung Deutschlands vollzogen hat. Noch vor einem Jahrzehnt hätte kein ernsthafter Politiker gewagt, sich zu jenem Evangelium der Weltpolitik zu bekennen, das jetzt auf allen Gassen gepredigt wird. Als im Jahre 1896 der Gänge-Peters das damals ausgegebene Schlagwort von dem „größeren Deutschland“ aufnahm und für eine „Weltpolitik“ agitierte, wurde seine Propaganda sowohl von dem damaligen Staatssekretär der Marine, **Hollmann**, wie von dem Staatssekretär des auswärtigen Amtes, **von Marschall**, mit aller Schärfe desabonniert: an seiner Stelle im Reichde besahe die Absicht, Schiffe ins Blaue hinein zu bauen und eine Weltpolitik zu inaugurieren, wie man sie vielfach befürchte. Und im März desselben Jahres erklärte der Führer des Zentrums, der Abgeordnete **Dr. Lieber**, im Reichstag feierlich, daß seine politischen Freunde ohne jede Ausnahme entschlossen seien, gegen die ulerlosen Flottenpläne jetzt und inmer ganz entschiedenen Front zu machen. Daß man auch in konservativen Kreisen von der „gräßlichen Flotte“ nichts wissen wollte, ist nicht minder bekannt. Und heute, wo die ulerloseste Flotten- und Weltpolitik längst zum gesetzlich festgelegten Programm der Marineverfärkung geworden ist, wo es sich um nichts Geringeres handelt, als um ein aberwitziges Wettrennen mit England und Amerika, ist von einer ernstlichen Opposition vom Zentrum bis zum demokratischen Freisinn kein Hauch mehr zu verspüren!

Wie ist eine solch verblüffende Wandlung zu erklären? Ist es denkbar, daß der so oft und so nachdrücklich geäußerte Wille **Wilhelms II.** in der Tat zum obersten Gesetz des politischen Denkens und Handelns unserer bestehenden Klasse geworden ist? Fast könnte es so scheinen, denn die oft zitierten kaiserlichen Aussprüche, daß das größere Deutsche Reich auch fest an das Deutsche Reich anzugliedern sei, daß der Dreizack in unsere Faust gehöre, Neuerungen, die seinerzeit mit Staunen und Befremden aufgenommen wurden, sind heute zu den abgenutztesten agitatorischen Schlagworten unserer weltmachberauschten Bourgeoisie geworden. Trotzdem hat natürlich nicht der suggestive Wille eines getrunkenen Hauptes das scheinbare Wunder bewirkt, sondern unsere Bourgeoisie ist ganz natürlich, ihren kapitalistischen Instinkten folgend, auf die schlüpfrige Bahn der Weltpolitik geraten.

Herr **Erzberger** hat letzter Tage eine koloniale Bilanz gezogen und aus ihr den Bankrott unserer Kolonialpolitik nachgewiesen. Dreiviertel Milliarde hat das Deutsche Reich für seine Kolonien ausgegeben, um für 300 Millionen Mark Waren nach denselben auszuführen zu können. Gewiß, das Unhaltbare einer solchen Politik ist offenbar, und man könnte nur nicht begreifen, wie eine Volksvertretung eine solche Politik auch nur einen Tag länger gutheißen kann. Ja, wenn in unserem Reichstag die Interessen des Volkes tatsächlich wahrgenommen würden! Aber die bürgerlichen Parlamentarier vertreten ja nicht das Volk, sondern die besitzende Klasse; sie beschäftigen sich nicht das Gemeinwohl, sondern das Sonderinteresse bestimmter kapitalistischer Kreise. Für diese Kreise aber gewinnt die Bilanz unserer Kolonial- und Weltpolitik ein ganz anderes Aussehen.

Vom demokratischen und rein nationalökonomischen Standpunkte aus ist nicht nur die deutsche, sondern überhaupt jede Kolonialpolitik ein mehr als zweifelhaftes Geschäft. Ueberflügelt man die ungeheuren Summen, die England und Frankreich für ihre weitwollsten Kolonien Indien und Algier haben opfern müssen, so ergibt sich kein Gewinn, sondern ein Defizit. Aber dies Defizit hat der Staat, haben zur Hauptsache die arbeitenden Klassen zu decken, während die Kapitalistenklasse bei der Kolonialpolitik meist sehr gut fährt. Zahlreichen Spekulanten bietet sich in den Kolonien Gelegenheit zu wucherischer Kapitalanlage, zahlreichen Bourgeoisprohlingen eröffnet sich die Anwartschaft auf hoch bezahlte Beamtenposten — auch oppositionelle Politiker haben bekanntlich Anspruch auf koloniale Einkünfte — Kapitalisten, Plantagenbesitzer und Kaufleute wird durch die Preisgabe der Eingeborenen ein weites Tätigkeitsfeld für infamste Auswucherung und Ausbeutung gegeben. Kommt es dann zu kolonialen Unfällen, so zahlen nicht sie, die Ruinierher der kolonialen Ausbeutungswirtschaft die Kosten dafür, sondern die besitzlosen Klassen.

So ist es in England und Frankreich, so ist es auch in Deutschland. Mühen unsere bestehenden Klassen die Kosten unserer Kolonial- und Weltpolitik tragen, so würden unsere kostbaren Kolonien längst meistbietend versteigert worden sein. Da aber die Ausgaben für Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik ausschließlich aus den indirekten Reichseinnahmen bestritten werden, da also die arbeitende Bevölkerung bei weitem den Löwenanteil dieser Ausgaben zu tragen hat, konnte unsere Bourgeoisie bequem aus dem Vollen wirtschaften. So kläglich es aber auch um unsere Kolonialpolitik bestellt ist, für manche Schichten der bestehenden Klassen war sie immerhin die milchende Kuh. Einige Reeder und Kolonialfirmen machten immerhin recht gute Geschäfte. Der Weizen der kolonialen Landpekulation blühte, und mancher halb verkrachtene bourgeoise Existenz gelang es, durch die bekannten Händlerpraktiken wieder auf einen grünen Zweig zu kommen. Schneidigen Affektoren aber bot sich in den Kolonien die Gelegenheit, ihren autokratischen Neigungen die Zügel schiefen zu lassen. Nimmt man noch hinzu, daß man das Zentrum durch Häufelung des Missionswesens überdeckte, so wird man begreifen, daß die bestehende Klasse an der Kolonialpolitik mehr und mehr Geschmack gefunden hat. Und die kostspieligen Kolonialkriege haben, statt abzusprechen, der Kolonialpolitik neue Verehrer und Verteidiger erworben. Seitdem den ostpreussischen Junkern durch den Hererokrieg Gelegenheit gegeben war, 10 000 Pferde, deren Gebeine jetzt in den Wüsteneien Südwestafrikas bleichen, zu günstigen Preisen an die Regierung loszuschlagen, sind auch sie zu der Ueberzeugung gekommen, daß sich bei solchen Kolonialabenteuern ein hübsches Profitchen machen läßt. Ferner ist es nicht allein die Firma **Lippelskirch**, die bei den Lieferungen für die Truppen ein Bombengeschäft macht. Die Firma **Boermann** hat ja viele Millionen allein an Liegegeldern eingespart. Nicht zu vergessen ist auch, daß sich ein ausgedehnter Kolonialkrieg auch den Herren Offizieren die heißersehnte Abwechslung ihres sonst so öden Lebens in kleinen Garnisonen und die nicht minder ersehnte Möglichkeit eines rascheren Avancements bietet. So besitzt die Kolonialpolitik für Kapitalistenklasse und Junkertum genug der reizvollen Seiten; die Rehrseite der Medaille, die ungeheure Verschwendung des nationalen Gutes, das aus den abgedarrten Groschen der Armen zusammengeflohen ist, sieht eben nur die besitzlose Klasse. Das Proletariat ist ja die einzige Bevölkerungsschicht, der die Kolonialpolitik nur ungeheure Lasten aber nicht die geringsten Vorteile bringt. Denn für die industrielle Produktion kommt die lächerliche Ausfuhr nach den Kolonien nicht in Betracht, zur Ansiedelung gehört ein beträchtliches Kapital, und bei den Arbeiten bei Bahnbauten u. dgl. unsere Kolonialverwaltung den Ausländern den Vorzug vor den deutschen Proletariern.

Dergestalt hat sich unsere Bourgeoisie nicht nur mit der Kolonialpolitik ausgehört, sondern ihr weltpolitischer Appetit ist durch die ersten Vissen eigentlich erst erregt worden. Es wäre zu schön, wenn man auch ein Hundertmillionenland wie Indien oder wenigstens eine Kolonie wie Algier ausaugen könnte. Aber was nicht ist, so denkt man, kann vielleicht noch werden. Man stärke einstweilen Deutschlands Seemacht, um gegebenenfalls mit gepanzerter Faust zupacken zu können!

Die Flottenpolitik selbst aber ist für einflußreiche Kapitalistenschichten ein noch unendlich besseres Geschäft, als die Kolonialpolitik. Die Kanonen- und Panzerplattenfabrikanten, die Schiffsbau-Aktionäre verdienen dabei unzählige Millionen. Der Zentralverband deutscher Industrieller weiß nur zu gut, weshalb er sich im geeignetsten Augenblick mit aller Macht in die Flottenagitation stürzen will. Daß die Flotten- und Weltmachtspolitik ein äußerst gewagtes Spiel ist, daß die Nation in den verderblichsten Weltkrieg, die verhängnisvollste Katastrophe stürzen kann, was kümmert das unsere Prozentpatrioten! Durch die Rücksicht auf die Folgen hat sich noch nie eine herrschende Klasse abhalten lassen, mit glatteren Händen zusammenzuraffen, was nur erastri werden konnte. Mag nach ihnen die Sintflut hereinwettern!

Wie in der inneren Politik so hat auch in der auswärtigen Politik das Bürgertum vollständig verfaßt. Mag hier und da auch noch ein Freisinn- oder Zentrumsdemagoge gegen die Kolonial- und Flottenforderungen donnern: Alle Parteien haben sich mit dem neuen Kurs der Weltmachtspolitik endgültig abgefunden. Ihr gelegentliches Sträuben dient nur noch niedrigen Schacherzwecken. Die arbeitende Klasse ist das einzige Bollwerk, das das Gland der friedlichen Kultur und des sozialen Fortschrittes gegen die Springflut der entseffelten kapitalistischen Gabbier und des chauvinistischen Größenwahns zu schützen vermag!

### Die Revolution in Rußland.

Ein geschäftiges Hin- und Hertappen der Kamarilla, ein schwindelhaftes Zutragenpiel **Witte-Trepow** hinter den Kulissen, Personalveränderungen, die in der herrschenden Klasse selbst vorgenommen werden, die Organisation gar neuer zaristischer Ministerien zur Verwahrung der bisherigen Garnitur dieser Häuser der gegenwärtigen Toleranz im Diebstahl und Volkveränderung, das alles nach dem gewaltigen Volkssturm der letzten Wochen — man weiß beinahe nicht, was größer ist: die Euphorie oder die Schreckerei der wütenden Vertreter des letzten absoluten Gottesgnadentums in Europa. Eine halbe Kammer, ein „erweitertes“ Wahlrecht unter Ausschluß des ländlichen Proletariats, des Kleinbürgerums und der Teilnehmer der letzten revolutionären

Streiks, an Stelle **Trepows**, des russischen Cavaignac, irgend ein anderes Werkzeug der Kamarilla, einer vor der degenerierten Zarenbrut und gleichzeitig Judenmehelien und Massenmorde ohne Ende, mit solchen Mitteln glaubt der zerstückelte Absolutismus sich aus der Patsche herauszuhelfen! So geht denn auch mit ebenerm Schritt die Revolution ihren Weg weiter. Das Proletariat rüfret Kieberhaft zu neuen Kämpfen. Es dürften kaum Wochen vergehen, bis ein abermaliger Zusammenstoß auf der ganzen Linie die Entscheidung um ein gewaltiges Stück näher rückt, vielleicht schon herbeiführt.

### Kleine Reparaturen.

**Petersburg**, 9. November. (Werbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Durch kaiserlichen Erlaß ist ein selbständiges Ministerium für Handel und Industrie geschaffen worden. Der Verweser der Hauptverwaltung der Landwirtschaft **Schwanebach** ist unter Genehmigung seines Abschiedsgesuches zum Mitgliede des Reichsrates ernannt worden. Reichskontrolleur und Mitglied des Reichsrates **Loßko** ist unter Verabschiedung als Reichskontrolleur zum Generaladjutanten ernannt worden. Fürst **Chilkow** ist der Alexander-Ordens mit Brillanten verliehen worden. An den Großfürsten **Wladimir**, den bisherigen Finanzminister **Kolowzoff**, den Fürsten **Chilkow** und an **Loßko** hat der Kaiser Handschreiben gerichtet.

**Petersburg**, 9. November. Der heilige Synod wird in ein Patriarchat umgewandelt; zum Patriarchen soll der jetzige Metropolit von Petersburg ernannt werden.

**Petersburg**, 9. November. Der Staatsrat wird ein Gesetz unterzeichnen betreffend die Gründung eines Presbureaus, ähnlich der Organisation, welche seinerzeit **Bismarck** in Deutschland eingeführt hatte.

**Petersburg**, 9. November. Die Ernennungen für das Ministerium des Innern und des Unterrichts sind noch immer nicht erfolgt. Der Beschluß für das Ministerium, ein Geschäftskabinet zu bilden, ist vom Zaren gebilligt worden.

**Trepow** soll nach einer Meldung den Abschied erhalten haben. An seine Stelle tritt angeblich der Großfürst **Nikolai Nikolajewitsch**.

Das „Bureau Laffan“ meldet:

**London**, 9. November. General **Trepow** hat, einer Petersburger Meldung des „Daily Telegraph“ zufolge, fünfmal seinen Rücktritt angeboten, ist aber immer von Witte gebeten worden, im Amte zu bleiben.

### Das Wahlrecht.

Eine russische Korrespondenz bringt die Nachricht, es sei beschlossen worden, daß in die Reichsduma nur solche Reichsdumakandidaten der Arbeiterschaft zugelassen werden, die das ganze Jahr hindurch als Arbeiter tätig gewesen sind. Wahlberechtigt sind ebenfalls nur ständige Fabrikarbeiter, nicht aber solche, die ein Teil des Jahres sich mit der Landwirtschaft beschäftigen.

### Die Judenmehelien.

Das Wüten der „schwarzen Borden“ und des von ihnen ausgestalteten Böbels gegen die Juden dauert in der ganzen Strecke des Zentral-, Süd- und Westrusslands fort.

Der dem Verband der Verbände“ angehörige Fürst **Eristow** beabsichtigt, durch Vorträge und Flugschriften das Volk darüber aufzuklären, daß die jetzigen Krawalle und Judenmohafates von der russischen Regierung organisiert sind.

### Das erste sozialdemokratische Blatt in Petersburg.

**Petersburg**, 9. November. Heute ist hier die erste Nummer der sozialdemokratischen Zeitung „Nowaja Schisn“ („Neues Leben“) erschienen. Die Redaktion soll in engster Verbindung mit **Maxim Gorki** stehen.

Das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ meldet: Die sozialdemokratische Partei veröffentlicht in der neuen Zeitung „Nowaja Schisn“ ihr Programm, das sich im allgemeinen dem Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie anschließt.

### Der Kampf geht weiter.

Aus **Thorn** wird gemeldet: Nach einer aus **Warschau** eingegangenen Nachricht hat das dortige Streikkomitee die Schifffahrt auf der Weichsel, die bisher unbehindert war, verboten. Die Pontonbrücken in **Ploß** und **Wloclawek** sind von den Beamten verlassen und von den Streikenden besetzt worden. Mit den Brücken besitzen die Ausständigen die Nacht, das Verbot durchzuführen. Die Dampfer aus **Danzig** und von hier unterlassen daher einseitig die Abfahrt nach **Warschau**.

**Riga**, 9. November. Die streikenden Eisenbahner wurden entlassen. Ein Eisenbahnbataillon verfrachtet den Dienst. — Die Schüler erzwangen die Schließung sämtlicher hiesigen Lehranstalten. — Ein geplanter Ueberfall auf den Postmeister wurde von den Truppen verhindert. Der hiesige Detektiv mußte flüchten, weil er mit dem Leben bedroht wurde.

**Petersburg**, 9. November. Ein Gendarmerie-Offizier hat eine beabsichtigte Versammlung der Arbeiter der **Koslawer** Bahn verboten. Infolgedessen verlangen die Arbeiter die Entlassung dieses Offiziers, widrigenfalls sie einen allgemeinen Eisenbahnerstreik organisieren wollen.

**Petersburg**, 9. November. Nach aus **Kranstadt** hierher gelangten, jedoch bisher noch unbefähigten Meldungen soll in der vergangenen Nacht in **Kranstadt** ein erbitterter Kampf stattgefunden haben. Die Infanterie soll von der Schußwaffe Gebrauch gemacht haben und Maschinengewehre sollen in Tätigkeit getreten sein. Die Stadt steht angeblich in Flammen und die Einwohner flüchten. Die **Telephon**

Verbindung mit Petersburg ist unterbrochen, der Telegraph dagegen noch in Tätigkeit.

### Volksmilizen.

Der „temporäre“ kurländische Generalgouverneur Generalleutnant Böckmann hat zum Schutz der Stadt Mitau eine Bürgerwehr dorthin gebildet und der Bevölkerung die weitgehendsten Konzessionen eingeräumt.

Kattowitz, 9. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Im benachbarten Sosnowitz hat die Sozialdemokratie im Einvernehmen mit dem Bürgertum ein Komitee zur Organisation der Volksmiliz gebildet. Bewaffnet sollen nur die Arbeiter werden. Man wollte sofort die Polizei und die Gendarmerie entwaffnen, aber sie sind gänzlich unsichtbar geworden im ganzen Rayon. Volksversammlungen zu 10 bis 15 Tausend finden täglich statt.

### Parteilämpfe.

In Petersburg hat sich eine zweite Organisation der Konstitutionellen gebildet, die durch die größeren Petersburger Zeitungen bekannt macht, daß jede Bewegung gegen die Person des Zaren und jede Forderung nach einer Republik mit Gewalt unterdrückt wird. Der demokratisch-liberale Verband der Verbände fordert die russische Bevölkerung öffentlich auf, die volle Amnestie zu verlangen, da es sich herausgestellt hat, daß die vom Zaren verliehene und mit vielen Klaukeln versehene Amnestie nicht ausreicht ist und bis jetzt noch unzählige „politische Verbrecher“ in den Gefängnissen schmachten.

### Das Säbelkrassen an der Grenze.

Die halafischen Hegeblätter hatten richtig gewittert. Nach der „Schles. Ztg.“ ist der Landrat des Kreises Kattowitz ermächtigt worden, nach freiem Ermessen in Fällen einer Bedrohung der Grenze durch Ausländer oder revolutionäre sofort ausreichende Militärabteilungen zum Schutze herbeizurufen.

Wie man meldet, sind die Kosaken und die anderen uniformierten Mäher Wäterschens, die die preussische Grenze ständig durch ihre frechen Uebergriffe beunruhigten, von den Revolutionären in ihre Raufschärfe getrieben. Angesichts dessen läuft das gänzlich unmotivierte Säbelkrassen an der Grenze nur auf eine arge „Beunruhigung“ der deutschen Klassenbewahnten Arbeiterschaft hinaus, die mit der revolutionären Bewegung drüben ein Herz und eine Seele ist. Man sollte meinen, daß es wahrhaftig nicht nötig wäre, auch noch auf diesem Wege durch neuen Stoff die allgemeine Erregung der Volksmasse zu schüren!

### Der Eisenbahnerstreik dauert fort.

Breslau, 9. November. Die Eisenbahndirektion Kattowitz teilt mit, daß auch heute noch jeder Verkehr mit Sosnowice stockt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. November.

### Ein Opfer der Chinawahrheit.

Unser Genosse Kunert zieht heute für die Zeitdauer von drei Monaten auf dringende Einladung der Staatsanwaltschaft in die Mauer des Zegeler-Gefängnisses ein. Die dreimonatliche Gefängnisstrafe ist ihm zubilligt, weil er die Wahrheit gesagt, ja sogar bewiesen, dadurch aber nach reichsgerichtlich bestätigter Erkenntnis des Landgerichts ungenannt und unbekannt Soldaten beleidigt haben soll. Kunert hatte in einer Wahrschreibung, die er am 10. Mai 1903 in Halle hielt, davon gesprochen, daß die Infanteriearmee in China sich Plünderungen, Verwüstungen und Frauenschändungen habe zuschulden kommen lassen. Darauf wurde er wegen Verleumdung von Soldaten des ehemaligen deutschen ostasiatischen Expeditionskorps und Verbreitung unwahrer Behauptungen über dieselben angeklagt. Kunert trat umfassenden Wahrheitsbeweis an. Das Gericht beschloß zunächst, diesem Antrage stattzugeben. Die im Auslande wohnenden Zeugen sollten gleichfalls vernommen werden. Monate vergingen jedoch, ohne daß die Zeugen vernommen wurden. Deshalb nicht, steht nicht in den Akten. Endlich wurde Kunert auf den 26. Juni 1905 vor die Strafkammer in Halle geladen: Zeugen lud das Gericht nicht.

Kunert, aus früheren Prozessen an Ueberraschungen gerichtlicher Auffassungen gewöhnt, lud nun seinerseits eine Reihe Zeugen. Diese mußten nach der Strafprozedur vernommen werden. Die Zeugenaussagen ergaben, daß in einer Art und einem Umfang Plünderungen, Verwüstungen, Plünderungen, Morde, Verwüstungen und Schändungen an Frauen und Mädchen von Soldaten deutscher und anderer Nationalität vorgekommen waren, daß das Entstehen jedes Kulturfreundes rege werden mußte. Kunert benannte noch Duzende von Zeugen, die ähnliche Verbrechen, von deutschen Soldaten begangen, bekunden sollten. Das Landgericht lehnte jedoch ab, diese Zeugen zu hören, weil das Gericht „als wahr unterstellte, daß in einer sehr großen Anzahl von Fällen Plünderungen, Verwüstungen und Frauenschändungen vorgekommen sind.“ Es verurteilte dann Kunert zu drei Monaten Gefängnis, nicht wegen Verbreitung unwahrer Tatsachen, sondern wegen einfacher Verleumdung. Es nahm an: Kunert habe nicht von der Infanteriearmee im allgemeinen, sondern von „unseren Soldaten“ gesprochen. Nun sei erwiesen, daß eine sehr große Anzahl von Plünderungen, Verwüstungen und Frauenschändungen begangen, also von sehr vielen deutschen Soldaten gesündigt sei. Es liebten aber doch noch Tausende von Soldaten übrig, die nicht solche Verbrechen begangen hätten. Diese Soldaten seien beleidigt! Nach dieser Logik muß man sich hüten zu sagen: unsere Richter urteilen richtig. Denn zweifellos gibt es Urteile, die sich gegenfeitig aufheben. Man würde also diejenigen Richter — die Hakenler Logik als richtig vorausgesetzt — beleidigen, die nicht richtig geurteilt haben.

Nach ungeheurerlicher als die Art einer „tatsächlichen Feststellung“ von Verleumdungen gegen ungenannt und unbekannt Soldaten erregte die öffentliche Meinung mit Zug und Recht die Art der Begründung der enormen Strafhöhe. Das Urteil begründete das enorme Strafmaß mit der „schamlosen und niedrigen Gesinnung des Angeklagten, welcher sich nicht gescheut habe, seine eigenen Volksgenossen, welche zum Schutze für die ihre Ehre ihres Vaterlandes freiwillig in einen gefährlichen Krieg gegen einen grausamen Feind in ein weit entferntes Land gezogen waren, vor aller Welt mit Schmutz zu bewerfen.“ Wie verträglich sich diese Behauptung mit der Feststellung einer sehr großen Zahl von Plünderungen, Verwüstungen und Frauenschändungen? Und vertritt die Wahl der Urteilsurteile das Bestreben, Plünderungen, Verwüstungen und Frauenschändungen zu verhindern oder den, der diese Mißstände aufdeckt, um sie zu hindern, durch Worte zu kränken? Diese Fragen wurden dem Reichsgericht vorgelegt. Dies erklärte: Die Gründe, die zum Ausschlag der Strafe geführt haben, sind nicht rechtsermäßig. Des weiteren hatte Kunert Beschränkung der Verteidigung gerügt und diese insbesondere darin entdeckt, daß der weitere Wahrheitsbeweis abgelehnt war. Das Reichsgericht erklärte demgegenüber: Angeklagter ist freischlich

aus § 188 angeklagt, aber verurteilt nur aus § 185 R.-G.-B. Das zu rügen hat ein Angeklagter kein Recht. Diese Auffassung steht im strengsten Gegensatz zu einem Urteil desselben Reichsgerichts, das in den ersten Jahren seines Bestehens, also zu der Zeit gefällt wurde, wo die wissenschaftlich angesehensten Richter an das Reichsgericht berufen waren. Wir unterlassen, die weiteren, voll begründeten formalen Mängel des Verurteilten ins Gedächtnis zu rufen.

Verurteilt ist Genosse Kunert, gerichtet ist das Gerichtsverfahren und das Gesetz, das es gestattet, jemand ins Gefängnis zu schicken, der schamlos und niedrige Mißstände aufgedeckt und auf ihre Beseitigung hinzuwirken gesucht hat. Kunert geht als Märtyrer der Wahrheit und des Bestrebens, kulturwidrige Schandthaten zu beseitigen, ins Gefängnis. Hoffen wir, daß er seine Kräfte nach der unwillkommenen Ruhe in ungeschwächtem Maße in derselben Unerkenntheit wie bisher für Gerechtigkeit und Wahrheit zu entfalten vermag.

### Der Vormarsch der Sozialdemokratie.

Das Endergebnis der Reichstags-Erfahrungswahl in Eisenach liegt nunmehr vor. Es wurden abgegeben für Leber (Soz.) 6886 Stimmen, für Schad (Antif.) 4045, für Flex (natl.) 2780, für Kühner (Fp.) 2098 und für Müller-Gulda (Z.) 1014. Es findet Stichwahl zwischen Leber und Schad statt. Durch diese Schlüsselschlüsseln erhöht sich der Gewinnst der Sozialdemokratie auf rund 900 Stimmen, während der Freisinn gegen die Hauptwahl nur um zirka 600 Stimmen zunahm. Der Stimmenzuwachs der Antisemiten ergibt sich zur Hauptsache aus der entsprechenden Abnahme der Rationalliberalen und des Zentrums.

Die Erfahrungswahl in Eisenach kann getrost als eine Probe für die gesunde Konstitution der Sozialdemokratie betrachtet werden. Denn sie fand statt unter Umständen, die nicht nur von den Gegnern der Partei als eine „schwere Parteikrise“ charakterisiert worden waren. Der Wahlkampf wurde durchgeführt zu einer Zeit, wo sich eine unvergleichliche Flut von Schmähungen über die Partei und ihre oberste Leitung ergoß. Die Partei wurde gebrandmarkt als ohnmächtiges Spielzeug herrschsüchtiger Führer, als Verräterin ihrer eigenen Grundsätze. Wenn sich jemals Gelegenheit bot, der Sozialdemokratie Vorstrichen aus den eigenen Reihen als verzerrten Hohlspiegel vorzuhalten, so diesmal während des Wahlkampfes in Eisenach. Das „Berliner Tageblatt“ brach denn auch in verfrähten Siegesjubel aus: „namentlich die Gewerkschaftskreise würden zweifellos in Masse einer Partei den Rücken kehren, deren Leitung fundamentalste gewerkschaftliche Prinzipien mit Füßen trete.“ Wenn so schon der Freisinn arbeitete, wie müssen da erst der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie und die Antisemiten gearbeitet haben. Aber alle Spekulationen auf die Verblendung und die Verhöhnung der Arbeiterschaft schlugen gründlich fehl.

Eisenach, Eisenach und nicht zuletzt auch die Berliner Stadtverordnetenwahlen beweisen, daß die Sozialdemokratie vorwärts marschiert. Suchen wir den Vormarsch zu beschleunigen durch Schaffung der Grundbedingungen gesunder Fortentwicklung, durch den Ausbau der Organisationen und Festigung der prinzipiellen Klarheit, vor der aller Zwist des Tages im Ausblick auf die großen Ziele der Partei gleich Schemen zerfällt.

## Deutsches Reich.

### Freisinnig-volksparteiliche Flottenschwärmerei.

Was neulich die „Frankfurter Zeitung“ nur schamhaft andeutete, daß nämlich jetzt auch der linke Flügel des Freisinnigen vom Flottentoller befallen worden sei, das sprach dieser Tage ein parlamentarischer Vertreter der freisinnigen Volkspartei in unverblümtester Offenheit aus. Der Reichstagsabgeordnete Eichhoff erklärte nämlich in einer Versammlung in Solingen:

Bei dem nicht geahnten Aufschwung Deutschlands in industrieller und kommerzieller Beziehung sei das Reich genötigt, Weltpolitik zu treiben, wenn es seine wirtschaftliche und politische Stellung behalten wolle. . . Ohne eine starke Flotte könne keine Weltpolitik getrieben werden. 1807 und 1900 hätten seine Freunde gegen die Flottenvorlagen gestimmt; aber nicht, weil sie etwa Gegner der Flotte überhaupt gewesen wären. Die Marine sei immer ein Lieblingskind des Liberalismus gewesen. 1900 hat der freisinnigen Volkspartei vor allem die Lösung der Kostenfrage nicht gefallen. Gegenwärtig ständen wir jedenfalls vor einer neuen Flottenvorlage, und die Frage sei, wie der entschiedene Liberalismus sich zu dieser stellen solle. Er glaube nicht, daß er sich der Bewilligung einer solchen Vorlage widersetzen könne, da unsere Marine den Anforderungen des modernen Seekrieges nicht mehr genüge. Der entschiedene Liberalismus müsse alles bewilligen, was zur Verwirklichung der Flotte notwendig sei.

Das ist ein vollständiger Umsall der freisinnigen Volkspartei, ein unumwundenes Bekenntnis zu dem Weltmachtprogramm des Herrn Raumann, des intimsten Feindes der „Deutschen Freien Presse“. Die beiden Richtungen des Freisinnigen könnten sich nunmehr getrost wieder vereinigen, da ja durch Befehrung der Richterschen Volkspartei zum Marinismus und zur Weltmachtpolitik jede trennende Schranke gefallen ist. Wahrscheinlich wird eine solche Wiedervereinigung auch in nicht zu ferner Zeit erfolgen. Das „soziale“, auf die Kaufverderbung der Sozialdemokratie spekulierende Partikelschen des weiblichen Freisinnigen kann dann unter der Führung der Herren Barth und Raumann in stolzer Vereinigung weiter vegetieren und die Sozialdemokratie revidieren helfen.

### Ein kathedersozialistischer „Schädling“.

Die konservative Presse veranstaltet seit einiger Zeit ein Kesseltreiben gegen den Professor Schmoller. Als Vorwand dient ihr dazu sein Auftreten in der Mannheimer Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik. So schreibt beispielsweise die „Schlesische Zeitung“, die zugleich — unter Berücksichtigung der engen Beziehungen, die speziell in Schlesien zwischen beiden Erwerbszweigen bestehen — die Interessen des ländlichen Großgrundbesitzes und der Bergwerksindustrie vertritt:

„Die blamable Rolle, welche Professor Schmoller, der Vorsitzende des Vereins für Sozialpolitik, auf dessen Mannheimer Tagung gespielt hat, ist bekannt. Wir haben kürzlich wieder in Zusammenhang mit der Schwabenreuterei-Vorlesung „Die Herren Kathedersozialisten“ darauf hingewiesen. Nach der „Frankfurter Zeitung“ hat die Sache, die von Schmoller selbst sozusagen zu einer politischen gemacht wurde, dadurch einen besonderen Reiz, daß der genannte Professor notorisch einen großen Einfluß auf die Besetzung der preussischen Lehrstühle, also auf die Verwaltung ausübt.

Nach der „Augsburger Zeitung“ ist dieser Einfluß Schmollers noch immer in vollem Maße vorhanden und in weiten Kreisen stets lebhaft bedauert worden. Er hat auch eine ganze Reihe bedeutender Früchte gezeitigt. Auch die „Augsburger Zeitung“ findet wie die „Frankfurter Zeitung“, die „Kölnische Zeitung“ und andere

Blätter die Vorgangstellung mißlich, die Professor Schmoller an der Berliner Universität und über deren Bereich hinaus genießt. Wie wir hören, soll darüber in der nächsten Session des Landtages gesprochen werden. . .

Eine Stellung, wie die in Rede stehende, muß unter allen Umständen Sächlichkeit entwickeln. Im vorliegenden Falle sind sie reichlich vorhanden. Nach der akademischen Richtung sind sie von obigen Blättern und vielen anderen wiederholt hervorgehoben worden, ohne daß es bisher gelungen wäre, ihnen im geringsten abzuhelfen. Nicht geringer sind sie aber nach der politischen Seite hin. Die Absicht, sie im nächsten Landtage bei Gelegenheit der Beratung des Kultussetats zum Gegenstande der Erörterung zu machen und die Angelegenheit nach jeder Richtung hin zu beleuchten, kann darum nur gebilligt werden.

Wir sind am allerwenigsten Anhänger der sogenannten historischen Schule des Herrn Schmoller; aber um die Frage, wie weit seine Anschauungen und sein Auftreten in Mannheim berechtigt sind, handelt es sich für die Hintermänner der „Schles. Ztg.“ gar nicht. Ihnen ist, wie das Blatt offen zugestehen, in erster Linie der Einfluß zuwider, den der Herr Geheimrat Schmoller im Kultusministerium besitzt, und die Art, wie er diesen Einfluß bei der Besetzung der akademischen Lehrstühle für Volkswirtschaft benutzte. An Stelle der Jünglinge Schmollers sähen die feudalen Krout- und Schlotjunger lieber „akademische Lehrer“ vom Sälge der Tade und Ruhland die Lehren der Nationalökonomie von jenen Stühlen herab den Jüngern der Wissenschaft verkünden. Was brauchen die zukünftigen Stützen des preussischen Junkerregimes von Wirtschaftsgeschichte und von klassischer Nationalökonomie zu wissen, für die spezifischen Bedürfnisse preussischer Regierungskunst genügt es vollkommen, wenn sie sapiert haben, daß der Zoll auf Agrarprodukte niemals die Preise verteuert. Boddielski versteht auch nichts von Volkswirtschaft, und die Frage, wodurch sich der Gebrauchswert vom Tauschwert oder der Wert vom Preis unterscheidet, würde ihn in arge Verlegenheit bringen; aber er weiß, daß bei hohen Schweinepreisen die Viehzüchter sich besser stellen als bei niedrigen, und diese tiefgründige Einsicht der ökonomischen Zusammenhänge reicht völlig für die von einem preussischen Minister des Bülowschen Kurzes verlangte Befähigung aus.

### Bayerischer Landtag.

München, den 9. November 1905.

In der heutigen Fortsetzung der Beratung der Wahlrechtsanträge beschloß die Abgeordnetenversammlung, daß das aktive und passive Wahlrecht von folgenden Bedingungen abhängig sein soll: Die Wahlberechtigten müssen das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben, seit mindestens einem Jahr die bayerische Staatsangehörigkeit besitzen und ebenso lange eine direkte Staatssteuer entrichten. Ein liberaler Antrag bezüglich Herabsetzung der Dauer der Staatsangehörigkeit auf 6 Monate und Beseitigung der Steuerbedingung wurde gegen die Stimmen der Liberalen und Sozialdemokraten abgelehnt, nachdem vorher schon der Ausschuh ähnliche, aber weitergehende Anträge der Sozialdemokraten, u. a. auch in bezug auf das Frauenstimmrecht, verworfen hatte. Gegen diese sozialdemokratischen Anträge im Ausschuh hatten auch die Liberalen gestimmt. Weiter ist nach den gefassten Beschlüssen das Wahlrecht bedingt durch die Ableistung des Verfassungseides. Ein Antrag auf Beseitigung dieser Bestimmung wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Liberalen und Sozialdemokraten abgelehnt.

Zwischen einem Teil des Zentrums und dem Minister des Innern kam es zu großen Differenzen wegen der Einteilung der Wahlbezirke. Nach der Zentrumsvorlage sollen die Wahlbezirke mit den Gemeindebezirken zusammenfallen; kleinere Gemeinden können jedoch mit anderen oder mit Teilen größerer Gemeinden zu einem Wahlbezirk vereinigt werden. Eine Reihe von Vertretern ländlicher Zentrumskreise forderten dagegen, daß in der Regel jede Ortschaft einen eigenen Wahlbezirk bilden soll. Die Zentrumsabgeordneten Gerstenberger und Dr. Sein führten zur Begründung dieser Forderung an, man wolle sich gegen die Willkür der Bezirksämter dadurch schützen; der vorliegende Artikel sei der einzige, der der Regierung noch Gelegenheit gebe, das Wahlergebnis zu beeinflussen, und in den Kreisen ihrer ländlichen Anhänger bestehe die Ansicht, daß es ebenso wichtig sei, bestimmte Garantien für die Uebergriffe der Bezirksämter zu schaffen, wie das direkte Wahlrecht herbeizuführen. Der Minister des Innern führte dagegen an, so kleine Wahlbezirke seien nicht empfehlenswert, da es dann schwer gelinge, geeignete Personen für die Besetzung des Wahlausschusses zu finden und außerdem in solchem Fall das Wahlergebnis nicht genügend geschützt sei. Die Regierung müsse sich jedenfalls sehr genau überlegen, ob sie in diesem Punkt dem Wunsch des Zentrums entsprechen und solche Zugeständnisse machen könne. Da auch das Zentrum offenbar das Bedürfnis hatte, über die ganze Angelegenheit noch eingehender zu beraten, wurde die Beschlußfassung ausgesetzt und die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

### Die Unantastbarkeit des allgemeinen Wahlrechts.

Die freisinnige „Bayer-Zeitung“ behandelt die Frage des allgemeinen Wahlrechts im Zusammenhang mit dem Wahlrechtskampf in Rußland und Oesterreich-Ungarn. Angesichts der jetzigen Erörterung des allgemeinen Wahlrechts in Osteuropa müsse das Bemühen, dem deutschen Volke das Reichstagswahlrecht wieder zu entreißen, als völlig rückständig und unausführbar erlirnt werden. Es sei zwar noch nicht lange her, daß sich ein Ansturm gegen das allgemeine Wahlrecht erhoben habe, sogar die Hamburger Nationalliberalen hätten damals unter Führung des jetzigen nationalliberalen Abgeordneten für Aurich-Wilhelmshaven durch eine Resolution an den Kaiser eine Aenderung des Reichstagswahlrechts befristet. Diese Stimmen würden wohl jetzt verstummen.

Wir sind allerdings auch der Meinung, daß es unseren Reaktionsären durch die gewaltigen Volkstämpfe in Osteuropa klar geworden ist, daß sich die deutsche Arbeiterklasse einen Wahlrechtsraub nicht so ohne weiteres gefallen ließe. Es ist aber auch bezeichnend für unseren Liberalismus, daß er aus den Wahlrechtskämpfen in unseren Nachbarländern keine anderen Konsequenzen zu ziehen vermag. Welche unser Liberalismus wirklich noch etwas von fortschrittlichen, freidenklichen Geist, so mühte er jetzt den Zeitpunkt für gekommen erachtet, gemeinsam mit der Sozialdemokratie in den Kampf um die Eringung des allgemeinen Wahlrechts auch für den preussischen Landtag einzutreten! Gerade jetzt wäre der Moment da, um die Macht des preussischen Junkertums zu brechen. Unser liberales Bürgertum ist aber leider so entartet, daß ihm die junkerliche Reaktion lieber ist, als ein rüstiger kultureller und sozialer Fortschritt, dem durch den Einzug einer starken Sozialdemokratie in den preussischen Landtag die Bahn geöffnet wäre.

### Die bürgerliche Redakteure behandeln werden!

Einen ganz allerliebsten Einblick in die „geistige“ Werkstätte bürgerlicher Zeitungsverleger gewährte eine Verhandlung, die am

**Dienstag, den 7. November, vor dem Elbinger Kaufmannsgericht** stattfand. Der Redakteur Rost von der „Altpreußischen Zeitung“ klagte gegen den Druckereibesitzer Pöyhöld auf Zahlung des Gehalts für November und Dezember im Betrage von 400 M. sowie auf Zahlung einer drohenden Lantime vom Reingewinne des Geschäftes für die Zeit vom 18. September bis 31. Dezember d. J. Herr Rost gab an, daß er seine Stellung ohne Kündigung habe verlassen müssen, weil er vom Verklagten oft beleidigt und bedroht worden sei. Letzterer habe z. B. zu ihm gesagt, er werde ihn die Treppe hinunterwerfen, daß er sich das Genick breche. Auch sei er von seinem Chef mit einem Schlagring bedroht worden. Der Herr Chef machte allerlei Einwände. Er behauptete, daß es der Kläger darauf angelegt habe, ihn zu ärgern, mußte aber im großen und ganzen die Behauptungen des Klägers zugeben. Der charmante Zeitungsbefitzer wurde zur Zahlung der eingeklagten Summe verurteilt.

So springt man mit bürgerlichen Redakteuren in einem kapitalistischen Betriebe um. Vielleicht nehmen sich die bürgerlichen Blätter, die in der letzten Zeit so entrüstet gegen gemäßigtere Redakteure des „Vorwärts“ eintraten, auch mit derselben Fürsorge des Elbinger Redakteurs an.

**Privilegiertenwahlen in Baden.** Gestern fanden auch die Wahlen zur Ersten Kammer des badischen Landtages statt. Es wurden gewählt 8 Vertreter des grundherrlichen Adels, 2 Vertreter der Handelskammern, 2 Vertreter des Landwirtschaftsrats, je 1 Vertreter der mittleren Städte Badens, der Kreisämter, des 1. und 2. Handwerkerkammern. Die Städte der Städteordnung sind durch Oberbürgermeister Dr. Winterer-Freiburg und Oberbürgermeister Westmannheim vertreten. Die Universität Freiburg wählte Hofrat Rämlein, die Technische Hochschule Karlsruhe Geh. Hofrat Bunte. Die Wahl der Universität Heidelberg verlief ergebnislos.

Die Aufhebung der Fleischsteuer ist von dem badisch-pfälzischen Fleischerverband beim badischen Ministerium beantragt worden. Der Antrag wurde abgewiesen. Das Finanzministerium stützt sich auf einen Paragraphen der Verfassung, der ihm nicht gestattet, ein Gesetz einfach außer Kraft zu setzen. Das ist natürlich nur ein Vorwand; wollte man diese badische Sondersteuer, welche die badischen Fleischkonsumenten mit zirka 800 000 Mark jährlich belastet, aufheben, so brauchte man nur den Landtag sofort auf einige Tage einzuberufen. In dessen, der Regierung ist es um die Einnahme aus der indirekten Steuer zu tun, in ihrer Antwort verweist sie speziell auf die im neuen Landtage zu beratende Vermögenssteuer, die vielleicht eine Aufhebung der Fleischsteuer gestatte. — Die sozialdemokratische Fraktion hat schon mehrmals vergeblich beantragt, die Fleischsteuer aufzuheben; vielleicht hat unter dem Druck der Fleischnot ein neuer Antrag mehr Erfolg.

### Schutz der Schutzleute.

Der Polizeiergeant L. in Necklinghausen hatte am 7. Dezember vorigen Jahres in einer Wirtschaft einem Bureaubeamten mit der Faust ins Gesicht geschlagen und zwar mit solcher Wucht, daß das Nasenbein des Geschlagenen stark beschädigt wurde. Der Bureaubeamte stellte Strafantrag, das Schöffengericht in Necklinghausen verurteilte am 18. März d. J. in der Sache, sprach jedoch den Polizeiergeant frei. Der Mißhandelte legte Verurteilung ein und jetzt hat die Hochwider Strafkammer den schlagfertigen Polizisten mit 60 M. Geldstrafe bedacht. Das Urteil ist sicherlich recht milde; aber wenn jeder prägelnde Polizist im Ruhrrevier mit 60 M. bestraft würde, so wäre man immerhin einigermaßen zufrieden. Meist kommen die Geschlagenen noch obendrein auf die Anklagebank.

**Neues von Bäterens Grenzlosigkeiten.** Wie aus Myslowitz (an der schlesisch-russischen Grenze) berichtet wird, ist es schon ein russischer Grenzposten am Dienstagabend hinter einen flüchtigen Russen her, so daß die Augen in die Straßen der Stadt Myslowitz einfallen. Glücklicherweise wurde niemand getroffen. Dieser neue skandalöse Vorfall beweist, daß die deutschen Behörden gegen die letzte Kosakenverschämtheit noch keinerlei Beschwerde erhoben haben. Oder sollte die neueste Schieberei etwa als Antwort auf das Aufpassen sein? Es wäre jedenfalls eine verdiente Antwort!

### Zur Lage in Südwesafrika.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht einen Brief aus Keetmanshoop vom 20. September, in dem die allgemeine Lage als „nichts weniger als rosig“ geschildert wird. Namentlich Morenga mache den deutschen Truppen sehr viel zu schaffen. Nachdem er am 17. Juni der Schutztruppe eine empfindliche Schlappe beigebracht habe, wobei er einige 20 Gewehre und 5000 Patronen erbeutete, sei es ihm Mitte September gelungen, die Besatzung einer ganzen Gesselogestation abzuschleichen. Durch Annäherung von Friedensverhandlungen habe man ihm nur Zeit gelassen, um sich zu neuen Schlägen gegen die Truppen vorzubereiten. Die Periode der Friedensunterhandlungen sei jetzt wohl endgültig vorbei. Hoffentlich gelinge es den Truppen, durch scharfe Verfolgung Morengas eine Wendung in der Kriegsführung gegen diesen gefährlichen Hottentottenführer herbeizuführen.

Wahrscheinlich hat sich die Hoffnung des Briefschreibers nicht erfüllt. Man hat zwar Morenga scharf verfolgt, aber nur mit dem Erfolge, daß er der Schutztruppe vor wenigen Tagen eine noch bedeutend schwerere Schlappe beigebracht hat, als am 17. Juni dieses Jahres.

Der Briefschreiber meldet ferner, daß am 20. September zwei Hottentotten gehängt worden seien, einer davon sei ein Soldat der eingeborenen Schutztruppe gewesen. Beide hätten mit Morenga konspiriert und ihm durch Vorträgereien mehrere Ueberfälle ermöglicht. Auch die Totsache, daß sich sogar unter der eingeborenen Schutztruppe Verräter und Ueberläufer finden, beweist, wie günstig man die Lage der Hottentotten beurteilt!

**Nachfolger des Generals Trotha** soll Oberst Dame werden. Der neue Oberkommandierende war etatsmäßiger Stabschef beim Infanterieregiment Nr. 14 in Bromberg und befindet sich erst seit kurzer Zeit in Südwesafrika. Ob er bessere Erfolge erzielen wird als General Trotha, ist danach zu bezweifeln. Der schwerste strategische Fehler im südwesafrikanischen Kolonialkrieg ist dadurch begangen worden, daß man Oberst Leutwein, der Land und Leute kannte, aber mit einem mit der kolonialen Kriegsführung und den Landesverhältnissen völlig unversierten Oberkommandierenden ernannte. So kam es, daß zwar Trotha in der Enttöpfung der ohnehin so menschenarmen Kolonie außerordentliches leistete, daß seine militärischen Erfolge aber vollständig negativ waren. Ein bürgerliches Blatt tröstet sich über die Ernennung des Obersten damit hinweg, daß ja die Entschcheidung bei den Unterführern liege. Wenn das der Fall ist, war die pomphose Entsendung eines Generals nach Südwesafrika ein um so größerer Fehler.

### Ausland.

#### Die Majorität der Rektionäre.

Herr Roubier und die Seinigen haben sich heute öffentlich zusammengefunden. Zum erstenmal seit fünf Jahren hat eine Regierung eine Majorität der Gemäßigten gegen die gesamte radikale und sozialistische Linke aufgebracht und gefunden. Die berühmte „republikanische Majorität“ Combes' und der unverbesserlichen Bloch-Verehrer gehört der Vergangenheit an.

Man muß es Herrn Roubier lassen: Er will keine Zweideutigkeit. Er will ein Bourgeoisminister sein, ohne sozialpolitisches Gesumler, mit ungenierter Kapitalistenbrutalität. Die famosen „radikal-sozialistischen“ Minister, wie Bienvu-Martin und Dubiel, spielen gegen die Koalitionsfreiheit der Lehrer und Postbeamten die Fügbarkeit und den Klassengeist der bürgerlichen Justiz aus. Die Frage des positiven Rechts ist noch keineswegs geklärt. Die tüchtigsten Juristen versichern, aus dem Verbot der Koalition für Beamte, die einen Teil

der Staatshoheit ausüben, kein Koalitionsverbot für Lehrer und Postbeamte herauslesen zu können! Aber Koalition heißt für den Bürger „Streik“, und der Streikföderat ist besonders in diesen Tagen lebendig geworden, wo das Verlangen der Marinearbeiter in den Kriegshäfen: ihre Kameraden nicht für ihre Gefinnungen bestraft zu sehen, die patriotischen Seelen empört.

325 gegen 249 Stimmen haben dem Ministerium die geforderte Priorität einer einfachen Tagesordnung zugebilligt, als radikale Antragsteller mit den Sozialisten die Einstellung der gerichtlichen Verfolgung der in Staatsdiensten stehenden Gewerkschaften verlangten. Für die Regierung stimmte das ganze Zentrum bis weit nach rechts und die gemäßigtesten Gruppen der bisherigen Majorität. In der Minderheit standen neben 30 Radikalen und Rektionären, die auf den Fall des Ministeriums spekulierten, die Sozialisten und die bürgerliche radikale Linke.

In der Losungung Rouviers von den Radikalen, in seinem Einverständnis mit den Gemäßigten liegt die politische Bedeutung der Abstimmung. Sie ist politische Wirklichkeit, während die scheinbare Arbeiter- und Freiheitseindlichkeit der Radikalen ein Gewächs ist, das in der Wahlstimmung gedeiht — Postbeamte und Lehrer bilden ja eine zahlreiche und in manchen Orten entscheidende Wählertruppe! Ihr Vertrauen und ihr Mißtrauen waren Glück und Ende Müllers, der ja jetzt seinen Pariser Wahlkreis flüchtig verläßt, um ein Provinzmandat zu ergattern.

Die heutige Abstimmung macht einige Veränderungen im Ministerium sehr wahrscheinlich. Herr Bienvu-Martin und der freilich sehr zäh am Vortrefflichen stehende Herr Dubiel werden doch wohl ihre Konsequenzen ziehen müssen, da ihre eigene Partei der Regierung das Vertrauen wegen jener Willkür verleiht hat, deren Urheber sie selbst sind. Gehen sie, so wird wohl auch Verleugung folgen, dessen gute Absichten schon jetzt von seinen Kollegen durchkreuzt werden.

**Paris, 9. November.** (W. Z. V.) Infolge der vorgestrigen Abstimmung in der Kammer trat der Volkszugeschluß der radikalen und der sozialistisch-radikalen Partei unter Vorherrschaft Pelletans zusammen und löste einstimmig einen Beschlusstrang, in welchem der Regierung ein Tadel ausgesprochen wird, weil sie eine Mehrheit hingenommen habe, in welcher die Rechte eine überwiegende Rolle spiele. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Vertrauensleute, d. h. der ehemalige Block der republikanischen Parteien im Parlament, ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Der Vorstand des Volkszugeschusses wurde beauftragt, den Beschlusstrang den radikalen Mitgliedern des Ministeriums zur Kenntnis zu bringen und sie auf die in der radikalen und sozialistisch-radikalen Partei herrschende Verstimmung aufmerksam zu machen.

### England.

#### Gemeindefederalismus oder Provinzialsozialismus?

**London, 2. November.** (Fig. Per.) In den letzten zwei Jahren ist in England die Ueberzeugung durchgedrungen, daß das Gebiet einer Gemeinde zu klein ist, um darauf kollektive Unternehmungen mit Erfolg betreiben zu können. Die Gemeindegrenzen erwiesen sich als Hindernisse für eine erfolgreiche Verwaltung von Verkehrsmitteln, Wasser-, Gas- und Elektrizitätszufuhr und anderen kommunalen Unternehmungen. Bei näherer Betrachtung zeigte es sich, daß die wirtschaftliche Umwälzung die Gemeinden so nahe aneinander gerückt und ihre Interessen so eng aneinander geknüpft hat, daß die alten kommunalen Verwaltungseinheiten jeden Sinn verloren haben. In London fällt diese Erscheinung besonders auf, da die Hauptstadt des britischen Reiches tatsächlich eine Provinz ist, und die einzelnen „Gemeinden“, aus denen London sich zusammensetzt, in Wirklichkeit als solche gar nicht existieren.

Die „Fabian Society“, die sich hauptsächlich für die Technik der Sozialreform interessiert, hat es sich nun zur Aufgabe gemacht, die Konsequenzen aus dieser Sachlage zu ziehen und für eine Ausdehnung des Gemeindefederalismus zum Provinzialsozialismus zu wirken. In einer von ihr soeben veröffentlichten Broschüre: „Municipalization by Provinces“ wird darüber gesagt: „Mit dem Wachsen der kommunalen Unternehmungen ist es klar geworden, daß die Entwicklung der kollektiven Verwaltung des wirtschaftlichen Lebens zum großen Teile davon abhängt, ob die Gemeinde die Fähigkeit besitzt, ihren Verwaltungsapparat den sich ändernden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen anzupassen. Ein großer Teil der Verwaltungsapparate Englands wurde für Zustände geschaffen, die seit langem entschwunden sind, und für Befugnisse, die viel kleiner waren als diejenigen, die gegenwärtig den Gemeinden gewährt oder von ihnen verlangt werden.“ Die Folge sei, so heißt es weiter, daß die Lokalbehörden sich vor Aufgaben gestellt sehen, denen sie aus Mangel an den geeigneten administrativen Mitteln nicht gerecht zu werden vermögen. Ihre Unternehmungen können deshalb auch nicht ganz erfolgreich sein, was den Obergrenzen der Sozialisten Gelegenheit gibt, die Ueberlegenheit privatkapitalistischer Unternehmungen zu preisen! Einer der wichtigsten Punkte sei deshalb die Erwidung über die Ausdehnung des Gebietes, welches von einer kommunalen oder anderen lokalen Behörde verwaltet wird. In früheren Jahren sei die Frage des Gemeindegrenzes kaum berührt worden, da die Aufgaben der Gemeinden gering und klar begrenzt waren. „Aber wenn eine Gemeinde daran geht, Wasser, Gas, Elektrizität, Verkehrsmittel, Schulwesen usw. in eigene Verwaltung zu übernehmen, wobei sie noch mit Privatunternehmungen zu konkurrieren hat, da wird die Gebietsfrage höchst wichtig.“

Die Broschüre illustriert sodann an mehreren Beispielen die Schwierigkeiten, mit denen die Gemeinden infolge der veralteten Gebietsgrenzen zu kämpfen haben, und kommt zu dem Schluß, daß eine von Staats wegen unternommene und den modernen Verhältnissen angepaßte Neuverteilung der Municipalitäten nötig sei.

Nach einer Meldung des „Manchester Guardian“ wird übrigens die Frage — ähnlich wie in Berlin — demnächst in London brennend werden und sogar das Parlament in seiner nächsten Sitzung beschäftigen. Die Londoner Grafschaft plant, die Elektrizitäts-Erzeugung in eigene Regie zu nehmen und verlangt vom Parlament zu diesem Zweck gesetzliche Garantien. Natürlich haben sich beim ersten Auftreten dieses vernünftigen Planes die Privatgesellschaften, die zurzeit den Strom produzieren und abgeben, bereit gemacht, die Absicht der Grafschaft mit allen berühmten kapitalistischen Mitteln und Mitteln zu hintertreiben.

### Norwegen.

#### Norwegen Königreich oder Republik?

Diese Frage läßt sich noch immer nicht mit Gewißheit entscheiden. Vielleicht wird die Volksabstimmung am nächsten Sonntag, und Montag eine so jämmerliche Stimmeneinheit für den Dänen bringen, daß er sich schämen müßte, die Königskrone aus den Händen eines so republikanisch gesinnten Volkes anzunehmen. Vielleicht wird gerade der starke Druck, den die Regierung auf die Wähler auszuüben sucht, bei manchen in der Weise, daß sie der Republik den Vorzug geben.

Gunnar Knudsen hat es am Sonntag in einer Volksversammlung in Skien offen ausgesprochen, daß sein Austritt aus dem Ministerium erfolge, weil man die Frage der Volksabstimmung zu einer Kabinettsfrage machte und, ohne daß zuvor im gesamten Ministerium darüber beraten worden war, einen Druck zugunsten des Königstums auf die Wähler ausüben wollte. Knudsen bemerkte weiter, daß in der internationalen Situation durchaus kein Grund liege, einen König zu wählen! Die Werke des Friedens, der kulturelle, ökonomische und soziale Fortschritt, gediehen am sichersten unter der republikanischen Staatsform, die auch am besten mit den Traditionen des Landes übereinstimme, da man hier — den tatsächlichen Verhältnissen nach — während der letzten 20 Jahre eine republikanische Verwaltung gehabt habe. Die Republik sei der Friede. Hätte man in diesem Sommer einen König im Lande gehabt, so wäre ein Uebereinkommen wie das Karlsbader ohne

Schweres kaum zu stande gekommen. Europas Haltung werde durch realpolitische Interessen diktiert, nicht durch die Staatsform. Es heiße zwar in dem Aufruf der Regierung, das Ausland hätte Norwegen die Aufrechterhaltung des Königstums empfohlen. Tatsächlich seien aber die Meinungen im Ausland geteilt. Er, Knudsen, habe soeben ein Telegramm aus Paris empfangen, wonach eine Adresse französischer, spanischer und amerikanischer Republikaner, die u. a. von 50 französischen Kammer-Mitgliedern unterzeichnet sei, eintreffen werde.

Am selben Tage sprachen in der südlichen Turnhalle von Kristiania Dr. Scharffenberg und Gunnar Heiberg für die Republik. Der Andrang war so stark, daß eine große Menge keinen Einlaß mehr finden konnte.

Die Monarchisten und ehemaligen Republikaner waren freilich auch nicht lässig. Der Minister des Äußeren Löfblad hat in Gjøvik, Björnsen in Lillehammer, Stortingspräsident Verner in Sarpsborg gesprochen, der Nordpolfahrer Ransen suchte die Bevölkerung Bergens für das Königtum zu gewinnen! — Welchen Erfolg diese Agitation hatte, wird sich erst nach der Abstimmung beurteilen lassen.

### Soziales.

**Verband deutscher Arbeitsnachweise.** Gestern hat in Wiesbaden die vierte Verbandssammlung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise begonnen. Für die Verhandlungen sind drei Tage in Aussicht genommen. Der Verband soll sich eine Arbeitsnachweise-Konferenz anschließen.

Auf der Tagesordnung der Verbandssammlung steht: 1. Arbeitsnachweise-Verbände und interlokale Arbeitsvermittlung, Berichterstatter: Weigeordener Dominikus Strahburg, Elsh. 2. die Kellame im Dienste der allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweise, Berichterstatter: Stadtrat Götz-Görlitz, 3. wandernde Arbeitslose, Berichterstatter: Pastor Wörthen-Vethel bei Vielesfeld, Mitberichterstatter: Stadtrat Flesch-Frankfurt a. M., 4. Arbeitsvermittlung für ländliche Arbeiter, Berichterstatter: Rat Dr. Kaumann-Hamburg.

Die Arbeitsnachweise-Konferenz wird sich beschäftigen mit dem gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise. Berichterstatter ist Chefredakteur Dr. Ludwig-Lübeck, Mitberichterstatter Dr. Paul Werker-Berlin (Vorsitzender des Vereins Berliner Gastwirte), als Vertreter der Arbeitgeber, Redakteur Hugo Focksch-Berlin (Vorsitzender des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen), als Vertreter der Arbeitnehmer.

Der Kongreß ist aus allen Teilen Deutschlands sehr zahlreich besucht. Das preußische Handelsministerium ist vertreten durch den Geheimen Oberregierungsrat Reumann, das kaiserliche statistische Amt durch Regierungsrat Leo, die badische Regierung durch Oberregierungsrat Lange, die heftische Regierung durch Ministerialsekretär Mathias, das österreichische Handelsministerium durch Statthalterrat v. Gubiger; ferner sind anwesend der Oberpräsident v. Windheim, der Oberbürgermeister v. Jöell. Der Verbandsvorsitzende Dr. Freund (Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Berlin) betonte in seiner Eröffnungsrede die sozialpolitische Bedeutung des Arbeitsnachweises, die starke Entwicklung der allgemein öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweise in Deutschland und das Empfinden des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, welchem zurzeit 150 der bedeutendsten Arbeitsnachweise angehören. Er hielt den Widerstand mancher Arbeitgeberkreise gegen die paritätische Organisation für unbegründet, da diese Organisation in hohen Maße dem sozialen Frieden diene und geeignet sei, schwere gewerbliche Kämpfe zu verhindern. Dr. Freund sprach schließlich seine Ueberzeugung aus, daß im Interesse einer vollständigen und beschleunigten Organisation des deutschen Arbeitsmarktes ein Eingreifen der Gesetzgebung erforderlich sei.

Die auf der Tagesordnung der Verbandssammlung gesetzten Thematika sind geeignet, insbesondere auch die wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse der Gastwirtsgehilfen und der ländlichen Arbeiter zu beleuchten. Wir werden über die Verhandlungen des halbes eingehender berichten.

### Mit der „Vorwärts“-Affäre

Beschäftigte sich am Mittwoch eine von etwa 250 Personen besuchte Versammlung der in Berlin arbeitenden Genossen des Wahlkreises Frankfurt-Debus. Auf der Tagesordnung stand die

#### Verichterstattung über den Parteitag in Jena.

Referent war Dr. Heinrich Braun, welcher Reichstagslandrat des Kreises ist und auch von den Genossen des Kreises als Delegierter nach Jena entsandt worden ist. Als hauptsächlichste Punkte der Parteitagverhandlungen bezeichnete der Redner die Kasseier, den Massenstreik und die Pressefreiheit. Nachdem er die beiden ersten Punkte besprochen und das dabei zum Ausdruck gekommene Einverständnis zwischen Partei und Gewerkschaft hervorgehoben hatte, erörterte er ausführlich die

#### „Vorwärts“-Affäre.

Dieselbe stehe in engem Zusammenhang mit dem Parteitage, denn die Teilnehmer am Parteitage seien allgemein der Ansicht gewesen, daß die Pressefreiheit durch die Kommission vollkommen erledigt worden und keinerlei Änderungen in der „Vorwärts“-Redaktion geplant seien. Wenn Parteivorstand und Preßkommission so grundsätzliche Änderungen beschließen wollten, wie sie nach dem Parteitage beschlossen wurden, dann hätten sie das auf dem Parteitage vorbringen müssen, damit die Angelegenheit dort erörtert werden konnte. Da der „Vorwärts“ in erster Linie Zentralorgan sei, könne es den Parteigenossen Deutschlands nicht gleichgültig sein, wie die Redaktion gefaltet werde. Eisner und Grabauer seien nach Jena gegangen, um sich wegen der Haltung des „Vorwärts“, die ja vorher angegriffen wurde, zu rechtfertigen. Mitglieder des Parteivorstandes hätten ihnen aber erklärt, es seien keine Änderungen weitgehender Art, besonders keine Kürzungen beabsichtigt. Nach diesen von Singer und Weber gegebenen Erklärungen hätten die Redakteure auf ihre Rechtfertigung vor dem Parteitage verzichtet. Kurz darauf sei dann der Parteivorstand mit der Preßkommission zusammengetreten, um weitgehende Änderungen in der Redaktion zu beraten, trotzdem der Parteitag sich mit der Haltung des „Vorwärts“ einverstanden erklärt hatte, denn er habe sich in der Frage des Massenstreiks auf den vom „Vorwärts“ vertretenen Standpunkt gestellt. — Möge nun der Parteivorstand mit der Vornahme der Änderung in der Redaktion recht oder unrecht gehabt haben, vor allem komme es darauf an, wie die Angelegenheit behandelt wurde. Es sei das erste Mal, daß solche Dinge beraten, erörtert und entschieden wurden, ohne daß man die beteiligten Redakteure höre. Das widerspreche den gewerkschaftlichen Grundfragen. Das schlimmste sei, daß der Parteivorstand den Grundlag proklamierte, Redakteure könnten gelündigt werden, ohne daß man sie vorher höre. Dieser Standpunkt verdiene die schärfste Ablehnung, denn es sei der Herrenstandpunkt, den wir in der Industrie bekämpfen. Das Vorgehen des Parteivorstandes sei geeignet, unsere Parteiarbeit schwer zu schädigen. Der Schaden könne nur dadurch repariert werden, daß wir dem Parteivorstand allein die Verantwortung für diesen unglücklichen Schritt überlassen und die Partei und Gewerkschaften frei machen von der Verantwortung dafür. Das können wir, wenn wir Protest erheben gegen den Parteivorstand und von ihm erwarten, daß er seinen Fehler durch rückhaltloses Eingeständnis wieder gut macht. (Schwacher Beifall.)

Der Vorsitzende der Versammlung bemerkte, Genosse Braun habe ja den Parteitag nur kurz berührt, jedoch sei die Erörterung dessen, was sich nach dem Parteitage abspielte, durchaus berechtigt.

Adolf Hoffmann sagte, er gehe noch weiter wie der Vorsitzende. Er meine, es sei die Pflicht des Referenten gewesen, in erster Linie über die „Vorwärts“-Angelegenheit zu sprechen. Das sei ja sein gutes Recht, aber er hätte das auch in der Versammlungs-

anzugehen zum Ausdruck bringen sollen, um den Angegriffenen Gelegenheit zu geben, hier zu erscheinen und sich zu verteidigen. Die Sache selbst sagte Genosse Hoffmann: Es sei seit Jahren bekannt, daß die Berliner Parteigenossen mit der Haltung des „Vorwärts“ nicht einverstanden sind. Sie hätten ein Recht zu verlangen, daß ihre Meinung im Blatte zum Ausdruck kommt. Ein Redakteur, welcher weiß, daß er mit der Mehrheit der Genossen nicht übereinstimmt, sollte nicht warten, bis man ihn kündigt, sondern von selber gehen. Wenn die Redakteure sich darüber beklagen, daß sie nicht gehört worden seien, so müsse betont werden, daß schon seit Jahren unzählige Sitzungen abgehalten wurden, in denen den Redakteuren gesagt wurde, daß die Mehrheit der Berliner Genossen mit ihrer Haltung nicht einverstanden ist. Man habe die sechs Redakteure nicht abgeurteilt, ob und wem gekündigt wurde, sondern sie haben selbst ihre Kündigung eingereicht und die Öffentlichkeit angerufen, anstatt ihre Angelegenheit den Partei-Instanzen zur Entscheidung vorzulegen. Wenn ein Arbeiter so gehandelt hätte wie die Redakteure, dann würde man ihn jedenfalls nicht nur aus seiner Stellung, sondern auch aus der Partei entfernt haben. Das Bestreben des Referenten gehe darauf hinaus, die Parteigenossen vom Parteivorstand zu trennen, denn er stelle den Parteivorstand als den allein Verantwortlichen hin, und gegen den Parteivorstand sollen die Genossen protestieren. Demgegenüber müsse betont werden, daß der Parteivorstand in Übereinstimmung mit der Pressekommmission und den Vertretern der Berliner Genossen gehandelt habe. Alle Beteiligten würden die Verantwortung gern übernehmen. — Nachdem die Redakteure gekündigt haben und ihre Kündigung angenommen wurde, möge ihnen wohl die Sache leid geworden sein. Den Berliner Genossen sei mit dieser Entwicklung der Dinge ein Alp vom Herzen gefallen. Gerade die, welche jetzt von Unterdrückung der Meinungsfreiheit reden, hätten die Meinung der Berliner Parteigenossen seit Jahren unterdrückt. — Es scheint beabsichtigt, hier eine Resolution gegen den Parteivorstand zur Annahme zu bringen. Man würde damit wohl einen gewissen Eindruck nach außen machen, wenn man sagen könnte, eine Versammlung in Berlin habe sich gegen den Parteivorstand erklärt. Redner ersucht die Versammelten, sich nicht auf diesen Reim locken zu lassen. Wenn man über den Parteivorstand urteilen wolle, dann müsse man ihn zur Versammlung einladen, aber nicht, wie es hier beliebt werde, ihn hinterlässig abmuffeln. (Beifall.)

Kaliski wandte sich gegen Hoffmann. Dieser wisse doch nicht, was in den geheimen Sitzungen vorgegangen, auch sei der zweite Teil der Antwort der entlassenen Redakteure noch nicht veröffentlicht. Es sei bezweifelhaft, daß von unserer ganzen Parteipresse nur vier Blätter das Verhalten des Parteivorstandes billigen, während sich alle anderen dagegen erklärt hätten. — Die Masse der Berliner Parteigenossen habe von der beabsichtigten Änderung im „Vorwärts“ nichts gewußt, sie würden auch den Streich, den der Parteivorstand und ein Teil der Pressekommmission machten, nicht gebilligt haben. In seinen weiteren Ausführungen, die sich meist mit bereits bekannten Einzelheiten der Affäre beschäftigten, sagte der Redner unter anderem, es sei nicht wahr, daß die Pressekommmission dem Genossen Weyler ein Mißtrauensvotum erteilt habe. Weyler habe auf seinen Wunsch ein anderes Refektor übernommen. — Singer habe in Jena zu einem der jetzt ausgetretenen Redakteure gesagt: „Tun Sie mir den Gefallen und bringen Sie die „Vorwärts“-Angelegenheit nicht im Plenum des Parteitagess zur Sprache, in der Kommission wird sich schon ein befriedigendes Resultat ergeben.“ — Wedel, als er gefragt wurde, ob Weylers Entlassung beabsichtigt sei, habe gesagt, das sei nicht wahr. Nach alledem habe man annehmen müssen, es seien keine Änderungen beabsichtigt gewesen. — In den geheimen Sitzungen seien die Redakteure wie Vollzeithel behandelt worden. Die schwersten persönlichen Vorwürfe habe man gegen sie erhoben, ohne daß sie Gelegenheit hätten, sich dagegen zu verteidigen. Wir wollten arbeiten bis zum Ablauf der Kündigungszeit, aber man hat uns hinausgeworfen, um uns mundtot zu machen. Wir verbiten uns die Unterstellung, daß uns unsere Kündigung leid tut. Wir werden nie und nimmer auf den Redaktionsposten zurückkehren, sondern an anderer Stelle unsere Pflicht als Parteigenossen erfüllen. Wir wollten vor unserer Kündigung gehört werden, um zu zeigen, wer die Artikel geschrieben hat, die als revisionistisch bezeichnet werden; wir wollten zeigen, wer in der Redaktion gearbeitet hat und wer nicht. Aber man wollte uns nicht hören. Wir verlangen, daß die Partei ausdrücklich: Ein solches Vorgehen, wie es gegen uns beliebt wurde, darf nicht gebilligt werden. (Lebhafte Beifall.)

Faber-Frankfurt a. D. führte gegenüber Hoffmann aus, diese Verlesung sei keine Ueberrumpelung. Die „Vorwärts“-Angelegenheit hänge mit dem Parteitage zusammen; sie hätte dort erledigt werden müssen. Wenn man Redakteuren kündigen wolle, dann müsse man ihnen sagen, weshalb sie gehen sollen. Man habe die „Vorwärts“-Redakteure wie Spitzbuben behandelt.

Partei bemerkte, es handle sich hier nicht um eine Ueberrumpelung. Er sei aber der Meinung und habe das auch dem Genossen Braun vor der Versammlung gesagt, daß die „Vorwärts“-Angelegenheit eine Sache der Berliner Parteigenossen sei und deshalb hier nicht darüber gesprochen werden solle. Er ersuche deshalb um Schluß der Debatte in dieser Sache. — Hieran schloß sich eine Geschäftsordnungsdebatte, in der Geride bemerkte, Braun habe sein Refektor gemißbraucht. Die Anwesenheit Kaliskis beweise, daß eine Ueberrumpelung geplant war. — Der Vorsitzende sagte, er habe auf eine Anfrage Brauns erklärt, daß er gegen die Erörterung der Vorgänge, die sich nach dem Parteitage ereignet haben, nichts einzusetzen habe. — Die Debatte wurde fortgesetzt.

Adolf Hoffmann: Was man dem Parteivorstande vorwerfe, das werde auch hier gelehrt. Man urteile über den Parteivorstand, ohne ihn zu hängen. Wenn Kaliski sagte, nur vier Parteiblätter ständen auf der Seite des Parteivorstandes, so mögen sich die Redakteure der übrigen Blätter durch ihre Solidaritätsgefühl haben bestimmen lassen. In verschiedenen Orten haben sich inzwischen die Parteigenossen gegen die Redaktionen dieser Blätter ausgesprochen. — Kaliski, die Meinung der Berliner Parteigenossen hören wolle, dann solle er eine Versammlung einberufen und den Parteivorstand dazu einladen. Keiner der Angegriffenen werde ihm die Antwort schuldig bleiben.

Warme: Hoffmann hat recht, Braun hatte keine Ursache, die „Vorwärts“-Angelegenheit hier anzuschneiden. Wir haben noch genug vom Dresdener Parteitag. Wir wollen nicht, daß man uns für Revisionisten hält. Dem Parteivorstand gebührt ebenso viel Vertrauen, wie den Redakteuren. Braun hätte und mit diesem Thema nicht belästigen sollen.

Der Vorsitzende bemerkte: Ein Hemmerlitz solle hier nicht abgehalten werden, er sei gegen die Fassung einer Resolution.

Faber führte aus, als Vorsitzender des Wahlkreises Frankfurt-Leubus lehne er die Verantwortung für die Handlungsweise des Parteivorstandes ab. Wenn er, der Redner, als Arbeitgeber so gehandelt hätte, wie der Parteivorstand gegen die Redakteure, dann hätte er sich in der Partei unmöglich gemacht.

Werke vertrat im allgemeinen den von Hoffmann eingenommenen Standpunkt. Er bedauere, daß die Redakteure nicht schon früher gegangen sind. Durch diese Verlesung werde Verwirrung angerichtet und die Bewegung im Kreise geschwächt. Es liege keine Ursache zu einem Mißtrauensvotum gegen den Parteivorstand vor.

Braun bezog sich in seinem Schlußwort auf eine Keuherung Weylers in Jena. Als von den Gegenfragen innerhalb der „Vorwärts“-Redaktion die Rede war, sagte Weyler in der Parteitagssitzung nach dem Protokoll: „Ein bürgerlicher Verleger würde in solchem Maße sagen, die und die Leute vertreten meine Meinung, die behalte ich, die anderen werfe ich hinaus. Ja, können wir denn in dieser Weise verfahren?“ Nach dieser Keuherung Weylers habe niemand erwartet

Wären, daß nun doch einige Redakteure hinausgeworfen werden sollten. Es stehe fest, daß zwischen der Redaktion und der Mehrheit der Berliner Genossen keine Meinungsdivergenzen bestanden. Nur ein kleiner Kreis, zu dem auch Adolf Hoffmann gehöre, habe gegen die Redakteure gewühlt. Hätten sich die Redakteure wirklich im Gegensatz zur Mehrheit der Parteigenossen befunden, dann wären sie ohne weiteres zurückgetreten. — Jetzt seien die Redakteure so behandelt worden, wie wir es in Bezug auf Arbeiter nicht wünschen und dagegen mißliche Verwahrung eingelegt werden.

Der Vorsitzende schloß die Erörterung mit dem Bemerkten, aus dem Beifall, der den Rednern auf beiden Seiten in gleichem Maße zuteil wurde, könne man entnehmen, daß die Parteigenossen sich kein sicheres Bild von der Angelegenheit machen können. Schon deshalb würde die Fassung eines Beschlusses verfehlt sein.

## Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die trockene Quillotte.

Wiegern sich irgendwo einmal organisierte Arbeiter, mit Subjekten zusammen zu schaffen, die sich durch Streikbruch gegen die Arbeiterrechte vergangen haben, oder verwahren sie sich auch nur dagegen, die Werkstatt mit gemeingefährlichen Demuzianten zu teilen, so schreibt die bürgerliche Presse über „Terror“ und die Scharfmacherorgane fordern Ausnahmegesetze gegen die gewerkchaftlich organisierte Arbeiterschaft. Gegen das System der „Schwarzen Listen“ aber, gegen die fälschlich „Arbeitsnachweise“ genannten Maßregelungsbureaus der Unternehmerorganisationen findet man nicht die gleichen Töne der Entrüstung. Was den Zwecken des Unternehmertums dient, wird in der bürgerlichen Presse entweder laut gepriesen, oder aber, wenn es doch gar zu wenig dazu geeignet ist, mit Still-schweigen übergangen.

Wo ist das bürgerliche Blatt, das das System der „Schwarzen Listen“ gezeihelt hätte? — Vor uns liegt folgendes Zirkular:

7. November 05.

Wir teilen Ihnen mit, daß wir kurz vor bezug, während des Streiks untenstehende Monteurs bezw. Halbsmonteurs entlassen haben, von deren Einstellung wir Ihnen abraten möchten.

(Folgen die Namen von 12 Monteurs.)

(Druckstempel)

(Elektromotor G. m. b. H.)

Wa. Ra.

Es handelt sich um die Gesellschaft „Elektromotor“, eine Tochtergründung der A. E. G., welche sich mit diesem Schreiben an die Installationsbureaus der Rintergesellschaft wendet. 12 Monteurs dieser Firma sind von ihr entlassen worden. Was sie verbrochen haben, ob ihre Rufe der Direktion des „Elektromotor“ nicht mehr gefiel, ob sie gar als „Neger“ oder „Agitatoren“ hervortraten, die Direktion, welche sie entließ, teilt das nicht mit. Es ist offenbar für die in Frage kommenden Kapitalistenkreise ganz gleichgültig, warum ein Arbeiter brotlos gemacht worden ist. Die Rechtfertigung für den entlassenden Kapitalisten liegt in seiner Selbstherrlichkeit, die Verurteilungswürdigkeit des Arbeiters ergibt sich aus seiner Proletariereigenschaft. Und daß der einmal entlassene Prolet hundertmal hungern muß und keine Stellung finden darf, ist selbstverständlich.

Diese gemüthvolle Selbstverständlichkeit, mit der man hier über das Schicksal von Arbeitern durch einen Federstrich entscheidet, läßt die Gemeingefährlichkeit des Kapitalismus geradezu in bengalischer Beleuchtung erstrahlen!

An die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

In der Sitzung der engeren Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle Berlin, die am 1. November stattfand, ist zu den Vorwürfen, die in der Versammlung der Rohrleger am 27. August dieses Jahres gegen den Kollegen Cohen erhoben wurden, nachstehendes beschlossen worden:

Da die Agitationskommission der Rohrleger der wiederholten Einladung der engeren Ortsverwaltung zu einer Prüfung der gegen den Kollegen Cohen erhobenen Vorwürfe zu erscheinen, nicht nachkam, ist die Ortsverwaltung zu der einstimmigen Ansicht gekommen, daß diese Vorwürfe einer Prüfung auf ihre Veredlichkeit nicht standhalten können und auch aus diesem Grunde die Kommission nicht erschienen ist.

Das Vorgehen der Kommission war unberechtigt, und, weil sie es nicht für nötig hielt, den Kollegen Cohen zum mindesten anzuhören, auch insofern.

Die Agitationskommission der Rohrleger hat auch gegen die Beschlüsse, die für die Fälle, wo es sich um Beschwerden gegen Angestellte handelt, vorgegeben sind, verstoßen.

Die Ortsverwaltung erklärt in dem Vorgehen der Rohrlegerkommission eine Schädigung der Verbandinteressen und beantragt deshalb beim Vorstand gegen die Kommission eine öffentliche Klage.

Dem vorstehenden Beschluß der engeren Ortsverwaltung hat die erweiterte Ortsverwaltung in ihrer Sitzung vom 7. d. M. zugestimmt.

Ortsverwaltung Berlin

des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Die Bäcker- und Pieselmacher nahmen am Mittwoch in einer kombinierten Versammlung Stellung zu einer eventuellen Lohnbewegung. Als Organisationen kommen bei den circa 220 im Verus Beschäftigten in Frage der dem Gewerkschaftsartell angeschlossene Bäckermacher-Verband, ferner die Bäckermacher-Sektion des Holzarbeiter-Verbandes und schließlich die im Dirsch-Dunderischen Gewerksverein organisierten Bäckermacher. Von den Mitgliedern genannter drei Organisationen war bereits eine Kommission mit der Ausarbeitung eines neuen Lohnsatzes beauftragt worden. Der neue Entwurf lag der Versammlung zur Genehmigung vor. Gefordert werden darin außer einer Aufbesserung der Alfordräge eine Verärgerung der Arbeitszeit von 57 auf 53 Stunden und eine Erhöhung des Minimallohnes von 21 auf 24 M. pro Woche. Die Diskussion drehte sich in der Versammlung hauptsächlich darum, ob es zweckmäßiger sei, noch in diesem Herbst oder erst im nächsten Frühjahr mit der Lohnbewegung zu beginnen. Während von den Rednern der Holzarbeiter-Sektion aus Rücksicht auf die bald zur Reize gehende Konjunktur das kommende Frühjahr empfohlen wurde, hielten die Verbandmitglieder den jetzigen Herbst für den günstigsten Zeitpunkt. In einer definitiven Entscheidung dieser Streitfrage kam es indessen nicht, weil sich beide Organisationen — die dritte war nicht vertreten — dahin einigten, eine gemeinsame Kommission zu wählen, die sich über den geeigneten Zeitpunkt zum Eintritt in eine allgemeine Lohnbewegung endgültig schlüssig werden soll und dazu auch alle nötigen Vorarbeiten zu treffen hat.

Deutsches Reich.

Vertragsbrüchige Unternehmer.

Die Löhner in Wosen hatten mit ihren Arbeitgebern einen auf drei Jahre (1905—1908) lautenden Vertrag abgeschlossen, der die Lohnsätze usw. in dem Gewerbe regelte. Diesen Tarifvertrag haben nun die Meister ganz plötzlich und ohne jeden Grund gebrochen, indem sie von den Gesellen verlangten, daß sie zu einem um 10 Proz. niedrigeren Lohnsatz, ja überhaupt ohne jeden Tarif, arbeiten. Nachdem ein sofort am Montag angelegter Termin vor dem Gewerbegericht ergebnislos verlaufen war, fand am demselben Tage abends ein weiterer Termin mit den Arbeitgebern auf dem Rathaus statt. Obgleich sich der Vorsitzende Dr. Golland alle Mühe gab, eine Einigung herbeizuführen, gelang ihm dies nicht. Die Meister bestanden auf der Reduktion des Tarifs,

worauf die Gesellen in einer am Montagabend abgehaltenen Versammlung einmütig beschloßen, sofort die Arbeit niederzulegen. In Betracht kommen gegen 150 Gesellen, die fast sämtlich im Zentralverbande organisiert sind. Der rigorose Vertragsbruch der Unternehmer hat unter ihnen große Erbitterung hervorgerufen. — Zugug ist fernzuhalten.

Die Hafnarbeiter Königsbergs sind nun doch noch in den Streik gebrängt worden. Als sie die Schiffe in vergangener Woche geperrt hatten, bewilligten wohl die Stauermeister den verlangten Stundenlohn, weil sie in der Klemme waren. Bald darauf fingen sie aber wieder an die Löhne zu drücken. Als die Hafnarbeiter damit nicht einverstanden waren, versuchten sich die Stauermeister Arbeitswillige aus Willau zu holen. Nun wurde an verschiedenen Stellen in den Streik getreten. Am Donnerstag soll endgültig der Kampf beschloßen werden, wenn die Stauermeister sich nicht noch rechtzeitig befehlen und einsenken.

Ausland.

Verhandlungen im Rottensamer Hafnarbeiterstreik. Ein Telegramm meldet: Die Genossenschaft der Getreidehändler ernannte ein Komitee von drei Mitgliedern, um zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern zu vermitteln. Die Genossenschaften der Hafnarbeiter verboten ihren Mitgliedern die Schiffslandungen zu lösen, wenn nicht vorher das Abwiegen des Getreides stattgefunden hätte.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hafnarbeiterausstand in Königsberg.

Königsberg, 9. November. (W. T. V.) Die hiesigen Hafnarbeiter befinden sich im Ausstand. Ihre Forderungen beziehen sich auf Erhöhung des Stundenlohnes und Regelung einer Anzahl technischer Fragen. Die Schiffe im Hafen haben bezw. löchen nach Möglichkeit mit eigener Mannschaft, soweit dies angängig ist, sonst ruht die Arbeit.

Der Secht im Karpfenteich.

Dresden, 9. November. (W. T. V.) Kammer der Abgeordneten. Auf der Tagesordnung der zweiten Kammer stand heute die Interpellation Goldstein (Sog.) betreffend die Fleischsteuerung. Nach Begründung der Interpellation seitens des Interpellanten wurde diese vom Staatsminister v. Meisch beantwortet. Derselbe gab das Vorhandensein einer erheblichen Fleischsteuerung zu und versprach namens der Regierung etwaige Vorschläge zu ihrer Behebung möglichst zu prüfen. Schuld an der Teuerung sei auch die Volksvermehrung und die aufstrebende bessere Lebenshaltung der Massen. Zur Verringerung der Fleischsteuerung wolle die Regierung auf die verlangte Oeffnung der österreichischen Grenzen nicht eingehen wegen der drohenden Viehverseuchung. Uebrigens bestche auch in Oesterreich Mangel an Schlachtvieh. Die Regierung sei nicht in der Lage, positive Vorschläge zur Beseitigung der Fleischsteuerung zu machen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen zieht sich Genosse Goldstein, der einzige Vertreter der Sozialdemokratie im Landtage, einen Ordnungsruf zu.

Obstruktion!

Wien, 9. November. (W. T. V.) Die Bediensteten aller Kategorien von Wien ausgehender Staatsbahnen sind heute früh um 7 Uhr in die passive Resistenz eingetreten. Sämtliche Eisenbahnen der Privatbahnen werden in den nächsten Tagen diesem Beispiel folgen. Das Ministerium richtete bereits an alle Beamten und Angestellten die Aufforderung, den Verkehr ordnungsgemäß abzuwickeln, widrigenfalls gegen sie disziplinarisch vorgegangen werden soll.

Trennung von Staat und Kirche.

Paris, 9. November. (W. T. V.) Der Senat begann unter großer Beteiligung die Beratung des Entwurfes des Gesetzes über die Trennung von Kirche und Staat. Chamillard (Rechte) beantragt die Vertagung der Diskussion, bis das Konordat ordnungsmäßig gekündigt ist.

Gesetz im Parlament.

Brüssel, 9. November. (W. T. V.) Abgeordnetenhause. In fortgesetzter Erörterung über die Antwerpener Kreditvorlage richtet in der heutigen Sitzung Bertrand (Sog.) heftige Angriffe gegen die Person des Königs, dem er wiederholt vorwirft, in der Frage der Antwerpener Hafen- und Festungsarbeiten aus seiner konstitutionellen Rolle herausgetreten zu sein, indem er persönlich die Annahme der Vorlage empfohlen habe. Der Vorsitzende erklärt unter Hinweis auf die ungebührliche Sprache Bertrand's, es stehe diesem nicht zu, dem Könige Vorhaltungen zu machen.

Der Bahnhof des Weltkreuzes.

London, 9. November. (W. T. V.) Bei einem Bankett in der Guildhall hielt der erste Lord der Admiralsität Carl Cambon eine Rede, in welcher er ausführte, die Verwaltung könne im Verlaufe von wenigen Stunden der Schlachtflotte jetzt sechs neue Schlachtschiffe hinzuzufügen und so die Stärke der Kanalflotte auf 15 Schlachtschiffe erhöhen.

Was sollen sie auch machen?

Christiania, 9. November. (W. T. V.) Holland hat Norwegen als selbständigen Staat anerkannt.

Die Revolution in Rußland.

Ausstand der Eisenbahner.

Warschau, 9. November. (W. T. V.) Die Beamten und Arbeiter der Warschau-Wiener-Bahn beschloßen in einer heutigen Versammlung, den Ausstand bis zur Aufhebung des Kriegszustandes und Gewährung der unbeschränkten politischen Rechte fortzusetzen.

Schandakten der Reaktion.

Odessa, 9. November. (W. T. V.) Aus verschiedenen Städten Südrusslands laufen hier Meldungen über schreckliche Missetaten unter den Juden ein.

Die Polizei des Jaren.

St. Petersburg, 9. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Gouverneur veröffentlicht heute eine Erklärung, wonach er mehrere Mittelungen erhalten habe, welche bestätigten, daß von Polizeibeamten während der letzten Unruhen Uebergriffe und Verbrechen begangen worden sind.

Der Bluthund des Zarismus.

Petersburg, 9. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) General Trepow ist seiner Stellungen als Generalgouverneur und Chef der Petersburger Garnison, Gehülfe des Ministers des Innern, Polizeichef und Gendarmeriechef enthoben und zum Palastkommandanten ernannt.

Heiligenbilder sollen helfen.

Petersburg, 9. November. (W. T. V.) Ueber die Unruhen in Kronstadt wird gemeldet: Der Marineklub und mehrere Magazine wurden vernichtet und in Brand gesetzt. Eine Schar von Meuturern und Matrosen durchzieht die Stadt, gibt Schiffe ab und terrorisiert die Bevölkerung. Die Geistlichkeit hat eine Prozession organisiert in der Hoffnung, der Plünderung Einhalt zu tun. Es herrscht allgemeine Panik. Ueberall sieht man Blutlachen in den Straßen. Die Plünderung wird fortgesetzt.

Revolution.

New York, 9. November. Ein dem „New York Herald“ über Buenos Aires ausgegangenes Telegramm berichtet, daß in Brasilia Revolution ausgebrochen sei; in den Straßen von Rio de Janeiro seien Hunderte von Personen getödet worden.

An die Parteigenossen!

Es wird von vielen Seiten der Wunsch ausgesprochen, die Diskussion über das Ausscheiden der Redaktion abzuheben. Auch wir haben den Wunsch, die für jeden Leser unerträgliche Debatte zu schließen und dann den ganzen Raum des „Vorwärts“ den Zwecken zu widmen, wofür das Blatt geschaffen ist.

Rechenschaft.

2. Die Prinzipien des Verfahrens.

Die Denkschrift des Parteivorstandes erzählt, daß trotz aller Beschlüsse, „durch die gehofft wurde, die größten vorhandenen Uebelstände zu beseitigen“, es sich regelmäßig in Kürze wieder herausgestellt hätte, daß alle diese Abmachungen ihre Wirkung verlor.

Die selbige Denkschrift zur Buchhausvorlage ist rehabilitiert! Dort versucht man doch wenigstens an einigen Beispielen den „furchtbaren“ hässlichen Terrorismus der Arbeiter zu beweisen. Aber erst die bloße Behauptung jeden Beweises: der Parteivorstand hat beschlossen, daß dem so sei — Punktum!

Was ist die einfache Tatsache? Uns sind überhaupt nur zwei Beschlüsse über die Haltung des „Vorwärts“ bekannt!

Die „entsprechenden“, von Bebel angeregten Beschlüsse nach Dresden — die Denkschrift drückt sich weidlich in so dunkler Weise aus — bestanden in dem aufregenden Reformvorschlages: daß der „Vorwärts“ über Parteifragen alle Stimmen der Parteipresse und in größerem Umfang die Äußerungen der bürgerlichen Presse zu bringen habe. Der erste Teil des Beschlusses war in dieser Form unsinnig, wie sofort von der Mehrheit betont wurde.

Der zweite Fall betrifft die seltsame Veranstaltung der Parteifunktionäre am 17. Juni 1905. Der Beschluß, der damals angenommen wurde, lautet merkwürdig genug (dem Inhalt nach): „Daß der „Vorwärts“ im Sinne der Ausführungen des Genossen Bebel's geführt werde.“

Die Veranstaltung vom 17. Juni war von Nieder-Barnim, d. h. vom Genossen Stadthagen arrangiert, der aber die Angelegenheit hat, die Parteihaftigkeit für seine Anregungen nach Möglichkeit zu verdecken. Stadthagen hielt auch die große Ansprache gegen die Mehrheit der Redaktion, und er bemühte sich sogar, unserm Verlangen nach greifbaren Beispielen nachzukommen, indem er allerlei Unzulänglichkeiten aneinanderreichte; er hatte, wie er selbst sagte, vor der Sitzung nur ganz flüchtig den „Vorwärts“ durchgesehen, und dieses Studium genügt, um ein sicher zerschmetterndes, leider nur ganz lacrimales Material gegen uns und unsere lange aufreibend mühselige Arbeit zusammenzuscharen.

Was die Berliner eigentlich mit ihren nicht klar zum Ausdruck gebrachten Beschwerden meinten, wurde uns mehr aus privaten Äußerungen deutlich. Sie verwarfen die formelle Zurückhaltung,

die von der Mehrheit der Redaktion in allen inneren Parteipolemiken geübt wurde. Es hieß: Rebut in diesen Fragen die Stellung, welche Ihr wollt, aber schlägt ordentlich drein! Wir mühten uns gerade in letzter Zeit sagen, daß sich die Berliner Genossen bei ihrer Aufforderung von einem richtigen Gefühl hatten leiten lassen. Wir glaubten bisher, daß gewisse gemeinschaftliche Prehpoletiken für alle Urteilsfähigen an sich selber zugrunde gehen würden. Wir wurden aber schließlich gewahr, daß unser Optimismus trotz unserer Schweigen wurde mißverstanden, die Lärm-macher drohten den Markt zu beherrschen. So entschlossen wir uns endlich, auch „ruppiger“ zu werden, ganz im Sinne der „Meinung der Berliner“. Zugleich trat unsere „Ruppigkeit“ aber jene kleine Clique persönlicher Gegner, die nun verdoppelte Anstrengungen gegen uns machte.

Es begann nunmehr ein unterirdischer Kampf gegen uns, dessen Wesen erst jetzt klar zutage tritt, dessen Felder erst jetzt völlig durchschaut werden können.

Kautskys sinnloser Angriff auf uns wegen unserer Kritik an dem Roland-Koltschen Buche veranlaßte uns, Parteivorstand, Prehkommission und Vertrauensleute um eine gemeinschaftliche Zusammenkunft zu ersuchen. Man stimmte uns fast allseitig zu. Ein erlauchter Teilnehmer sprach dann, man bringe den Redakteuren ja förmliche Ovationen dar, man wolle wohl den 17. Juni wieder gut machen. Die bekannte Protesterklärung der Sechshunderten-Minderheit wurde verurteilt und verhöhnt. Die Redakteure der Minderheit beklagten sich verzweifelt über den Wantelmut und die Urteilslosigkeit der Berliner.

Nach der Sitzung wurde Stadthagen, der anwesend war, zur Rede gestellt, weil er nicht zur Teilnahme an der Sitzung berechtigt sei.

Volle Uebereinstimmung herrschte dann zwischen den Funktionären der Berliner Parteigenossen und der Mehrheit der Redaktion in der Frage der Tagesordnung des Parteitag's. Schon vor Bremen stimmte in gemeinsamer Beratung Berlin mit den Anregungen der Redaktionsmehrheit überein, die Schulfrage auf die Tagesordnung zu setzen; auch die Erörterung der Wahlrechtskampfe wurde für dringend erachtet. Bebel bekämpfte diese Vorschläge: die Schulfrage fand er nicht brennend. Sie wurde aber in Bremen auf der Frauenkonferenz behandelt, und nun fand Bebel, daß die Frauenkonferenz geistig höher gestanden habe als der Parteitag. Gegen die Behandlung der Wahlrechtsfrage wandte Bebel („Neue Zeit“, Band 2, 2. Seite 744) ein: „Das geplante oder gefährdete Attentat auf das Reichstags-Wahlrecht zum Gegenstand einer Debatte auf dem Parteitag zu machen, wäre ein großer tollkühner Fehler, den kein Politiker, am wenigsten eine Partei machen darf.“ Ein Jahr später, in Jena, beging er in stundenlangem Rede diesen „großen tatsächlichen Fehler“.

Dieselbe Unzulänglichkeit bewies Bebel, als die Mehrheitvertreter des „Vorwärts“ für Jena die besondere Behandlung der weltpolitischen Wandlungen anregte. Die Redaktion war schon damals über die verhängnisvollere Bedeutung der schwedischen internationalen Konflikte unterrichtet. Stadthagen machte in der von der Denkschrift erwähnten Weise den entsprechenden Vorschlag. Bebel widersprach. Parteivorstand und Kontrollkommission lehnten darauf ab. Es ist aber eine Unrichtigkeit in der Denkschrift insofern, als auch ein Mitglied des Parteivorstandes selbst den von der Redaktion dargelegten Anschauungen in weitem Maße beistimmte. Die Denkschrift rügt es scharf, daß trotzdem der „Vorwärts“ die Anregung aufrecht erhalten hat, ohne zu erwähnen, daß sie bereits in der Vorberatung des Vorstandes und der Kontrollleute abgelehnt worden sei. Die Denkschrift hätte nicht den wichtigeren Umstand verschweigen sollen, daß in jenem Artikel auch die Tatsache nicht erwähnt worden ist: daß der „Vorwärts“ die Anregung aufrecht erhielt, nachdem in gemeinsamer Beratung von Vertrauensleuten und Redaktion gegen den Widerstand zweier anwesender Vorstandsmglieder der Vorschlag der politischen Redakteure fast einstimmig zum Beschluß erhoben wurde. Tatsächlich haben dann der Berliner Wahlkreis den Vorschlag der Vertrauensleute und der „Vorwärts“-Minderheit für den Parteitag zum Antrag erhoben. Und Bebel selbst hat dann in Jena die von ihm abgelehnte Anregung der Redaktion selbst übernommen, als er in dem großen Monolog seiner Begründung diese Frage dennoch zu behandeln versuchte.

Wir hatten uns allerdings die Erörterung der Frage anders gedacht, und hatten gemeinsam mit den Berliner Genossen Kautsky als Referenten ins Auge gefaßt.

In scharfer Harmonie und erhebender Begeisterung verlief endlich jene Jenaer-Versammlung, die auf Anregung der Redaktionsmehrheit und der Berliner Genossen veranstaltet wurde. All diese Geschehnisse waren Vertrauensbedingungen für die Redaktionsmehrheit, und sie stehen im vollständigen Widerspruch zu den Darlegungen der Denkschrift, als ob zwischen den Berliner Genossen und uns ein dauernder Konflikt bestanden hätte.

Über unsere fruchtbarste Arbeit war für unsere Gegner ein Grund mehr, ihr Spiel gegen uns zu verärfachen. Stadthagen und Genossen arbeiteten. Längst bestand zwischen der Redaktionsminderheit und unseren Gegnern in der Partei ein intimes Verhältnis.

Das Ergebnis dieser geheimen Wühlereien war jene Prehkommissionsitzung vom 1. September. In dieser Sitzung erschien plöblich Stadthagen. Noch niemals hatte er an einer Sitzung teilgenommen, außer wenn er als „Angeklagter“, solange er — bis vor einigen Jahren — die juristische Sprechstunde abhielt, sich gegen Beschwerden zu verantworten hatte. Niemand in der Redaktion hat bisher davon gemerkt, daß Stadthagen bereits seit 1893 „Redakteur“ des „Vorwärts“ sei. Er jungierte bisher gegen festes Gehalt als juristischer Briefkastenkonk und früher als Redakteur in der Sprechstunde. Als Redakteur zählte er ebenso wenig wie die anderen Redaktionsmitglieder, die gleichfalls festes Gehalt beziehen. Jeder redaktionelle Beitrag wurde ihm honoriert, was nicht geschehen wäre, wenn St. Redakteur gewesen wäre. Ein kollegiales Zusammenarbeiten mit ihm kam also bisher für uns nicht in Frage. Die Behauptungen der Denkschrift in dieser Hinsicht sind völlig phantastisch. Hätten wir freilich gewußt, daß Stadthagen sich schon seit 1893 als Redakteur fühlte, so würden wir über keine fortgesetzten wüsten Angriffe gegen uns und wesentlich anders gedacht haben. Man denke nur an jenen wahnwitzigen Heberfall vor Dresden, der übrigens — sollte das jegliche Bekahren nur System Stadthagen sein? — auch in Abwesenheit der ununterrichteten Angegriffenen verübt wurde.

Ueber das Ergebnis dieser Prehkommissionsitzungen vor Jena haben wir schon in unserer „Aufklärung“ berichtet. Es war offenbar damals bereits etwas geplant. Ein Prehkommissionsmitglied von Nieder-Barnim hielt ganz im Stil der jeglichen Denkschrift eine Rede: es seien immer wieder Beschlüsse gefaßt, aber es hätte alles nichts genützt usw. Wir verlangten einfach Beweise. Die konnte niemand geben. Daran scheiterte schließlich abermals die Kampagne. Es kam zu jener endgültigen Regelung der Redaktionsverhältnisse, die wir erwähnt haben.

Aus ein Vorkommnis aus jenen Sitzungen ist noch erwähnt, um den Wahrheitswert der Denkschrift zu charakterisieren. In der Denkschrift heißt es:

„Von der Unhaltbarkeit der Zustände in der Redaktion waren auch die sechs Redakteure, die kündigten, überzeugt, nur waren sie der Meinung, nicht sie, sondern die Minderheit habe zu gehen. Unverkümmert ist dieser Meinung aus den Reihen der Mehrheit der Minderheit gegenüber schon bei früheren Gelegenheiten Ausdruck verliehen worden.“

Wir wissen nicht, ob der Verfasser der Denkschrift in jener Sitzung der Prehkommission zugegen war. Auf jeden Fall aber hätten ihm die Mitglieder des Vorstandes und der Prehkommission, die damals anwesend waren, davon abhalten müssen, einen Satz niederzuschreiben, dessen Gegenteil die urkundliche Wahrheit ist. In jener Sitzung leitete nämlich die Mehrheit Vergelt auf die Behand-

lung innerer Parteifragen und stellte zur radikalen Lösung aller Unhaltigkeiten den Antrag, die Minderheit mit der ausschließlichen Bearbeitung der Parteifragen zu betrauen.

Wie kommt die Denkschrift angefaßt dieses Tatbestandes zu der Behauptung der Unwahrheit, daß die Mehrheit niemals auch nur den Versuch gemacht hat, die Minderheit hinauszudrängen? Wahnvorstellungen, nichts als Wahnvorstellungen!

Wir gingen bei unserem Vorschlag von folgenden Erwägungen aus: wir hielten und halten das Verbot den „prinzipiellen“ Gegensätzen zwischen Mehrheit und Minderheit im „Vorwärts“ einfach für schwindel. Es handelt sich vielmehr um Gegensätze der Intelligenz, der Fähigkeit und nicht zum mindesten der Moral. Es ist auch unwahr, wenn es in der Denkschrift heißt:

„Es standen sich in der Regel die Anhänger der beiden Strömungen gegenüber, und zwar meist 6 gegen 4 Stimmen, wobei gewöhnlich die Stellung der Mehrheit von der Vertretung der Berliner Genossen und dem Parteivorstand nicht als die ihrige anerkannt wurde.“

Wann? Wo? In welchem Fall? Die ganze persönliche Gruppenbildung hat sich erst in der letzten Zeit kristallisiert. In allen wichtigeren prinzipiellen und tatsächlichen Fragen war von dieser Gruppenbildung nichts zu spüren. Häufig standen gerade Mitglieder der Mehrheit schroff gegen einander. Nur wenn von Leipzig oder in der „Neuen Zeit“ ein Angriff gegen uns gerichtet wurde, dann schloß sich in den letzten Jahren eine feste Minderheit zusammen, die sich immer nachträglich davon überzeugte, daß sie genau die Leipziger oder Friedenauer Ueberzeugung habe. Das Stimmverhältnis 6 zu 4 aber ist gar erst ein Produkt der allerletzten Wirtnisse. Noch in der Polemik mit Kautsky vertreteten nur drei Kollegen die Minderheit. Was aber die persönlich widerwärtigen Verhältnisse anbelangt, so ist der Tatbestand selbst nicht zu leugnen. Nur unterläßt die Denkschrift die Hauptfrage, die Schuldfrage zu erwähnen. Es hat vor Jena ein persönliches Zusammenstoß stattgefunden, aber nur weil ein Redakteur der Minderheit über einen der Mehrheit eine grobe Unwahrheit ausgesprochen hat. Bebel hat in der entscheidenden Montagabend-sitzung sogar erzählt, ein Redakteur habe auf den anderen einen tätlichen Heberfall verübt. Sehr wahr, nur ließ Bebel es im Dunkeln, daß es ein Redakteur der Minderheit war, der seine — dem Gewicht nach unbestreitbare Ueberlegenheit zu mißbrauchen unternahm. Verschwiegen wird gleichfalls, daß die Mehrheit mit der offen ausgesprochenen Absicht von Jena zurückkehrte, so viel an ihnen lag, ein erträgliches persönliches Verhältnis wieder herzustellen. Sie waren auch bemüht, diese erste und ehrliche Absicht durch die Tat zu beweisen. Als die „Berliner Volkszeitung“, übrigens sehr ungenau, jene Indiskretion über die Verwechslungskommission aus der Jenaer Kommission veröffentlichte, erbot sich der Kollege Eisner sofort mit seiner Namensunterstützung eine kollegiale Erklärung abzugeben, die den Zweck verfolgte, den für Ströbel vermittelnden Eindruck zu beseitigen. Es hieß in dem Eisnerschen Entwurf u. a.:

„Wie das immer zu geben pflegt, ist an dieser Geschichte ein Kern von Wahrheit, der aber in Unrichtigkeiten, Uebertreibungen und Mißverständnissen so dicht eingehüllt ist, daß er kaum mehr zu erkennen ist. ... Da wir der Meinung sind, daß die Erledigung der Prehfreiheiten durch die Jenaer Kommission nicht der Anfang, sondern das Ende dieser Vorkommnisse sein soll, so verzichteten wir selbstverständlich darauf, die Zerstörer und den Missethater der „Berliner Volkszeitung“ zu forrieren. Die Kommission hat, das sei schließlich noch bemerkt, nicht den Zweck gehabt, Sieger oder Besiegte zu schaffen, aber Recht und Unrecht zu urteilen, sondern sie sollte zur Aussprache dienen und zur Erledigung von Streitigkeiten. Und diesen Zweck hat die Kommission im vollsten Maße erfüllt. Keiner der Beteiligten erhebt irgendwo den Anspruch, gestügt zu haben und keiner hat sich über Niederlagen zu beklagen.“

Diese Erklärung beweist aber nicht nur, daß wir das aufrichtige Bemühen hatten, kollegiale Zustände zu ermöglichen, sondern auch ein zweites. Diese Erklärung war nämlich Gegenstand der Verhandlung mit dem Parteivorstand in den ersten Oktobertagen. Bebel meinte, die Sache liehe sich mit dieser Erklärung wohl lösen, wenn nicht Ströbel — wie es der Fall war — dagegen wäre. Auch andere Vorstandsmglieder überhört ihre Zustimmung zu Eisners Absicht. Niemand aber machte uns auf die radikal falsche Auffassung über die Freilichkeit der Situation aufmerksam, obwohl zu gleicher Zeit bereits der Krieg vorbereitet wurde. Man wolle uns also in Sicherheit wiegen, man versuche mit uns nicht wie mit Parteigenossen, sondern wie mit Feinden, gegen die jedes Mittel erlaubt sei.

Endlich sei noch als wichtiges Moment persönlicher Differenzen erwähnt, daß wir allerdings über gewisse Wünsche, mit denen Mitglieder der Minderheit gelegentlich Gegner in der Partei in Grund und Boden jitierten, grundsätzlicherer Meinung waren.

Wir haben somit bewiesen, daß alles, was die Denkschrift über die Vorgeschichte des Konflikts, über die sachlichen und persönlichen Unrichtigkeiten sagt, ungenau, unvollständig, unwahr, tendenziös entstellt oder gar direkt erfunden ist!

Unsere Anklage, daß man in Jena geslistentlich den Parteitag, die Partei und uns um die Möglichkeit öffentlich kontrollierter Entscheidung gebracht hat, wird durch die Denkschrift mit keinem Wort widerlegt. Alles was die Denkschrift dafür anführt, daß wir das Kommende hätten wissen müssen, ist Zitat aus der Rede Bebel's von den „unhaltbaren Zuständen“. Das Zitat ist schon deshalb auffällig unvollständig, weil Bebel ja in derselben Rede den Grundsaß aufstellte, daß man nicht wie bürgerliche Verleger mit Kündigungen vorgehen könne, woraus wir unmöglich schließen konnten, daß unmittelbar darauf sich der Vorstand in der Rolle bürgerlicher Verleger gefaßt würde. Aber die Denkschrift verschweigt weiter den ausschlaggebenden Umstand, daß vor der Rede über die Frage des Losabtritts Kollege Stadthagen den Gen. Bebel ausdrücklich fragte, ob er Ausführungen machen würde, die ihn zu einer Erörterung veranlassen müßten. Bebel lehnte das entschieden ab! Wie konnte Bebel den Gen. Stadthagen in dieser Weise zum Schweigen veranlassen, wenn er so grundsätzliche Pläne hegte, wie sie in der Geschichte unserer Presse überhaupt noch nicht vorgekommen! Mußte er nicht umgekehrt Stadthagen reinen Wein einschenken und ihn direkt auffordern, vor dem Parteitage noch einmal die Auffassung der zum Tode verurteilten Redaktion zu vertreten?

Ueber die von uns in der Begründung der Kündigung erwähnte entscheidende Tatsache, daß ferner auch Singer in Jena vor Beginn der Kommissionsitzungen an eigener Initiative dem H. Eisner versichert hat, es ständen keinerlei Änderungen bevor, außer etwa der Anstellung eines ökonomisch tätigen neuen Redakteurs, — eine Maßnahme, die uns durchaus erwünscht war — geht die Denkschrift schweigend hinweg.

In dem Briefe des Parteivorstandes vom 20. 10. 05 wird diese Äußerung nicht bestritten, sondern es wird nur gesagt, „naturgemäß“ habe die Versicherung abgegeben sein sollte, „naturgemäß“ nur für sich gesprochen, da weder ein Auftrag noch ein Beschluß des Parteivorstandes vorgelegen hätte. Ein sonderbares Verfahren, daß der Vorsitzende der Partei und erst zum Vertrauen bestimmt und daß dann seinen Zusicherungen jede Verbindlichkeit abgesprochen wird!!

Der Jenaer Parteitag und die Beschlüsse der fünfzehner-Kommission werden plöblich als gleichgültig für die „Vorwärts“-Angelegenheiten beiseite geschoben. Die Kommission, so heißt es jetzt, habe die bedenklichen Prehgebden beurteilen sollen und habe Vorschläge zu ihrer künftigen Vermeidung gemacht, aber — Inhalt und Zweck“ der Resolution, die aus den Beratungen hervorging, habe mit den Vorgängen im „Vorwärts“ so gut wie nichts zu tun!

\*) Der erste Artikel wurde Dienstag, den 31. Oktober, zur Hälfte um 8 Uhr, zur anderen Hälfte um 10 Uhr abends, der Redaktion in Maschinenchrift übergeben. Er war im Laufe des Nachmittags bereits schriftlich angetündigt worden unter Angabe seines Umfangs. In der Ankündigungslarte verzichteten wir auf das selbstverständliche Recht, daß unsere Erwiderung an gleicher Stelle erscheine wie die Denkschrift, sofern man die Spitze der Mittwochnummer den russischen Ereignissen widmen wolle. In diesem Falle wurde ersucht, unsere Erwiderung an der Spitze der ersten Beilage zu bringen. Darauf erhielt am Mittwoch früh Eisner die folgende Postkarte: „G. B. Ihre Einladung konnte heute nicht mehr zum Abdruck gelangen. Darüber, an welcher Stelle des „Vorwärts“ sie publiziert werden soll, verfügen wir, nicht irgend ein Mitglied der früheren Redaktion. Berlin, den 31. Oktober 1905.“ (Stempel des „Vorwärts“! Keine Unterschrift. Verfasser: G. Cunow.)

In den „bedenklichen Vorkäufen“ war der „Vorwärts“ in erster Linie beteiligt, die Aussprüche über die Stellung des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“ zu verschiedenen Fragen füllte die gefamten Verhandlungen der Kommission aus. Jetzt soll das Ergebnis der Beratungen nicht mit den Vorkäufen im „Vorwärts“ zu tun haben! Nur eine Stelle der Resolution wird aufgenommen, daß die Parteipresse nach den Grundsätzen des Parteiprogramms im Sinne der Dreiecker Resolution geführt werden solle. Diese wegen ihrer Selbstverständlichkeit vielleicht unnötige, aber ganz allgemeine Erinnerung an die Parteipresse soll jetzt gegen uns ausgebeutet werden, während in der Kommission nicht mit einem Wort behauptet worden ist, daß wir in irgend einem Falle diese Richtlinien verlassen hätten — war doch die einzige deutsche Parteiangelegenheit, die in der Kommission behandelt wurde, die Frage des Generalsekretärs, in der der „Vorwärts“ vor Jena fast wörtlich denselben vertreten hat, was der Parteitag in der Resolution Bebel fast einstimmig als Parteianschauung festgestellt hat. Will der Verfasser der Denkschrift jene Stelle der Resolution gegen uns ausnützen, so beurteilt er damit seine eigene Generalsekretärs-Resolution als — revidierbar!

Die Verhandlungen der Kommission wären völlig sinnlos gewesen, wenn sie derartige Maßnahmen, wie sie nach Jena unternommen wurden, nicht ausschließen wollten. Die Kommission hat, wie sich versteht, die Redaktionsverhältnisse des „Vorwärts“ selbst nicht in ihre Verhandlungen gezogen, aber sie hat über die Stellung der Redaktionsmehrheit in einigen wichtigen Parteifragen beraten und ist zu einer Resolution gelangt, die Genosse Diez, der Berichterstatter der Kommission, ausdrücklich vor dem Parteitag als eine „verschämliche Resolution“ bezeichnet hat.

Auch Genosse Stolten, Mitglied der Kommission, sagte schon bei der Begründung des Antrages auf Einsetzung der Kommission: Wenn die Debatte im Plenum des Parteitages geführt würde, so würde die Debatte sich zweifellos ins Wertlose verlieren. Es würde die Gefahr entstehen, daß die Debatte sich hauptsächlich zu der Frage zuspitzen würde, auf welcher Seite liegt die Schuld, und das würde ich für sehr bedenklich halten. Ich glaube, es würde sich schließlich vielmehr darum handeln müssen, die Frage zu entscheiden, auf welche Art und Weise machen wir diesen unerquicklichen Dingen für die Zukunft ein Ende? Es war also ohne Zweifel die Meinung der Kommission und des Parteitages, den unerquicklichen Dingen von vor Jena ein Ende zu bereiten und keineswegs noch weit unerquicklichere Dinge vorzubereiten, wie es dann die Parteibehörde unternahm.

Für die Parteibehörde aber konnte es nur zwei Möglichkeiten geben: wenn sie so einschneidende Änderungen in der Redaktion des Zentralorgans vornehmen wollte, so mußte sie die Redaktion schon vor Jena davon unterrichten, — so durfte sie die in Jena zur Vertretung der Haltung des „Vorwärts“ anwesenden Redakteure nicht systematisch in den Glauben versetzen, daß nichts Einschneidendes und nichts Kränkendes beabsichtigt sei, — so durfte sie nicht zulassen, daß die Angelegenheit in einer Kommission friedlich besprochen und auf jede gründliche Erörterung durch den Parteitag selbst verzichtet wurde. Hatte sie aber niemals vor Jena ihre Absichten ausgesprochen, hatte sie den friedlichen Verlauf des Parteitages begünstigt, so mußte es unmöglich sein, nachträglich in geheimen Sitzungen gegen die Redaktion vorzugehen. Eines mußte das andere völlig ausschließen.

Wir konnten endlich aus den Jenerer Vorgängen auch deshalb unmöglich schließen, daß gegen die „Vorwärts“-Mehrheit irgend etwas geplant sei, weil der offizielle Referent über den Bericht des Parteitages, Genosse Kollendörfer, in seinem Vortrage gerade bei allen kritischen Auffassungen im Sinne der Auslassungen und Anschauungen der „Vorwärts“-Mehrheit sprach.

Das Geheimverfahren, das nach Jena begann, wird in der Denkschrift lediglich bestätigt, und wenn sich in der Darstellung des Parteivorstandes Unterschiede von unserer „Aufklärung“ ergeben, so liegt das an der Ungenauigkeit und Unvollständigkeit der Denkschrift. Trotzdem hat die Denkschrift den Mut, fortwährend von falschen und irreführenden Auffassungen, von leichtfertig ausgesprochenen Behauptungen, von Unwahrheiten, die auf Täuschung berechnet seien usw., zu reden. Daß alle Vorgänge sich abspielten, ohne daß die beteiligten Redakteure nur einmal gehört wurden, wird gar nicht bestritten, und als einziger Grund für dies Verfahren ist angegeben, daß ein sozialdemokratischer Redakteur ausändigerweise nicht verlangen könne, an Sitzungen teilzunehmen, in denen über ihn zu Gericht gesprochen wird. Für die bevorstehende Strafprozess-Reform ist das eine empfehlenswerte Anschauung. Vielleicht wird man im Reichstage bald hören, daß anständige Verbrecher darauf verzichten müssen, daß in ihrer Gegenwart verhandelt werde. Uebrigens ist die moralische und geistige Verwirrung in der verjüngten „Vorwärts“-Redaktion so weit vorgeschritten, daß in der Donnerstag-Nummer vom 2. November behauptet wird, es habe sich bei den geheimen Sitzungen nur um „Vorbereitungen“ gehandelt und während dieser Vorbereitungen hätten die Redakteure ihre Kündigung erklärt, so daß sie den Skandal provoziert hätten. Das schreibt die heutige „Vorwärts“-Redaktion zwei Tage nachdem der Vorstand in der Denkschrift ganz offen die Beschlässe mitgeteilt hat, die einen Tag vor unserer Kündigung bereits von den durch das Organisationsstatut berufenen Instanzen angenommen waren und den Funktionären nur noch formell unterbreitet werden sollten.

Ein gewisses Bedenken scheint allerdings dem Parteivorstande inwieweit dessen zu haben, ob er die Verantwortung für den ärgsten Schaden, der bisher der Partei zugefügt worden ist, übernehmen könne. Er erklärt nämlich in der Denkschrift sich für den Gefährlichen, der nur den Willen der Berliner Parteigenossen erfüllt habe. Zu der Sitzung am 2. Oktober sei er von der Pressekommmission und von den Vertrauensleuten eingeladen worden. Es wird lang und breit erzählt, daß die Nichtbeteiligung der Redakteure zu dieser Sitzung nicht Schuld des Vorstandes gewesen sei. Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ kann nicht so ungeschickt dementieren. Die Redakteure haben gegen die Sitzung vom 2. Oktober überhaupt keinen besonderen Protest erhoben. In jener Sitzung handelte es sich nicht um bestimmte Vorschläge; die Berliner wollten von dem Parteivorstand wissen, in welcher Weise ihnen ein größerer Einfluß auf den „Vorwärts“ vom Vorstande eingeräumt werden würde. Daß die Hinausverweisung von einigen Redakteuren keine Vermehrung des Einflusses der Berliner bedeutet, ist klar; denn schon bisher konnten die Berliner einsehen und kündigen, wen sie wollten. Die sämtlichen Einstellungen der letzten Zeit sind Vorschläge Berlins, zum Teil gegen die Vorschläge des Vorstandes. Darum konnte es sich also nach dem Willen der Berliner in der Sitzung vom 2. Oktober in erster Linie nicht handeln. Weil aber der Vorstand, vertreten durch Bebel, nicht genügt war, einen tatsächlichen größeren Einfluß den Berlinern zu gewähren, deshalb mußte die Redaktion erhalten, deshalb wurden von ihm die schärfsten Mittel angegriffen. Wir haben uns zunächst nicht über die Geheimnistuerei bei der Sitzung vom 2. Oktober, sondern darüber beklagt, daß wir von den Pressekommmissions-Sitzungen der folgenden Zeit ausgeschlossen worden sind, in denen ganz bestimmte Vorschläge gemacht und ganz bestimmte Beschlüsse gefaßt worden sind, und für diese Aussperrung trägt der Vorstand ganz ausschließlich die Schuld.

Am 5. Oktober erhielt die Redaktion folgende Postkarte:  
B. G. 1. Zu der am Freitag, den 6. d. M., an befannter Stelle stattfindenden Sitzung der Pressekommmission erlaubt sich einzuladen  
Berlin, den 4. Oktober 1905. D. Pöschner.

Auf Grund dieser Einladung erschienen wir in der Kommission, und es war der Vorstand, der unsere Ausschließung von der Pressekommmission verlangte und durchsetzte.

Die Vorschläge des Vorstandes in dieser Sitzung vom 6. Oktober sind in der Denkschrift ebenso falsch wiedergegeben, wie sie in unserer „Aufklärung“ korrekt dargestellt waren. Wenn uns vorgeworfen wird, daß wir aus trüben Quellen geschöpft hätten, so haben wir jedenfalls aus trüben Quellen die Wahrheit geschöpft, während es dem Verfasser des Vorstandsberichtes nicht gelungen

ist, eine genaue Darstellung von Vorkäufen zu geben, die er selbst in erster Linie veranlaßt hat. Zunächst wird verschwiegen, daß der Vorstand in der Sitzung vom 6. Oktober auch die Kündigung des Kollegen Wehler beantragt hat, wenn auch nicht die sofortige Kündigung. Die Privilegien, die Genossin Luxemburg im „Vorwärts“ genießen sollte, sind vollkommen falsch wiedergegeben. Wenn es nach dem Willen und der Anregung des Vorstandes gegangen wäre, der ja wohl nur die Bedingungen der Genossin Luxemburg selbst wiedergab, so wäre die Redaktion genötigt worden, zwei Artikel der Genossin wörtlich unbeschnitten und unüberändert aufzunehmen. Nach dem Vorschlage des Vorstandes sollte für den Fall, daß die Redaktion mit dem Inhalt dieser Artikel sich nicht identifizieren könnte, der Ausweg gewählt werden, daß der Name Rosa Luxemburg unter die Artikel gesetzt würde. Die Pressekommmission dagegen war verständiger als der Vorstand; sie sah ein, daß derartige Zwangsmaßnahmen einer unabhängigen Redaktion nicht zugemutet werden könnten, und auf ihren Einspruch erst verständigte man sich auf das Verfahren, das in der Denkschrift hinsichtlich der Artikel der Genossin Luxemburg angedeutet ist; ein Verfahren übrigens, das auch immer noch eine ungehörige Bevorzugung eines einzelnen Mitarbeiters bedeutet.

Daß der Vorstand, nicht die Pressekommmission, die Verantwortung für die Aktion trägt, daß gerade die Pressekommmission bei weitem nicht so ungehörige Auffassungen hegte wie der Vorstand, geht auch aus dem Eingangsabschnitt in der Denkschrift hervor, daß die Pressekommmission es für unzulässig hielt, die „kleinen Redakteure“, die für die politische Haltung am allerwenigsten oder gar nicht verantwortlich waren, dafür zu bestrafen, daß die „Großen“ gesündigt. Der Vorstand aber scheute sich nicht, diese Methode der Hinrichtung von Stellvertretern nach chinesischer Sitte in Empfehlung zu bringen.

Mit welchen Mitteln in dieser Sitzung der Vorstand zur Erreichung seiner Zwecke gearbeitet hat, für die er jetzt die Berliner Parteigenossen verantwortlich zu machen bemüht scheint, mag aus der folgenden Einzelheit erhellen werden. Genosse Wehler erklärte in dieser Sitzung dem Sinne nach und auch ziemlich wörtlich: „Kollid“ habe sich früher radikal gebildet und erst, als er im „Vorwärts“ eine gesicherte Stellung zu haben glaubte, hätte er sein wahres Gesicht gezeigt. Diese Verleumdung eines ehrlichen Parteigenossen geschah in der Abwesenheit des Kollegen, sie wurde ausgesprochen zur Erreichung gewisser Zwecke, ohne daß der Beschuldigte irgendwie sich verantworten konnte, ja, wenn es nach der Absicht des Genossen Bebel gegangen wäre, hätte er auch niemals davon gehört, mit welchen Ranten hinter seinem Rücken die Aufsichtsinstanzen des „Vorwärts“ beeinflusst wurden. Da die Behauptung Weblers selbst ganz und gar unwahr ist und durch nichts bewiesen werden kann, so war es allerdings sehr klug, über diese Sitzung ein fürchterliches Schweigegebot zu verhängen. Aber der Parteivorstand kann durch derartige Schweigegebote ebensowenig den Sieg der Wahrheit verhindern, wie man etwa die Sozialdemokraten durch den Verfassungseid von den Landtagen auszuschließen vermag.

Mit einer geradezu brutalen Knivtät wird in der Denkschrift ferner zugegeben, daß man in dem Augenblick, wo man sich der Erkenntnis nicht mehr verschließen konnte, daß jede willkürliche Willkür einzelner Redakteure die Solidaritätserklärung aller unabhängigen Kollegen zur Folge haben würde, auf den Ausweg verfallen sei, nunmehr allen Redakteuren zu kündigen und jedem einzelnen die Wiederbewerbung freizustellen. Es wird ferner zugegeben, daß dieser Beschluß vom Freitag, den 20. Oktober, bereits am Montag, den 23. Oktober zur endgültigen Erledigung kommen sollte. Das ist die Methode der Aussperrung in schärfster und widerwärtigster Form. Wehler erklärte auch ganz offen in der Sitzung vom 23. Oktober, daß man die vier gesinnungstüchtigen Redakteure natürlich wieder angenommen hätte. So geschähe, das vorausgesetzt, waren aber auch die weniger gesinnungstüchtigen Redakteure, und das war ein Grund, wenn auch nicht der entscheidende Grund, warum sie durch die rasche Kündigung in der Sonntags-Nummer des „Vorwärts“ den irrwilden Plan durchkreuzten. Entscheidend jedoch war für sie, wie wir schon in unserer „Aufklärung“ darlegten, der Umstand, daß wir die Verpöchtung fühlten, die Offentlichkeit der Parteigenossen zu alarmieren, die genau so wie die Redakteure selbst an der Teilnahme der Beratungen und an der Möglichkeit, ihre Meinung zu äußern, verhindert waren.

Wenn die Denkschrift den Redakteuren zum Vorwurf macht, daß sie die Tatsache ihrer Kündigung an die Spitze des politischen Teiles gesetzt haben, so lohnt es sich nicht, auf diesen törichtsten Scherz einzugehen. Wir haben unsere Stellung am „Vorwärts“ niemals als eine persönliche Angelegenheit, sondern immer als eine Partei-Angelegenheit betrachtet, und wir hatten mithin das Recht, eine die ganze Situation der deutschen Sozialdemokratie hitzig erhellende Angelegenheit als eine politische Aktion aufzufassen, bei der wir am allerwenigsten, wie wir schon eingangs ausgeführt haben, irgend welche persönliche Vorteile verfolgen konnten, man mühte uns denn für Inzurednungsfähige halten. Wir haben unsere Stellung nicht mißbraucht.

Es wird uns dann noch weiter zum Vorwurf gemacht, daß wir gegen den Parteivorstand in der Offentlichkeit Stimmung hätten machen wollen und daß diese Absicht, wie die bürgerlichen Zeitungen beweisen, erreicht worden sei. Wenn dieser Vorwurf einen Sinn haben soll, so kann er nur bedeuten, daß wir die Absicht gehabt hätten, die bürgerliche Presse mobil zu machen. Um dieses armselige Argument sich nicht entgehen zu lassen, hat man uns also wohl gewaltsam verhindert, der bürgerlichen Presse das zu sagen, was wir für nötig hielten. Darum hat man also am 27. Oktober nächtlicherweife die folgende, von zwei Vorstandsmitgliedern zuvor gelesene und gebilligte Notiz — auf ihrem Not nahmen wir sogar eine Veränderung des Textes vor — gewaltsam beseitigt:

Die bürgerliche Presse bringt aus Anlaß des „Vorwärts“-Konfliktes breite und laute Entwürfungen über die Meinungsfreiheit in der Sozialdemokratie. Wir danken den Kollegen von der bürgerlichen Presse für ihre Bemühungen, erlauben sie aber, sich nicht unnötig in Anleihen zu fügen. Für die Meinungsfreiheit der Presse in der Sozialdemokratie treten wir schon selbst, wie gerade das gegenwärtige Beispiel zeigt, mit allem wünschenswerten Nachdruck ein, und wir haben auch heute noch nicht den mindesten Zweifel, daß die Sozialdemokratie in diesem Falle die begangenen Irrtümer korrigieren wird. Wenn in dem ersten Falle, wo in der Sozialdemokratie nach der Ueberzeugung der Beteiligten das Prinzip der Meinungsfreiheit bedroht ist, sofort eine derartige energische Aufhebung erfolgt, so ist das wohl Beweiss genug, daß die Partei als solche nicht für die Fehler einzelner verantwortlich gemacht werden kann. Wenn aber in der bürgerlichen Presse das Recht der Meinungsfreiheit wirklich in derselben Weise betätigt werden würde, wie in der Sozialdemokratie, so hätte die kapitalistische Presse längst keinen einzigen Redakteur mehr.

\*) Zu den unwürdigen Abenteuern, mit denen Veröffentlichung der Denkschrift die Parteileitung auf schwerste kompromittiert, gehört die famose Geschichte, daß bei der Pressekommmissions-Sitzung vom 6. Oktober ein Redakteur gelauscht hätte. Wir erwähnen diese Wahrnehmung nur deshalb, weil aus dieses alberne Märchen vom Parteivorstand in die große Offentlichkeit hinausgeschrien worden ist, ohne daß der Beschuldigte — gemeint ist der Reichstags-Abgeordnete Gradnauer — auch nur erfährt, welchen kindischen Verbalten man ihn beschuldigt. Im übrigen können wir versichern, daß das Lauschen viel raffinierter organisiert worden ist; denn gerade der des Lauschens beschuldigte Kollege war ganz ohnunglos hinsichtlich der Vorgänge, und wurde später erst von den Kollegen unterrichtet, die während der Sitzung in einer 15 Minuten entfernten Stube vergnügt beisammen saßen und von dort aus alles haarklein erlauschten hatten. Selbst die eiserne Türe, hinter die der Geheimbund der „Vorwärts“-Reiniger sich nach der Entdeckung des Lauschens zurückgezogen hatte, haben also nicht vermagt, die Wahrheit abzuschließen.

Gegenüber der verblüffenden Heuchelei, die bei dieser Gelegenheit in der bürgerlichen Presse zutage tritt, wirkt es ordentlich erschreckend, daß sich ein Blatt findet, das sich doch zu dem bekant, was in der bürgerlichen Presse wirklich Sünde ist. Die „Post“ nämlich des seligen Stumm nennt das Verlangen der sechs „Vorwärts“-Redakteure, an den Sitzungen des Parteivorstandes und der Pressekommmission teilzunehmen, „ebenso töricht, wie naiv“. Das Scharfmacherorgan schreibt:

„Ueberall ist es nicht nur Sünde, auch recht und billig, daß Leute, deren persönliche Verhältnisse von einer übergeordneten Instanz behandelt werden, nicht zugegen sind, weil sich in ihrer Gegenwart niemand frei und unbefangen äußern könnte. Obwohl Lob wie Tadel würde bei Anwesenheit desjenigen, über dessen Verhältnisse ein Kollegium berät, wesentlich abgeschwächt werden. Was die „Vorwärts“-Redakteure hier also verlangen, ist ganz unbedeutend, und wenn sie die demokratischen Prinzipien dafür ins Feld führen, so beweisen sie damit eben nur wieder einmal, wie dümm eine schrankenlose Ausdehnung demokratischer Prinzipien ist.“

Was die „Post“ hier ausplaudert, ist in der Tat Grund und bei der bürgerlichen Presse. Bisher aber gab es in der Sozialdemokratie nur gleichberechtigte Parteigenossen, die sich offen und ehrlich einander ins Gesicht sagten, was sie aneinander auszuweichen hatten und was sie miteinander planten.

Vielleicht aber hat man noch einen anderen Grund gehabt, um diese Notiz zu vernichten. Wir konnten freilich, als wir jene Vermerkung über die bürgerliche Presse schreiben, nicht ahnen, daß der Parteivorstand als einziges Argument für die Ausschließung der Redakteure von den Sitzungen denselben Gedanken später äußern würde, wie ihn zuvor schon die „Post“ ausgesprochen hatte. Wahrscheinlich hat der Parteivorstand damals bereits in seinem Kopfe diesen Beweisgrund gewälzt, und es war ihm deshalb peinlich, ihn zuvor durch ein „Post“-Zitat bekant werden zu lassen.

Beisäufig ist auch die Behauptung falsch, daß die Aufnahme der erwähnten Notiz zu Recht verhindert ist. Die Bedingung, daß drei Redakteure das Einspruchsrecht haben, ist nicht erfüllt worden, sofern man nicht die Kollegen Canoto und Strödel als drei Personen werten will. Die Aufnahme unserer Notiz ist, wie gesagt, zuvor von den beiden anwesenden Vorstandsmitgliedern gebilligt worden, ist also unbedeutend gehindert worden.

Ueberhaupt hat die Mehrheit der „Vorwärts“-Redaktion in der ganzen Angelegenheit keine Zeile in das Blatt gegeben, ohne vorher den Parteivorstand rechtzeitig in Kenntnis zu setzen. Unser Entgegenkommen ging so weit, daß wir auf Wunsch von Parteivorstandsmitgliedern unseren „Aufklärungs“-Artikel sogar 24 Stunden zurückstellten, um dem ganzen Parteivorstand die Möglichkeit zu geben, in aller Gemächlichkeit ihn zu studieren. Dagegen hat die ausgeschiedene Redaktion allerdings sowohl die Tatsache der Annahme ihrer Kündigung erst aus dem „Vorwärts“ erfahren und soweit die betroffenen Redakteure in den Vororten wohnten und Postabonnenten waren, haben sie von dem Beschluß des 23. Oktober erst durch mündliche Erzählungen erfahren. Desgleichen verließen die sechs Redakteure am Sonnabend, den 28. Oktober, die Redaktion in dem Bemühen, am Montag wiederkommen zu müssen, und sie erfuhren wiederum erst aus dem „Vorwärts“, daß man auf ihre fernere Arbeit verzichtet hätte.

Und warum dies Verfahren? Wir sollten nicht durch „verwirrende Gegenbemerkungen“ die Absicht der Parteileitung durchkreuzen! Nach dieser Auffassung würden wir keiner bürgerlichen Regierung mehr einen Vorwurf machen können, wenn sie die Pressefreiheit aufhebt, damit die Beschlässe des Königs und seiner Minister nicht durch verwirrende Gegenbemerkungen einer unbemühtigen Presse durchkreuzt werden könnten. In Wahrheit hatte man überhaupt keinen einzigen Entschuldigungsgrund für das unerhörte Vorgehen, und deswegen wagte man nicht gegen uns mit geistigen Waffen vorzugehen, solange wir noch in der Redaktion waren. Gewalt ging vor Recht!

Die Redakteure haben dann selbstverständlich die Parteipresse von den Vorfällen unterrichtet. Sie betrachteten das nicht als eine persönliche Angelegenheit, sondern als ein Partei-Interesse aller-wichtigster Art. Wir haben uns lediglich damit begnügt, die zwischen uns und dem Parteivorstand gewechselten Schriftwechsel ohne jeden Kommentar zu verbreiten. Auch diese Aufklärungsarbeit war dem Parteivorstand unangenehm, und so unbedeutende er und die Vorfälle, daß wir nicht für „private Zwecke“ das Personal des „Vorwärts“ benutzen dürfen. Es hatte sich nämlich ein Angestellter der Buchhandlung freundlicherweise nach Schluß seiner Bureaurzeit für die Vervielfältigung des Schriftwechsels zur Verfügung gestellt. Die Denkschrift kündigt, um auch der Zukunft noch etwas übrig zu lassen, Enthaltungen an, „auf weisse Kosten“ wir diese Informationen der Parteipresse bewirkt hätten. Wir glauben, wie gesagt, daß wir mit unserer Information Interesse erfüllt höherem Maße ein Partei- und kein persönliches Interesse erfüllt haben, als der Parteivorstand mit seinen Kundgebungen, zu denen er ebenfalls das Personal des „Vorwärts“ verwandt hat. Aber zur Verhütung der Offentlichkeit möchten wir doch sagen, daß wir gelegentlich unserer Aussagen aus dem „Vorwärts“ auch die entsprechenden Porto- und Materialkosten am 30. Oktober bereits aus unserer Tasche bezahlt haben, so daß es in der am 31. Oktober früh erscheinenden Nummer nichts mehr zu enthalten gab. Wir ahnten nämlich nach all dem Vorgehen, daß den verantwortlichen Mitgliedern des Vorstandes der Dreimillionen-Partei kein Mittel zu Kleinigkeit sein würde, um gegen uns vorzugehen.

Inzwischen hat sich gezeigt, daß die Methode des Vorstandes in dieser Hinsicht wenigstens wohlberaten war. Nachdem wir aus dem „Vorwärts“ herausgedrängt worden sind, führt die jetzige Redaktion bis zur Erschöpfung einen unerwünschten Kampf gegen die Wahrheit und die offentlichkeit. Keine Rede davon, die Meinung der Parteipresse und der bürgerlichen Blätter — es war ja der Redaktion während der letzten Tage unserer Anwesenheit verboten, Presstimmen über die Angelegenheit zu bringen — umsofassend und objektiv wiederzugeben. Man benutzt das zur Verfügung stehende Papier, um alles Recht zu verdrängen und alle Tatsachen zu verwirren, und man gibt uns nicht einmal die Möglichkeit, mit der nötigen Beschleunigung unsere Sache zu verteidigen, die längst nicht mehr unsere persönliche Sache ist, sondern die Lebensfrage der Partei. Wir sind nur zufällige Personen, bei deren Abwägung endlich die Krankheit zum offenen Ausbruch gekommen ist, unter der die Partei in den letzten Jahren leidet.

### 3. Kündigung und Geheimverfahren.

Der Parteivorstand bekant sich endgültig zu dem Anspruch, daß er in Gemeinschaft mit der Pressekommmission über reaktionelle Angelegenheiten ohne Zuziehung der Redakteure beraten und entscheiden dürfe. Insbesondere wenn Kündigungen in Frage sind, so erklärt er, sei die Zuziehung der Redakteure zu den Beratungen gänzlich unstatthaft und nur aufdringliche Menschen könnten sich in solche Beratungen drängen.

Die Parteibehörde beruft sich auf § 26,3 des Organisationsstatuts. Ein überflüssiges Bemühen, da das dort festgestellte Recht der Entscheidung ebenso wenig bezweifelt worden ist, wie das Recht unverbindlicher Vorbesprechungen. Es handelt sich ausschließlich darum, ob die Aufsichtsratsmitglieder unserer Parteipresse ohne Zuziehung der Redakteure Anordnungen über entscheidend wichtige Redaktionsangelegenheiten beraten und beschließen dürfen. Hierüber sagt das Organisationsstatut nichts, und es kann darüber nichts gesagt, weil es unnötig wäre, das Selbstverständliche auszusprechen, weil die Lösung dieser Frage sich aus allgemeinen parteigenösslichen und demokratischen Grundsätzen ohne weiteres ergibt.

Die „Denkschrift“ versucht — um das voranzutreiben —, das eingeschlagene Geheimverfahren für den vorliegenden Fall damit zu rechtfertigen, daß „alle Mittel“, in Gemeinschaft mit der Redaktion die gewünschten Ziele zu erreichen, verfaßt hätten, weshalb man nunmehr zum äußersten Mittel von Kündigungen habe schreiten müssen. Die Leichtfertigkeit dieser Behauptung wird sofort offenkundig, wenn man bedenkt, daß dasjenige Mittel, das am

8. September beschlossen worden ist, bisher überhaupt noch nicht in einem einzigen Fall auf die Probe gestellt wurde. Es war ein Gebot der elementarsten Aufrichtigkeit, mindestens abzuwarten, welchen Erfolg der Beschluß haben würde, vermöge dessen eine Minorität die Veröffentlichung von ihr bedenklich erscheinenden Artikeln der Majorität jederzeit behufs Vorlegung vor die Aufsichtsinstanzen aufhalten konnte. Aber noch mehr, die Denkschrift magt es, vom Verlangen aller Mittel zu sprechen und will den Anschein erwecken, als seien wir halbsittig und unzugänglich für uns unterbreitete Wünsche gewesen, während in Wahrheit unser wiederholt gemachter Beschluß, daß die Würdigung der streitigen Parteifragen behandeln soll, das Gegenteil beweist. Trotz unseres Entgegenkommens wird jetzt fast behauptet, alle Mittel, in gemeinsamer Beratung mit uns etwas zu erreichen, hätten versagt.

Freilich, die Denkschrift überführt sich überdies selbst der Unwahrheit, da sie an anderer Stelle sagt: „Wir stellen zunächst fest, daß die Frage einer gründlichen Umgestaltung in der Zusammenfassung der Redaktion zwecks einer prinzipielleren Haltung des „Vorwärts“ bisher nicht ein einziges Mal bestand.“

Durch diese richtige Mitteilung widerlegt die Denkschrift nicht nur die Behauptung, daß alle Mittel versagt hätten, sondern — und dies ist zur Beurteilung des Geheimverfahrens besonders wichtig — sie bestätigt selbst, daß in allen früheren Besprechungen niemals auch nur eine Andeutung gemacht worden sei, es bestände der Wunsch, daß dieser oder jener Redakteur aus seiner Stellung ausscheiden möge. Sie bestätigt in wünschenswerter, wenn auch unbedeutender Offenheit, daß die plötzliche Aufwerfung der Kündigungsfrage uns als völlig ahnungslos auf äußere Übergriffe und, da sie in geheimen Sitzungen behandelt wurde, zur äußeren Empörung treiben mußte.

Nun versuche sich in die Situation zu versetzen, in die wir getrieben wurden. Am 2. Oktober fand die erste Sitzung statt; wir waren erstaunt, daß wir nicht geladen waren, schöpften aber keinen Verdacht, da wir annahmen, es handle sich lediglich um die in Jena nicht erledigte Frage, wie die Berliner Genossen größeren Einfluß auf den „Vorwärts“ erlangen sollten; wir hätten gern an der Erfüllung dieses Verlangens mitgewirkt, aber da das keine Frage redaktioneller Änderungen war, konnte unsere Nichtzugehörigkeit uns nicht übermäßig auffallen. In dieser Sitzung wurde aber die Frage, wie die Berliner Genossen größeren Einfluß auf den „Vorwärts“ erhalten sollen, in die Frage von Kündigungen umgewandelt, wovon wir nichts erfuhrten. Am 6. Oktober waren wir zur Sitzung der Preskommission geladen, wurden jedoch auf Wunsch des Parteivorstandes hinausgeschickt, weil über redaktionelle Angelegenheiten beraten werden sollte. Im Konferenzsaal, dicht bei unseren Arbeitsbureaus, fast Tür an Tür, konierte man über die wichtigsten redaktionellen Angelegenheiten, und wir Redakteure sahen uns plötzlich brutal beseitigt. Dieser noch nicht dagewesene Vorgang erregte sofort unsere ganze Entrüstung. Am nächsten Tage erfuhrten wir, daß über die gepflogenen Beratungen gar das Schweigegebot verhängt war, das Schweigegebot vor allem gegen uns, als hätten wir Handlungen begangen, die uns des Vertrauens unwürdig erscheinen ließen. Wir erhoben alsbald schriftlichen Protest, zunächst in autorisierter Form, indem wir die Möglichkeit offen hielten, als habe man nur in augenblicklichem Versehen solches Verfahren eingeschlagen. Das weitere ist bereits in unserer Aufklärung in Nr. 251 des „Vorwärts“ dargestellt. Trotz aller unserer Proteste setzte man das Geheimverfahren fort und häufte Schweigegebote auf Schweigegebote. Man hatte am 2. Oktober die Beratungen begonnen, ohne daß wir ahnen konnten, es seien Kündigungen oder Maßregelungen beabsichtigt. Man wollte die Beratungen unter Schweigegebot zu Ende führen, ohne daß wir die geringste Kenntnis davon erhielten, was vorging. Wir sollten vor vollendete Tatsachen gestellt werden! Wir sollten vergeblich und abgewürgt werden! Es bleibt uns allerdings der Trost, daß nicht nur wir, die Nichtbeteiligten, so schimpflich behandelt worden sind. Auch dem Parteitag selbst, sowie den Berliner Genossen im besonderen ist durch das Geheimverfahren des Vorstandes und der Funktionäre das Urteil über die „Vorwärts“-Redaktion widerrechtlich entzogen worden.

So sehr aber durch die Feststellung des wahren Tatbestandes die Nichtwürdigkeit des gegen uns angewandten Verfahrens gekennzeichnet wird, so ist doch der in der Denkschrift erhobene Anspruch auf Geheimhaltung auch ganz abgesehen von unserem Spezialfall zu beurteilen und zu verurteilen. Der Parteivorstand nimmt das Recht zur Fernhaltung der Redakteure ganz uneingeschränkt in Anspruch, wie auch der Einzelfall gelagert sein mag.

Wie verhält die Denkschrift dieses neue Prinzip der Heimlichkeit zu begründen? Um eine elende Sache zu verteidigen, leiht man zunächst den sinnlosen Vergleich zwischen der Beratung eventueller Kündigungen und der Beratung von — Gehaltsverhöhungen. Weil der Parteivorstand nicht beansprucht, anwesend zu sein, wenn besprochen wird, ob auf Grund längerer Verwahrung einer Stelle oder auf Grund besonderer sachlicher Verhältnisse oder aus sonstigen Gründen, über die er schriftlich oder mündlich Mitteilungen gemacht hat, eine Verbesserung seiner materiellen Lage eintritt, darum muß der Parteivorstand von der Beratung völlig ausgeschlossen werden, wenn es umgekehrt gilt, ihn wegen angeblich abweichender Parteimeinungen, nicht etwa nur der materiellen Existenzlosigkeit zu überantworten, sondern vor allem die politische Stellung, die er sich in vieljähriger Arbeit im Dienste der Partei erworben, zu vernichten! Daß die Denkschrift einen solchen Vergleich ziehen kann, zeigt die ungeheuerliche Verwirrung, die nicht nur in dem Parteiempfinden, sondern auch in der Logik ihrer Urheber eingegriffen ist. Für Fälle von geringer Bedeutung ist man gnädig bereit, die Redakteure zuzuziehen, aber sobald Fragen von der größten Tragweite vorliegen, wenn es sich um die politische Stellung von Parteigenossen handelt, dann braucht man sie nicht einmal zu hören!

Diese Verwirrung geht so weit, daß der Parteivorstand durchaus bourgeoisen und kapitalistischen Gedankengängen verfällt. So sehr sind die Begriffe verwirrt, daß man die selbstverständliche Forderung der Mitwirkung aller Beteiligten an der Regelung des Arbeitsverhältnisses als eine Forderung ansieht, die allem „Anstande“ Dohn spreche! Eine bürgerliche Anstandsmeierei, die wir in der sozialdemokratischen Partei nicht für möglich gehalten hätten. Der Begriff der „Kündigung“ aus Gesinnungsgründen ist bei uns bisher noch niemals in Kurs gewesen. Wir können den kapitalistischen Kündigungsbezug nicht vollständig einbehalten, es ist aber der schärfste Protest dagegen zu erheben, daß das Verhältnis zwischen den Parteibehörden und ihren Angestellten zu einem ausschließlich nach kapitalistischen Grundätzen zu beurteilendem Arbeitsverhältnis gemacht wird. Die Redakteure der Parteipresse sind nicht Zintensoldner, die man „kündigen“ kann, ohne ihnen von dem Plan Mitteilung zu machen, ohne sie zu den Beratungen zuzuziehen, ohne sie anzuhören, ohne ihnen Vorwürfe, die man gegen sie hat, offen auszusprechen und ohne ihnen ausgiebige Gelegenheit zu geben, zur Aufklärung von Unrichtigkeiten, zur Abwehr falscher Unterstellungen, zum Vortrage eigener Vorschläge, politische Personen, die ein Jahrzehnt und länger eine gemeinsame große Sache auf bestimmter Stelle gemeinsam gefördert haben, „kündigen“ sich nicht gegenseitig auf, sie trennen sich voneinander, wenn sie erkennen, daß sie nicht länger geduldet werden können, wenn der eine dem anderen sagt, daß er das Vertrauen in unserem Falle verfahren werden. So allein mußte in unserem Falle verfahren werden. Hätte man solches lokale Verfahren eingeschlagen, dann wären der Partei die jetzt notwendig gewordenen Auseinandersetzungen gänzlich erspart geblieben. Hätte man uns Mitteilung von jenen Plänen gemacht, hätte man uns zu den Beratungen zugezogen, so hätten entweder die Aufsichtsinstanzen von der Irrigkeit ihrer Vorwürfe überzeugt, oder es wären, wenn die schon früher beschlossenen Abhilfsmittel nicht genügt, weitere Abhilfsmittel überlegt worden, oder aber es wäre die Trennung erfolgt in aller Öffentlichkeit und in parteigenössischer Freundschaftlichkeit. Gerade weil wir, wie sich versteht, die literarische Tätigkeit in der Sozialdemokratie nicht unter dem Gesichtspunkt der „Wortstelle“ betrachten, sondern die Redaktion als Ehrenamt und Vertrauensposten auffassen, gerade darum mußte es uns empören, daß man uns behandelte, wie Kapitalisten Lohnarbeiter

behandeln, anstatt mit uns offen und ehrlich als mit gleichberechtigten Parteigenossen sich auseinanderzusetzen. Was würden etwa die Sekretäre im Parteivorstand dazu sagen, wenn man sie auf einem Parteitage, ohne ihnen ein Wort zu sagen, ohne eine Beschwerde gegen sie vorzubringen, ja im Gegenteil nach Vertrauen erweckenden Versicherungen, sie meinten, daß bei der Wahl niederstimmt. Diese Sekretärposten sind gleichfalls keine „Wortstellen“, sondern genau so aufzufassen wie Redaktionsämter. Ein solches Verfahren wäre nicht Demokratie, sondern die Herrschaft des Meuchelmordes. Der Parteivorstand hat denn auch die gebührende Strafe für solches Verfahren bereits erhalten, die „Kreuzzeitung“ und die „Stummische Post“ spenden ihm ihre prinzipielle Zustimmung, die „Post“ hat in Vorahnung und in voller Ueberzeugung mit der später erschienenen Denkschrift das Verlangen der Redakteure als „ebenso naiv wie töricht“, als „ganz unberechtigt“ erklärt!

Es ist in diesem Zusammenhang mitzuteilen, daß der Parteivorstand das gegen uns angewendete Prinzip des Geheimverfahrens natürlich auf alle Angestellte der Partei angewendet wissen will. In dem Briefe vom 20. Oktober, der unsere Kündigung veranlaßte, sagt der Vorstand ausdrücklich: „Hierzu (zu solchen Beratungen) die Redaktion heranzuziehen, ist ebensowenig angängig, als wenn wir bei Personalveränderungen in der Expedition die betreffenden Personen hinzuziehen sollten.“ Also auch in bezug auf alle anderen Parteigenossen, die in unseren Betrieben tätig sind, proklamiert der Vorstand der sozialdemokratischen Partei mit Junkern, Kühnen, Männern und Grubenbaronen die Herrschaft der Herren im Hause, die zu beseitigen die deutsche Arbeiterbewegung in schweren Kämpfen ringt.

Das neue Prinzip muß aber auch sonst noch zu den tollsten Unsinnsigkeiten und Ungerechtigkeiten führen, und es hat in unserem Falle dazu geführt. Die Denkschrift weist das Verlangen, an den Beratungen teilzunehmen, zurück, „weil die über sein Tun und Lassen zur Entscheidung berufenen Organe eine solche (Kündigung) möglicherweise für notwendig halten“. Wie aber will die Parteibehörde auch nur die in diesem Sinne angeordnete unerlässliche Voraussetzung für ihre Beratungen erfüllen? Wie vermag sie sich über das „Tun und Lassen“ jedes einzelnen der möglicherweise zu kündigenden zu informieren, wenn es sich um mehrere Personen handelt? Ohne Anhörung der Redakteure ist die Aufhängung überhaupt außerstande, zu wissen, auf wessen Konto diese oder jene redaktionelle Handlung gehört, an der man Anstoß nahm. Es ist unvermeidlich, daß man auf das Konto des einen setzt, was auf das des anderen gehört. Der Willkür, den Vermutungen, den Einschüflungen, den Intrigen ist der weiteste Raum gegeben. Der Verlauf des gegen uns angewendeten Verfahrens, das lächerliche Schauspiel, daß man erst diese Kollegen, dann jene anderen kündigen wollte, daß man bald diesen, bald jenen zum „Hauptstein des Anstoßes“ gemacht hat, daß man den „Hauptschuldigen“ überhaupt nicht traf, erweist für den Blinden die Unhaltbarkeit, Unmöglichkeit, Ungerechtigkeit und Tollheit des parteibehördlichen Geheimverfahrens.

Endlich leistet die Denkschrift den erschütterlichen Serenissimus-Biz, daß das Geheimverfahren kein Geheimverfahren sei: die Redakteure, die oft genug an ähnlichen Sitzungen teilnahmen, sollten „allmählich begriffen“ haben, daß solche Sitzungen überhaupt nicht „öffentlich“ sind. Weil derartige Sitzungen nicht öffentliche Versammlungen für jedermann sind, darum sei es „absurd“, wegen des Ausschlusses derer, über deren Schicksal man entschieden wird, die aber vor vollendeter Abmürzung kein Todeswort erfahren dürfen, von Geheimhaltungen zu sprechen! Man gebietet feierliche Schweigegebote, man erklärt denjenigen für „ehelos“, der das Schweigegebot verletzt, aber — Geheimhaltungen sind es nicht!

Nach solchen Beweisen logischer Befähigung bleibt uns nur übrig, nochmals zu bedauern, daß der Urheber der Denkschrift uns nicht wenigstens bis zur Herausgabe seines Werkes in der Redaktion gehalten hat, damit wir ihn vor solchen Armutsbekennnissen hätten bewahren können.

Es ist Aufgabe der ganzen Partei, die schwere Verletzung, welcher unsere Parteibehörde durch Aufstichung des unehrerlichen Prinzips einer böserartigen parteibehördlichen Geheimhaltung und durch seine Anwendung in unserem Fall verfallen ist, dadurch auszugleichen, daß sie gegen solche Anschauungen und gegen solche Verfahren nachdrücklich Protest erhebt.

Das eingeschlagene Verfahren stellt ein Prinzip auf, das, wie wir in der Begründung unserer Kündigung ausgeführt haben, unvereinbar ist mit den Grundgesetzen der Demokratie, ja selbst mit den gebräuchlichsten Erziehungssätzen der bürgerlichen Rechtspflege, das einen vollständigen Bruch bedeutet mit jenen schönen Traditionen der Partei, welche die gegenseitige Offenheit und unbeschränktes Vertrauen für die erste Vorbedingung geistlicher Arbeit seit jeher erkannt und festgehalten haben. Wir wollten durch unsere Kündigung dokumentieren, daß wir, so viel an und liegt, diese das Partei-Interesse schwer schädigende Verletzung des Parteivorstandes ohne Rücksicht auf Autorität und Pietät zu betämpfen als unsere Pflicht erachten.

Völlig ausgeschlossen ist jetzt jede Personenfrage. Nur das Uebel selbst, das sich in unsere Partei geschlichen, ist zu bekämpfen und zu beseitigen! Die Genossen im ganzen Reich mögen prüfen und entscheiden, wie in Zukunft so schwere Rechtsverletzungen innerhalb der Partei unmöglich gemacht, wie die Partei und die deutsche Arbeiterbewegung gegen so bedauerliche und bedrohliche Störungen ihrer Entwicklung gesichert wird!

Die ausgeschiedenen Redakteure.

## Unsere Antwort.

Die Ausführungen der Sechö nehmen eine für unmöglich gehaltene Länge an. Durch jede neue ihrer angeblichen Aufklärungen wird die Sache klarer immer unklarer. Es sind mindestens 20 Punkte, die uns zu erneuten Darlegungen oder Klarstellungen nöthigen. Erfüllten wir diese Abicht der Sechö, unsere Entgegnung würde dreifach länger als die ihre, der sie alsdann eine noch längere folgen liehen. Die Polemik nähme kein Ende.

Versteht hat ein Teil der Parteipresse und haben zahlreiche Parteigenossen Einspruch erhoben gegen die Fortsetzung eines Spiels mit Worten, in dem die alten Vorwürfe in anderer Verkleidung immer von neuem erhoben werden. Ginge das Spiel so weiter, das Ende wäre, daß die Parteigenossen sich wie ein Mann erheben würden, um einen raschen Abschluß zu erzwingen.

Die Sechö haben erreicht, was sie in ihrem sogenannten Signalschuh bezweckten: sie haben eine Angelegenheit, die eine interne Angelegenheit der Partei ist und allein von den zuständigen Partei-Instanzen zu entscheiden war, öffentlich zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebauht, um einen Parteifandal hervorzurufen. Es ist damit wenigstens ihrer Wichtigkeitsrechnung getragener worden.

Dieser Standal war um so zweckloser, da die Sechö, wie sie selbst eingestehen, sich sagen, daß sie auf eine Abänderung der Beschlüsse von Parteivorstand und Preskommission nicht rechnen, sondern hoffen, wie der letzte Satz in ihrer „Rechenschaft“ besagt: daß die Genossen im Reich prüfen möchten, „wie in Zukunft so schwere Rechtsverletzungen innerhalb der Partei unmöglich gemacht werden“.

Nach der „Rechenschaft“ der Sechö ist die Darstellung in unserer Denkschrift „ungenau, unvollständig, unwahr, tendenziös entstellt oder gar direkt erfunden“.

Wäre dieses Urteil begründet — und sie wollen seine Rechtmäßigkeit in ihrer „Rechenschaft“ erbracht haben —, dann ist die Partei verpflichtet, Menschen, die sich Lug und Betrug ihr gegenüber haben zukommen lassen, raschstens von ihrem Posten zu entfernen und sie aus der Partei auszuschließen.

Auf die wiederholte Frage der Sechö: ob der Verfasser der Denkschrift diesen und jenen Vorgang, der wie sie meinen falsch geschildert wird, beigezogen habe, sei noch einmal und etwas ausführlicher die Herstellung unserer Denkschrift und unserer Entgegnungen dargestellt. Wedel hat den Auftrag übernommen, die Ent-

würfe auszuarbeiten. Jeder Entwurf, der uns gemeinsam angeht, wird gedruckt und zunächst im Parteivorstand unter Hinzuziehung von drei Mitgliedern der Preskommission Satz für Satz beraten. Die Vorgänge, welche sich z. B. in den Sitzungen der Preskommission am 1. und 6. September abspielten, konnten von Wedel nicht geschildert werden, weil er jenen Sitzungen nicht beiwohnte; sie wurden auf Grund des Verichts der dort anwesend gewesenen Personen entworfen. Ist der Entwurf festgestellt, so tritt die Preskommission mit dem Parteivorstand zusammen. Jedes Mitglied der Preskommission erhält ein Exemplar des unkorrigierten Entwurfs und wird denselben über die Änderungen, die Parteivorstand und Kommission der Preskommission beschlossen haben, berichtet. Nummer wird endgültig beraten und festgestellt, wie jeder einzelne Satz lauten soll.

Unsere Darlegungen sind also das Ergebnis gewissenhafter Prüfung unter aller, und so weisen wir die Verdächtigungen der Sechö, als handelten wir leichtfertig, entschieden zurück. Wir halten dementsprechend den entgegengeetzten Ausführungen der Sechö unsere Darlegungen im vollen Umfange aufrecht. Soweit aber in der oben abgedruckten „Rechenschaft“ versucht wird, bisher nicht erörterte oder von uns nur kurz behandelte Vorkommnisse in den Bereich der Kritik zu ziehen und daraus Schlüsse auf die angebliche „Ungerechtigkeit“ unseres Verhaltens abzuleiten, müssen wir die Darstellung dieser Vorgänge als im Widerspruch mit der Wirklichkeit und Wahrheit bezeichnen.

Dahin gehören folgende Punkte, die wir summarisch aufzuführen und über die wir uns eine weitere Ausführung ersparen:

Die sinnlose, auf Phantasie beruhende Behauptung, es sei ein unterirdischer Kampf gegen die Sechö geführt worden, dessen Wesen erst jetzt klar zutage trete und dessen Felder jetzt erst klar durchsichtig werden können.

Die Darstellung über die Stellung Stadthagens in der Redaktion, dem bereits im Jahre 1898 durch Gradnauer im Namen der übrigen Kollegen die Mitteilung gemacht wurde, daß er mit Stimmrecht an den Konferenzen der Redaktion teilnehmen könne.

Die Darstellung über die Vorgänge in den gemeinsamen Sitzungen am 1. und 6. September.

Die Erzählung über das, was Singer gegenüber Eißner und Wedel gegenüber Gradnauer in Jena gesagt haben soll. Singer über angeblich geplante Änderungen in der Redaktion, Wedel über die von ihm beabsichtigte Behandlung des Berliner Antrages, dem „Vorwärts“ den Charakter als Zentralorgan zu nehmen.

Die Darlegung über die Bedeutung der Beschlüsse der Häufiger-Konmission.

Die Annahme, als könnten bereits vor und in Jena bestimmte Veränderungen in der Redaktion vorhanden gewesen sein, was uns verpflichtet haben würde, die Redakteure davon in Kenntnis zu setzen.

Die Darstellung von dem Verhältnis der Redaktion zu den Berliner Genossen und deren Vertretern, wonach alles in Liebe, Freude und Einigkeit schwamm.

Die Darstellung über die Vorgänge in der Sitzung der Preskommission und des Parteivorstandes am 6. Oktober.

Die unwahre Behauptung, der Vorstand habe von vornherein Bestärkung kündigt wollen.

Die Darstellung über die geplante Mitarbeiterhaft der Genossin Luxemburg am „Vorwärts“.

Die angeblichen Äußerungen Wedels über Kalliski.

Die Darstellung der Vorgänge, die zum sogenannten Schweigegebot führten.

Die Behauptung, der Parteivorstand nehme ganz uneingeschränkt das Recht für sich in Anspruch, die Redaktion von den Beratungen über das Zentralorgan fernzuhalten.

Die Aufführung der Punkte, zu denen wir auf neue Stellung nehmen mühten, zeigt den Parteigenossen, welche Arbeit wir zu erfüllen hätten, um richtig zu stellen oder zu widerlegen. Einige Punkte können wir aber nicht mit Schweigen übergehen.

Einer dieser Punkte betrifft das sogenannte Schweigegebot, d. h. die vorläufige Stilllegung der Veröffentlichung von Presmitteilungen. Am 21. Oktober abends hatten die Sechö ihre Kündigung eingereicht. Am 22. erschien die Ankündigung derselben in der bekannten sensationellen Form als „Signalschuh“ im „Vorwärts“. Mit der Sensation, die diese Ankündigung machte, hofften die Sechö die gegnerische wie einen Teil der Parteipresse zu feindseliger Stellungnahme gegen uns hinzureißen. Das ist ihnen beinahe gelungen. Ein Teil der Parteipresse, voran die „Kühnener Post“ und die „Frankfurter Volksstimme“, war taktlos genug, sofort in heftiger, gehässiger Weise uns anzugreifen, noch ehe sie genau wußten, wie die Dinge sich zugetragen hatten.

Vom 23. Oktober ab bemühte ein Teil der Sechö ein großes Maß der für ihre redaktionelle Tätigkeit beanspruchten Zeit, wobei sie das Hauptpersonal der Redaktion in Anspruch nahmen, um die Parteipresse mit einseitiger und gehässiger Darlegung der Vorgänge zu überschwemmen und sie gegen uns einzunehmen.

Es war zweifellos, daß diese durch ihre Agitation hervorgerufenen, meist zu ihren Gunsten provozierten Presmitteilungen benutzt werden sollten, um sie gegen uns im „Vorwärts“ auszuspielen. Wir hätten also Loren sein müssen, ließen wir uns das gefallen. So entstand das sogenannte Schweigegebot, das vom Vorstand einstimmig angenommen und einige Tage später von der Preskommission bestätigt und um weitere zwei Tage, bis zum 31. Oktober, mit unserem Einverständnis verlängert wurde. Jede andere Parteiführung hätte genau so gehandelt.

Daß wir die Veröffentlichung der Presurteile selbst fürchteten, zeigt der „Vorwärts“, der, nachdem unsere Denkschrift der Parteipresse zugegangen war, die Artikel derselben ohne Rücksicht darauf, ob sie uns zustimmen oder unser Handeln tadeln, veröffentlicht.

Es war der erste Wunsch, den wir der neuen Redaktion gegenüber aussprachen, bei dieser Veröffentlichung unparteiisch zu verfahren, der zweite war, daß keine Einseitigkeit eines bisherigen Mitarbeiters am „Vorwärts“ zurückgeworfen werde. Die Einsendungen mühten ohne Ansehen der Person sachlich geprüft werden. Die neue Redaktion erklärte für beide Fälle, das sei selbstverständlich.

Ob die Partei geneigt ist, den Redakteuren am „Vorwärts“ — die Konsequenz trafe auch die übrige Parteipresse — die privilegierte Stellung einzuräumen, welche die Sechö mit einem Teile der Parteijournalisten als selbstverständlich erachten, darüber wird der Parteitag entscheiden.

Die Parteigenossen wollen sich den Verlauf der Angelegenheit noch einmal in Kürze vergegenwärtigen.

Der Vorstand wird für den 2. Oktober von den Vertrauensleuten und der Preskommission geladen, um ein Reformprogramm für die „Vorwärts“-Redaktion vorzulegen.

Der Vorstand muß erklären, daß er noch keine Zeit gehabt habe, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Vorstand und Preskommission erhalten Auftrag, bezügliche Vorschläge auszuarbeiten.

Am 6. Oktober schlägt der Parteivorstand der Preskommission vor, Wättner und Kalliski zu kündigen, Kalliski in die Redaktion und die Genossin Luxemburg als Mitarbeiterin aufzunehmen. Die Preskommission erklärt diese Vorschläge für ungenügend, dieselbe wird aufgefordert, ihrerseits Vorschläge zu machen.

Nach etwa acht Tagen schlägt sie dem Parteivorstand vor: Wättner, Gradnauer und Wedel zu kündigen, Kalliski in der Redaktion zu belassen, Stadthagen mit erweiterter Tätigkeit in die Redaktion, die Genossin Luxemburg als Mitarbeiterin aufzunehmen.

Am 20. Oktober erklärt der Vorstand in gemeinsamer Sitzung mit der Preskommission, ihre Vorschläge anzunehmen, erweitert dieselben aber dahin, der gesamten Redaktion zu kündigen, da anzunehmen sei, daß die bisherige Redaktion mehrheitlich sich solidarisch erklärt und gleichzeitig kündigen werde. Diese Solidaritätserklärung wurde bei Kündigung aller Redakteure ihre Bedeutung verlieren. Vorstand und Preskommission einigten sich, diesen Vorschlag den Berliner Parteifunktionären zu unterbreiten und von deren Zustimmung abhängig zu machen.

Also erst am 20. Oktober erfolgte die Verständigung zwischen Preskommission und Parteivorstand, die bis dahin in ihren Vor-

schlagen aneinanderbringen. Es war also ein durchaus ungerechtfertigtes Verlangen der Sechö, zu diesen Sitzungen, die erst eine Verdingung der in Betracht kommenden Faktoren bezwecken, die Redaktion hinzuzuziehen. Das mühten wir, auf neue vor die Frage gestellt, auch jetzt ablehnen.

Hätten die Redakteure, denen gekündigt werden sollte, ein Vergehen begangen, weshalb ihre Kündigung in Frage kam, so mühte ihnen Gelegenheit gegeben werden, sich zu verteidigen oder zu rechtfertigen. Darum handelte es sich aber nicht, sondern um die Frage, welche Veränderungen in der Redaktion nötig seien, um die tatsächliche und prinzipielle Haltung des Blattes mit den Ansichten von Parteivorstand und Pressekommision, die zugleich die der sehr großen Mehrheit der Partei sind, in Einklang zu bringen. Das war eine politische Frage, über die Parteivorstand und Pressekommision allein zu entscheiden hatten. Die weitere Frage war, wie kann diese politische Frage am besten gelöst werden.

Da die Redaktion aus Menschen besteht, mühten Menschen hierbei in Frage kommen. Hier kann nicht von Gewissenszwang und Beschränkung der Meinungsfreiheit gesprochen werden; diese können in Frage, wenn von den Redakteuren verlangt wurde, wider ihre Überzeugung zu schreiben.

Wirft man uns vor, unser Vorgehen sei eine Halbheit gewesen, so wollen wir dies gar nicht bestritten. Indem aber die Sechö nunmehr kündigten, haben sie selbst eine radikale Lösung herbeigeführt. Es war auch selbstverständlich, daß wir von jetzt ab die Verteilung im „Vorwärts“ nicht mehr Personen überlassen konnten, bei deren weiterer Tätigkeit die schon vorher sehr gespannte Situation in der Redaktion vollständig untragbar geworden wäre. Wir machten also von der Vollmacht Gebrauch, die wir in der Versammlung der Berliner Parteifunktionäre und des Parteivorstandes am 23. Oktober uns erworben hatten, und entbanden sie ihrer redaktionellen Pflichten.

### Der Parteivorstand. Die Pressekommision.

## Eine Klarstellung.

Der Unterzeichnete sieht sich veranlaßt, auf einen Punkt in der Darstellung von Göner und Genossen als Interessierter besonders zu antworten:

Göner und Genossen sprechen in den rühmendsten Ausdrücken von der von ihnen arrangierten Jauroß-Versammlung. Diese war, wie bekannt, für den 9. Juli geplant. Ihr Zweck sollte eine Demonstration für den Völkervertrieb sein. Die Versammlung war also mit Rücksicht auf den geladenen Redner, einen Führer der französischen Bruderpartei, Genossen Jauroß, ein Akt praktischer internationaler Politik. Solche Aktionen anzuregen sieht jedem Parteigenossen, also auch einem Redakteur des „Vorwärts“, zu. Darüber besteht aber wohl in der ganzen Partei kein Zweifel, daß, wenn eine solche Aktion ausgeführt werden soll, dieses nicht ohne Hinzuziehung des Parteivorstandes geschehen darf, der als der Vertreter der Partei namens derselben den ausländischen Genossen als Gast der deutschen Sozialdemokratie einzuladen hat. Beigerte sich der Parteivorstand, eine solche Anregung auszuführen, dann hätten die Antragsteller freie Hand.

Statt dessen wurde die ganze Angelegenheit mit der größten Heimlichkeit hinter dem Rücken des Parteivorstandes betrieben. Derselbe erhielt erst Kenntnis von dem Plan, als alles fix und fertig war und es sich nur noch darum handelte, Singer zum Vorsitzenden der Versammlung zu machen und Webel zu ersuchen, an demselben Tage in Paris eine Versammlung abzuhalten.

Wie fortsetzt bemahm sich hingegen zu diesem Vorgehen die französische Bruderpartei.

In dem Einladungsschreiben, das Webel von der Parteileitung der französischen Sozialdemokratie erhielt, hieß es:

Die Redaktion des „Vorwärts“ habe den Genossen Jauroß eingeladen, am 9. Juli in Berlin eine Versammlung zugunsten des Völkervertriebes abzuhalten. Genosse Jauroß habe die Parteileitung befragt, ob sie die Annahme dieser Einladung billige. Das sei geschehen und nun bitte man ihn (Webel) am 9. Juli in Paris sprechen zu wollen.

Später hat Göner, als man ihm von Vorstandseite wegen seines unqualifizierbaren Verhaltens Vorwürfe machte, bestritten, daß er den Genossen Jauroß im Namen der Redaktion des „Vorwärts“ eingeladen. In dem Vorgang ändert das selbstverständlich nicht das geringste, der Vorgang zeigt aber deutlich, wo die Illoyalität zu suchen ist.

### Der Parteivorstand.

## Meine Antwort.

In der „Rechenchaft 2: Die Prinzipien des Verfahrens“ können es die Sechö nicht überwinden, in einer Reihe Bemerkungen auch wieder auf meine Person zu kommen. So schmeichelhaft es für mich ist zu sehen, wie unangenehm ich ihnen bin, so wenig Neigung verspüre ich, auf ihre an Kleinliche grenzenden Einwände ausführlich zu erwidern.

Ich will nur einige Punkte richtig stellen. Ich habe in Bremen in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand den Antrag, die Schlußfrage noch auf die Tagesordnung zu setzen, bekämpft, weil die auf denselben stehenden Punkte voll die Zeit des Parteitages in Anspruch nehmen würden. Der Parteitag hat uns zugestimmt und die Kassachen haben gelehrt, daß dieser Beschluß ein sehr richtiger war. Es blieb keine Zeit mehr zur Verhandlung neuer Gegenstände übrig, es wurde sogar die wichtige Debatte über das Kommunalprogramm kurz abgebrochen.

Hätte aber die Frauenkonferenz schon wie bekannt die Schulfrage erörtert, so lag uns so weniger Grund vor, nochmals darauf einzugehen. Auch galt das Lob, das ich den Verhandlungen der Frauenkonferenz zollte, nicht nur der Behandlung der Schulfrage, sondern ihren Verhandlungen überhaupt. Ich bin jeden Augenblick bereit, es zu wiederholen.

Was ich vor dem Bremer Parteitag in der „R. B.“ über den Vorschlag schrieb, als Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: „Die geplanten Attentate auf das Reichstagswahlrecht“, steht mit keinem Satz im Widerspruch zu dem Thema: „Der politische Massenstreik“, über das ich in Jena referierte. Das habe ich auch gegenüber dem gleichen Vortrags, den Genosse Robert Schmidt in Jena erhob, schlagend an dem Inhalte meines Bremer Parteitagsartikels nachgewiesen.

Daß die Sechö sich jetzt aufs Wiederholen berufen, spricht für ihre Geistesverfassung, die anfangs Bedauern zu erwecken.

Gewiss ist es ein Produkt dieser bedauerlichen Geistesverfassung, wenn die Sechö behaupten, ich hätte durch den großen Monolog in meiner Eröffnungsrede in Jena den Versuch gemacht, das Thema der auswärtigen Politik zu behandeln, das ich bekämpft hätte auf die Tagesordnung zu setzen.

Bekanntlich habe ich in meiner Jenaer Eröffnungsrede sehr verschiedene Thematika behandelt, darunter auch in einem Teile die deutsche auswärtige Politik in der Marofffrage. Solche aber verschiedene Thematika sich erstreckende kurze Uebersichten sind bekanntlich alle Sitte bei Eröffnung der Parteitage, eine Sitte, die Webel nicht besonders pflegte. Ich brauche nur an die Folgen seiner Eröffnungsrede auf dem Dresdener Parteitag zu erinnern.

Ich habe diese Sitte, die auch bei mir keine neue ist, in Jena fortgesetzt; meine Ausführungen aber hatten mit dem Thema, das die Göner und Gradnauer erörtert haben wollten, gar nichts zu tun, denn dieses Thema lautete: Die Wandlungen in der auswärtigen Politik des Deutschen Reichs.

Was die Ausführungen der Sechö über meine Massenstreik-Resolution mit ihrer Kündigung zu tun haben sollen, verweise ich

auch nicht. Ich habe über meine Stellung zum Massenstreik bis zum Jenaer Parteitag öffentlich kein Wort verlauten lassen. Ich muß mir also sehr bedanken, daß die Sechö sich jetzt an meine Redschöde hängen, um mich in ihren bezüglichen Auseinandersetzungen mit Kautsky als Vorposten zu benutzen.

Was endlich die Sechö mir als Verurteilungen über Kautsky in den Mund legen, ist das Produkt elenden Klatsches, dem sie zum Opfer gefallen sind. Will Kautsky wissen, was ich über ihn sagte, ich stehe ihm zu Diensten.

### H. Webel.

## Aus der Partei.

### Erklärung.

Die Pressekommision beschloß in ihrer gestrigen Sitzung folgende Erklärung zu veröffentlichen: Genosse Webel sandte dem „Vorwärts“ mit der Forderung unbedingt unverzüglicher Veröffentlichung eine sehr lange Erklärung, die sich mit der vom Parteivorstand und der Pressekommision gegebenen Darstellung über die Vorgänge in den Pressekommisions-Sitzungen vom 1. und 8. September befaßt.

Im wesentlichen wird die Darstellung durch die Erklärung des Genossen Webel bestätigt. Im weiteren enthält die Zuschrift eine Reihe neuer Unrichtigkeiten.

Alle gemeinsamen Erklärungen der ausgeschiedenen Redakteure sind bisher unverändert im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Auch noch jedem einzelnen den Raum des „Vorwärts“ unbeschränkt zur Verfügung zu stellen, müssen wir ablehnen. Das Eingehen auf solche Wünsche erscheint uns geeignet, den Parteigenossen den „Vorwärts“ zu vergrößern und die Streitfrage noch mehr in die Breite zu ziehen. Da die ausgeschiedenen Redakteure bereits in 13 Spalten zum Wort kamen, sind wir der Ansicht, daß dieser Raum ausreichend war, in den Kollektivartikel die Auffassung eines jeden einzelnen genügend zum Ausdruck zu bringen.

Die Aufforderungen aus den Reihen der Genossen, mit den endlosen Auseinandersetzungen aufzuhören, zwingen uns, unter allen Umständen zu verhindern, daß die Polemiken ins Uferlose gehen.

### Die Pressekommision.

### Zum Ausfall der Berliner Stadtverordneten-Wahlen.

Die Stadtverordneten-Wahlen bedeuten einen glänzenden Sieg der Sozialdemokratie. Behauptet sind die älteren acht Siege, drei neue sind erobert und in vier Bezirken stehen wir zur Stichwahl. Noch klarer als durch diesen Gewinn an Mandaten wird die Bedeutung unseres Sieges durch den enormen Zuwachs an Wählerstimmen gekennzeichnet. — Von allen an der Wahl beteiligten Parteien hat nur unsere an Stimmen zugenommen. In den zur Wahl gestellten Bezirken sind für die sozialdemokratische Partei 20681 Stimmen gegen 18590 Stimmen im Jahre 1899 abgegeben, während die Stimmen der Liberalen von 12089 im Jahre 1899 auf 8058 am Mittwoch zurückgegangen sind. Die Stimmenzahl der Bürgerpartei fiel von 2008 im Jahre 1899 auf 1848 bei dieser Wahl.

Diese Zahlen legen ein berechtigt Zeugnis ab für die Macht der sozialdemokratischen Idee.

Mit den perfidesten Mitteln wurde der Austritt von sechs Redakteuren aus dem Redaktionsverband des „Vorwärts“ verwerdet und in verschiedenen Flugblättern auf die angebliche Unterdrückung der Meinungsfreiheit, auf die sog. Brutalität des Vorstandes unserer Partei hingewiesen. Alle diese Klünste der Wahlmache haben nicht verfangen. Die Berliner Arbeiterschaft ließ sich nicht im geringsten beirren und bewies dadurch, daß sie die letzten Vorgänge ganz anders bewertet, wie die liberale Presse. Die Abstimmung zeigt deutlich, was von der Behauptung zu halten ist, hinter den Berliner Funktionären stände nicht die Masse der Arbeiter.

### Ein Vorschlag.

Werte Genossen! Um Abdruck des Nachstehenden werden Sie freundlichst gebeten.

Die Angelegenheit der aus dem Redaktionsverband des „Vorwärts“ ausgetretenen Redakteure hat Folgen nach sich gezogen, die zu einer ersten Schädigung der Partei geworden sind. Eine Untersuchung darüber, wer die Schuld an der Wäre trägt, kann nur der Parteitag anstellen, und nur er allein ist berechtigt, ein Urteil zu fällen. Da der nächste Parteitag aber erst im September 1900 zusammentritt, so muß schon jetzt nach einem Mittel gesucht werden, um dem freisenden Uebel Einhalt zu tun. Ein solches Mittel wäre meinem Dafürhalten nach, die Frage, wer hier recht oder unrecht hat, in der Form eines Referendums an die organisierten Genossen von Groß-Berlin zu bringen.

Aus den Erklärungen des Parteivorstandes geht hervor, daß die Berliner Parteigenossen sich in dem Glauben befinden, der „Vorwärts“ würde nicht in ihrem Sinne redigiert. Diese Ansicht wurde unterstützt durch den Antrag der Berliner, der „Vorwärts“ solle Berliner Lokalblatt werden.

Von anderer Seite wird bestritten, daß die Berliner wirklich so denken wie der Parteivorstand vorgibt; die Ansichten der Parteifunktionäre seien noch lange nicht die Ansicht der Berliner Parteigenossen selbst.

Um nun die Ansicht der Nachstehenden zu erfahren, stelle man die Frage zur Urabstimmung:

ob der Parteivorstand und die Pressekommision mit der Beilegung der früheren Redaktionsmehrheit sich im Recht befinden haben oder nicht?

Das Abstimmungsgebiet mühte Groß-Berlin sein. An der Abstimmung haben nur organisierte Genossen teilzunehmen.

Wird die Frage verneint, so muß der frühere Zustand wieder hergestellt werden, bei Bejahung der Frage bleibt es, wie es jetzt ist.

Ueber die Form, in der auf beiden Seiten gefehlt worden ist, kann man sich in Rommheim unterhalten.

Die Frage des Zentralblattes spielt hier gar keine Rolle. Der „Vorwärts“ ist Berliner Lokalblatt, folglich haben die Berliner zu entscheiden, wie ihr Blatt redigiert werden soll, und die Parteigenossen in Deutschland haben ganz besonders jetzt ein brennendes Interesse daran, die wirkliche Ansicht der Berliner kennen zu lernen. Damit erhält auch der nächste Parteitag ein nicht mehr bestrittbares Material als Unterlage. Das wöchentliche Zentralblatt kann man jedem Parteiblatt umhängen, es ist und bleibt nur ein Dekorationsstück.

### Mit bestem Gruß

Heinr. Diez.

### Stimmen aus Genossenkreisen.

In der letzten Versammlung des sozialdemokratischen Vereins in Hohlau (Anhalt) wurde der „Vorwärts“-Konflikt erörtert. Genosse Raubfleisch vertrat den Standpunkt, der Parteivorstand sei korrekt vorgegangen, zu verurteilen sei die Stellung der Parteifunktionäre, die gegen die Parteifunktionäre zu Felde zogen. Von einem Tadel werde auch das „Vollblatt für Anhalt“ betroffen. Folgende Resolution wurde bei 18 Stimmenthaltungen mit 23 gegen 3 Stimmen angenommen:

„Die heute am 6. November 1900 in der Goldenen Krone tagende Parteivereinigung erklärt, daß sie mit der vom Parteivorstand unter dem 30. Oktober 1900 veröffentlichten Erklärung betr. „Vorwärts“-Redaktion einverstanden ist und bedauert die Haltung unseres Parteiorgans, des „Vollblatt für Anhalt“ in dieser Sache.“

Die Redaktion des Preussischen Blattes gibt ihre Ansicht über die Befugnisse der Parteifunktionäre durch folgende Ankündigung kund:

„Schon hat sich an mehreren Orten, wie z. B. in Köln und bei uns in Hohlau, gezeigt, daß Aufsichtsinstanzen und Parteigenossen sich als solche Befugnisse (1) über den Redaktionen

stellen. Der Parteivorstand und die Berliner Pressekommision machen Schule. Das war zu erwarten.

Dann aber abe große, stolze Sozialdemokratie! Wenn einmal lauter Besinnungsweche in Deinen Redaktionen sitzen, dann ist Deine Kraft gebrochen.“

In einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins in Stettin nahmen die Genossen Herbert und Duestel (Redakteur des dortigen Parteiblattes) Partei für die ausgeschiedenen „Vorwärts“-Redakteure, während Genosse Voght den gegenteiligen Standpunkt einnahm; er verlangte, daß man den Genossen noch kein Urteil zumuten, da der „Vollbote“ die Entgegung des Parteivorstandes auf den „Rechenchaft“-Artikel der ausgeschiedenen Redakteure noch nicht veröffentlicht habe. Zu einer Beschlusfassung leitete der Versammlung kam es nicht. Der „Vollbote“ veröffentlicht im Anschluß an den Versammlungsbericht eine Zuschrift, in der erklärt wird, man werde später durch Einbringung einer Resolution die Meinung der Genossen zum Ausdruck bringen lassen.

### Gemeinderatswahlen.

Es wurden weiter folgende Resultate bekannt: In Halle a. S. eroberte die Sozialdemokratie ein Mandat sofort im ersten Wahlgange; in acht Bezirken gelangten wir mit der Arbeiterpartei in die Stichwahl. Die Reichsmach-Bezirkvereine, die bisher alle Mandate der dritten Abteilung inne hatten, konnten nur ein Mandat behaupten. — Bei der Gemeinderatswahl in Hünneberg wurde Genosse Peter Döpner mit großer Majorität gewählt. — In Blankenheim wurde Genosse Grau in den Gemeinderat gewählt, die Sozialdemokratie verfügt dort jetzt über drei Mandate. — An Stelle eines Bürgerlichen zieht Genosse Seiler in den Gewerkschafts-Rat ein. — In Pasing bei München erlangen bei der Gemeinderatswahl unsere Genossen drei Siege im Gemeinderat.

Ein Kommunalwahlsieg im Zeichen des Klassenkampfes. Die bereits gemeldet, siegen bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung zu Forst i. L. unsere Genossen über die vereinigten Gegner mit einer Mehrheit von 64—82 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war stärker als je zuvor. 2850 Wähler, das sind zwei Drittel aller stimmberechtigten Bürger, übten ihr Wahlrecht aus. Die „Rationalen Vereinigung“, eine Filiale des famosen „Reichsverbandes“, hatte wochenlang alle Kräfte ihrer demagogischen Verwegungsmethode spielen lassen. Der Kampf war lediglich auf die Parole ausgelegt: Die Wähler mühten raus, weil sie als Todfeinde der bürgerlichen Ordnung in der Gemeindevertretung nichts mitzureden haben. Um das löbliche Ziel zu erreichen, hätte man das kommunale Wahlrecht so reaktionär wie nur irgend möglich „reformiert“. Und mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, waren Kriegervereine, Jungmänner und Bürgervereinigungen wochenlang gedrückt worden, sodas man den Sieg der „Staatsbehaltenden“ als eine bombastischere Sache schon vorher ankündigen zu können glaubte. Und nun diese in Anbetracht der geschichtlichen Umstände so vernichtende Niederlage. Das „Forster Tageblatt“ hat die Position gänzlich verloren. Es verlangt jetzt — Einführung der geheimen Wahl! Damit der „Terrorismus der Genossen“ gebrochen werde! Selbstverständlich werden unsere Vertreter im Forster Stadtparlament nun, der Anregung des nationalliberalen Blattes folgend, eine Petition an die Staatsregierung um Einführung der geheimen Stimmabgabe beantragen. Eine Verdoppelung der sozialdemokratischen Stimmen bei der ersten Wahl unter geheimer Stimmabgabe darf als sicher gelten.

Dem Terrorismus schimmstest Art ist in Wahrheit bei diesem Kampfe von den Stützen der „Ordnung“ ausgeht worden. Fast alle von den Fabrikanten abhängigen Geschäftsleute, Agenten, Hobelbeamten, ebenso wie Staats- und städtische Beamte und Arbeiter haben gegen ihre Uebersetzung stimmen müssen. Die Stimmen der Ausgeborenen wird auch überhin dem probenartigen Fabrikantentum zum Trost im Rathhause der Kaufmännischen Zertifikatsstadt gehört werden müssen!

Zur Wahl in Halle wird uns noch geschrieben: Unsere Stimmenzahl ist insgesamt von rund 1800 auf 6300 gestiegen, während die Stimmen der Bürgerpartei sich nur um etwa 8 Proz. vermehrt haben. In Halle sind für unsere Kandidaten 4700, für die Bürgerpartei 8400 Stimmen abgegeben. Die sich der Kommunalstimmern, der diesmal gänzlich leer ausging, mit seinen 2000 Stimmen bei der Stichwahl verhalten wird, erscheint nicht zweifelhaft.

### Revision der Parteimoral.

Genosse Ed. Bernstein macht folgendes Geständnis: „Ein Redakteur soll eine Sitzung von Vorstand und Pressekommision längere Zeit belauscht haben. Ich gestehe nun offen, ich bin nicht zugunsten davon, was hinter verschlossenen Türen über mich und meine Kollegen in so wichtiger Frage verhandelt wird, von dieser Möglichkeit den ausgiebigsten Gebrauch zu machen.“

Ein Münchener Kohl. Genosse Stefenson in München hatte in einer Versammlung behauptet, der liberale Rechtsanwalt Kohl habe ihm zehn Mark vier versprochen, wenn er gegen das Wahlbündnis zwischen Sozialdemokraten und Ultramontanen losjuche. Herr Kohl behauptete, das sei Kohl und er läßle sich durch solchen Kohl beleidigt. Er strengte denn auch Privatklage an, mit der er aber am Schöffengerichte abbliebte.

Graufames Spiel. Bei der Landtagswahl in Neustadt-Dürkheim will es nicht gelingen, zu einem Resultat zu gelangen nachdem 20 Wahlgänge immer ziemlich das gleiche Ergebnis brachten, weil die acht Parteien, welche sich um das Mandat bewerben, mit unerschütterlicher Zähigkeit in jedem neuen Wahlgange für ihre eigenen Kandidaten stimmen. Die Fortsetzung des graufamen Spieles ist nun bis auf den 8. Januar 1906 vertagt.

### Wieder ein Alter heimgegangen.

August Naß, einer der eifrigsten der alten Genossen in Württemberg, ist gestorben. Die Eroberung des Landtagsmandates Oberamt Cannstatt für die Partei war hauptsächlich mit sein Werk. Auch in der Gewerkschaftsbewegung war er ein reger Kämpfer.

### Witterungsübersicht vom 9. November 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temp. u. d. Tag u. N.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temp. u. d. Tag u. N.
Wien	760	SW	2	bedekt	Donauw. d.	762	SW	2	bedekt
Dresden	763	SW	3	bedekt	Petersburg	768	SW	3	bedekt
Berlin	760	NO	2	bedekt	Scilly	764	SW	2	bedekt
Konstanz	761	SW	3	bedekt	Aberdeen	767	SW	2	bedekt
München	763	SW	3	bedekt	Paris	768	S	1	bedekt
Wien	765	SW	4	bedekt					

Wetter-Prognose für Freitag, den 10. November 1900. Ein wenig kühler, vorwiegend trübe mit Regenfällen und stellenweise nördlichen Winden.

### Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 8. November. Elbe bei Wulfs + 0,20 Meter, bei Dresden + 1,23 Meter, bei Magdeburg + 1,45 Meter. — Havel bei Straußfurt + 1,40 Meter. — Oder bei Kolbitz + 1,80 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,98 Meter, bei Breslau Unterpegel + 1,30 Meter, bei Rastatt + 1,33 Meter. — Weichsel bei Bruchmünde + 2,24 Meter. — Warthe bei Hofen + 0,86 Meter. — Neys bei Wla + — Meter.

Das ungarische Regierungsprogramm.

Man schreibt uns aus Budapest: Die ungarischen sozialdemokratischen Blätter und die radikal-liberalen Organe besprechen das vom ungarischen Könige genehmigte Regierungsprogramm des Barons Fejerdach mit großer Hoffnung auf ein besseres Zeitalter. Und dieses Programm ist auch in Wirklichkeit das Beste, ein Kilometerstein zu sein, an dem die Freiheit des Volkes ihren Anfang nehmen kann.

Es entspricht nicht nach allen Richtungen unseren Prinzipien, nichts desto weniger bedeutet es aber doch einen großen und maßgebenden Schritt nach vorwärts, im Interesse der Demokratie, so daß unser ungarisches Parteizentralblatt „Népszava“ dem ganzen Proletariat mit lauten Worten verkündet, seit 1848 sei keine Regierung Europas im Stande gewesen, solch ein Programm vorzulegen wie dieses ist.

Das Magnatentum und die verblödeten Anhänger Kossuths werden mit aller Kraft und voller Macht dagegen arbeiten; denn ihre Klasseninteressen sind dadurch am ärgsten gefährdet. Nun wird es sich jedoch ganz klar entscheiden müssen, ob diese sich immer als Volksbegleiter aufreißenden Herren den Mut haben werden, sich auch offen dem Wohl, dem Rechte des Volkes zu widersetzen. Die größte Bedeutung, der wichtigste Erfolg dieses Programmes ist, daß das Volk, jetzt aufgewacht, sehen wird, wo seine Freunde sind und wo man ihm feindselig gegenübersteht. Mit dem nationalen Kärgelein, mit dem leeren Haarpalten wird sich nun selbst der ganz Verlorne nicht mehr zufrieden geben; denn jedermann muß jetzt schon zur Einsicht kommen, daß unter dem rot-weiß-grünen Mantel des Grafen Apponyi und Kossuths nichts anderes verborgen ist als das Interesse der Kapitalisten, der Feudalmagnaten und der Pfaffen. Entlarvt wird ein jeder Gegner des Volkes, und die Sonne der Sozialdemokratie und der Freiheit muß prächtig und herrlich emporspringen.

Wie lautet nun Fejerdachs Programm? (zusammengefaßt in ein paar kurzen Schlagworten.)

- 1. Das allgemeine, geheime, gemeindeweise, direkte Wahlrecht vom 24. Jahre an und nicht für Analphabeten! Wenn man jedoch in Betracht zieht, daß bisher bei uns ein Jenseits-Wahlrecht bestand, ein politisches Nonstrum ohne Gleichen, das infolgedessen bisher von mehr als vier Millionen großjährigern Männern (über 24 Jahre) kaum 900 000 das Stimmrecht hatten, so ist jeder Kommentar hierzu überflüssig.
- 2. Zweijährige Militärdienstzeit. Bei uns werden noch immer drei Jahre gefordert. Was für eine Bedeutung diese Reform hat, weiß jede Proletarierfamilie nur zu gut. Vorläufig ist auch dies für unsere Verhältnisse ein Sieg, den später einmal die Sozialdemokratie durch Einführung des Wehrsystems trönten soll.
- 3. Einrichtung des selbständigen Zollgebietes. Bisher waren wir nur eine kommerzielle Provinz Oesterreichs und konnten keine Industrie, keinen entsprechenden Export haben, trotzdem Ungarn in den Rohprodukten eines der reichsten Länder ist. Dem bisherigen Zustande ist es auch zuzuschreiben, daß der Arbeiter in Ungarn kaum leben kann und daß jährlich mehr als 300 000 Arbeiter um des lieben Brotes willen nach Amerika ziehen.
- 4. Da doch Ungarn heute noch in erster Linie ein ackerbaureicheres Land ist, soll dem ausgebeuteten und hungernden Volke geholfen werden durch Parzellierung der größeren Besitzkomplexe, denn 1/5 Hektar des Landes ist bei uns Latifundium. Den Kleinbauern soll geholfen werden durch Schuldentlastung des kleinen und mittleren Grundbesitzes, weiter durch die Verpachtung der staatlichen Grundstücke unter leichteren Bedingungen an die Kleinrentner, sodann durch große Exportzölle für die Agrarprodukte.
- 5. Erhöhtige Industriepolitik. Fabrikenbau, Regelung der Rechtsverhältnisse der Arbeiter, Privatbanken und Handelsangelegenheiten durch offiziell anerkannte Interessensvertretungen, Versicherung der Arbeiter für Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität, Korporationszwang für die Regelung eigener Interessen, Schutz der Kinder, der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, unentgeltliche Erziehung zur gewerblichen Laufbahn für die Arbeiterkinder, kostenlose Ausbildung der Arbeiterkinder, Arbeiterwohnungen, Arbeiterspielfelder und Sanatorien.

- 6. Progressivsteuere. Nichtbesteuerung des Lebensmittels. Reform und Erleichterung im Wesen der Kirchensteuer, die bei uns horrend ist. Gehaltsregelung, billiger Kredit.
- 7. Verstaatlichung der Verwaltung und des Sanitätswesens im allgemeinen.
- 8. Schnelles und billiges Justizsystem. Reform des Privatrechtes.
- 9. Gänzlich unentgeltlicher Volksunterricht und strenger Schulzwang.
- 10. Gleichberechtigung und Reziprozität zwischen den Konfessionen. Vollkommene Kirchen-Autonomie.
- 11. Anerkennung der vollen Rechte Kroatiens. (Hier muß bemerkt werden, daß in Kroatien und Slavonien — allgemein „Ungarische Länder“ genannt — die Rechtsverhältnisse erbärmlich ausstehen. Keine persönliche Freiheit, nicht die geringste Pressefreiheit. Unsere dortigen Genossen sind völlig unterdrückt und konnten auch bisher nur so arbeiten, wie es das unterirdische Kuchland tat. Nun soll die Stunde der Freiheit auch unseren kroatischen und slavonischen Brüdern schlagen.)
- 12. Hebung und Unterstützung der Städte.

Dies ist das Programm, zusammengefaßt im Sinne der Vorteile, die wir davon haben könnten. Wir ungarischen Sozialdemokraten werden mit aller Kraft und Ausdauer dafür kämpfen; wenn es sein muß: gleich unseren russischen Genossen! Wir wenden uns jetzt nicht gegen den Monarchen, sondern gegen die Grafen Apponyi, Andrássy, Jidos und gegen den armen Schwächling Franz Kossuth, der so schmähvoll mitgetreten wurde von den Magnaten und der Kapitalisten. Es wird ein erbitterter Kampf bis zum Messer entstehen; denn sogar der auch von Seiten der Koalition noch kürzlich so sehr verdammte und verhöhrte Graf Stefan Tisza, der vormalige Ministerpräsident, will der Koalition gegen die demokratischen Reformen beitreten! Erklärt er doch kürzlich, daß „das allgemeine Stimmrecht mit aller Sicherheit das Land dem bestimmten Tode entgegenführt“! Sehr hübsch. Der Knuten-Jar will dem russischen Volke allgemeines Wahlrecht geben, wo doch in Rußland nicht weniger als 60 Sprachen gesprochen werden. Bei uns in Ungarn aber meint das feudale Magnatentum in allem Ernst, nach Erteilung des allgemeinen Wahlrechts können die Sozialdemokraten alle ins Parlament hinein und dann würden sie, die reichen Herren, „teilen“ müssen! Bei uns nämlich ist ein eintägiger gebildeter oder gar hunger Magnat noch immer ein weiser Rabe.

Was wird also geschehen? Am 19. Dezember tritt das Parlament zusammen. Da soll über dieses Programm entschieden werden. Besitzt Fejerdach mit seinem Programm die Mehrheit im Abgeordnetenhaus, so wäre es am besten, wenn dann diese vorläufig wenigstens zum Teil ganz schönen Reformen in Kürze zu Gesetzen kämen. Die Koalition und der bedrängte Kapitalismus sein Spiel weiter, so wird das Parlament aufgelöst, neue Wahlen werden ausgeschrieben. Gelangt es der Regierung dann noch nicht, eine Mehrheit zu bekommen, dann folgt die — Gewalt! Die Gewalt — von oben! Leicht möglich aber, daß das hungrige Volk, das niederbeugene Proletariat sich sofort im ersten geeigneten Augenblick direkt gegen die Herren Grafen wendet, deren Kommissariats Ungarns Arbeiter-schaft schon so satt ist. Vergessen wollen die Herren sich als Nationalhelden aufspielen. Aber das Volk, ja die ganze Welt muß schon einsehen, daß hier eine Plage, ein waghalsiger Schwindel getrieben wird, daß hier ein Klassenkampf tobt, in dem das arbeitende Volk die stolze, exklusive Sippschaft angreift. Heute oder morgen, die Rechte des Volkes müssen sie doch hergeben, wenn es selbst schon der König, der Habsburger, will. Das ungarische Volk, nicht aber der blöde Adel, das Magnatentum der Fideikomisse, hat ein Recht, über den König zu schimpfen, ihm Trampeln vorzuwerfen; denn diesmal hat Hans Habsburg ausnahmsweise einen Schritt getan, der einer Zahl von demokratischen Prinzipien zum Siege verhelfen dürfte.

Aus der Frauenbewegung.

Schöneberg. Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hält am Montag, den 13. November in Weimanns Klubhaus, Hauptstr. 5/6, seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Referenten

das Abends sind: Dr. Maurenbrecher, der über „Die Frauen und die Zeitung“ sprechen wird und Dr. Röder, der das Thema „Was ist den Kindern zu lesen dienlich“ behandelt. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Vermischtes.

Ein gemäßigter Monarchenvertreter. Die Kriegervereine, die durch ihre Luchthotterei schon manchen Beitrag für Ill- und Witzblätter lieferten, haben auf dem ihnen eigenen Gebiete der Sozialistenvernichtung eine neue Leistung zu verzeichnen, die viel zur allgemeinen Erheiterung beitragen wird. Für die Kriegervereine ein Witz, daß Lächerlichkeit nicht tödtet. In Vertretung des Landesfürsten, des verstorbenen Regenten von Neuh. a. L., der gerade durch andere wichtigen Staatsgeschäfte in Anspruch genommen war, hielt der Pfarrer von W. in Probersgrün die Festrede bei Einweihung einer neuen Kriegervereinshalle. Bei dieser Gelegenheit soll der Pfarrer geäußert haben, die Sozialdemokraten seien aufrichtige Leute, wenn sie nur noch christlich und monarchisch wären, könne man ihnen in allen Punkten beistimmen. Ob wegen des Bedauerns, daß die „Koten“ nicht monarchisch sind, man weiß es nicht, jedenfalls waren die Kriegervereiner mit der Rede nicht zufrieden. Seit einem Jahr lang mühte man sich ab, das Prestige der Kriegervereiner zu retten. Endlich wars erreicht. Mit feierlichem Ernst wurde der Pfarrer aus dem Verein ausgeschlossen — um nach dem Ausschluß erst dahinter zu kommen, daß der Ausschlossene gar nicht Vereinsmitglied war.

Im Zeitalter des Automobils! Ein in Jena wohnender älterer Herr, der wegen seiner originellen Einfälle in seinen Kreisen bekannt sein soll, fährt seit einiger Zeit bei seinen Ausgängen stets eine Visitenkarte bei sich, die folgende Aufschrift trägt: „Automobilfahrer, welche mich überfahren haben, werden h'stlich ersucht, meine Leberreise abgeben zu wollen.“ (folgt Name und Adresse.) Der Mann ist jedenfalls vorsichtig und ordnungsliebend.

Ein Schäfer und eine Herde überfahren. Auf der Eisenbahnstrecke Hannover-Bunstorf fuhr am Dienstag gegen Abend bei nebligem Wetter ein von Bunstorf kommender Schnellzug mitten in eine Schafherde hinein, die gerade über den Bahndamm getrieben wurde. Das Herannahen des Zuges war vom Bahnwärter wahrnehmbar, nicht rechtzeitig bemerkt worden und er hatte daher die Schranke noch nicht geschlossen. Der junge Schäfer suchte seine Schafe noch zurückzuziehen, mußte aber seine Pflichttreue mit dem Tode büßen. Auch seine beiden Hunde und eine Anzahl Schafe kamen ums Leben.

Ein tragischer Verfall wird uns aus dem Nachbardorfe Weyersdorf gemeldet. Der dortige Gutbesitzer Döberich hatte sich vor einiger Zeit einen gefährlichen Bruch zugezogen, und der Zustand des Patienten verschlimmerte sich in den letzten Tagen derartig, daß die Unterbringung D.'s in einem Krankenhaus notwendig wurde. Auf dem Transport nach Berlin geriet der Kranke in so heftige Aufregung, daß er plötzlich einen Schlaganfall erlitt und bald darauf im Wagen verschied. Das Gefährt setzte wieder nach Weyersdorf zurück, um die Leiche auf dem Gute abzuliefern. Als die Gattin des Toten abmühselos an den Wagen herantrat und ihren Mann plötzlich als Leiche vor sich sah, brach sie zusammen und starb ebenfalls nach wenigen Minuten. Die Bedauernswerte war einem Herzschlage, hervorgerufen durch die furchtbare Hebertrafung, erlegen. Gemeinsam werden die beiden Ehegatten beerdigt werden.

Taifun. Tokio, 8. November. Ein Taifun richtete gestern Verheerungen an, die sich über ein weites Gebiet erstreckten. Auf Ostjima und den benachbarten Inseln wurden zweitausend Gebäude zerstört. Ein Dampfer ist gescheitert. Verlust an Menschen ist bisher nicht gemeldet worden.

Theater. Freitag, den 10. November. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Robert der Teufel. Schauspielhaus. Wilhelm Tell. Neues. Ein Sommerstraum. Deutsches. A Santa Lucia. Deutsches. Das Köhchen von Gellert. Berliner. Die Jungfrau von Orleans. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater.) Wilhelm Tell. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häufel-Theater.) Maria Stuart. Lesing. Stein unter Steinen. Zentral. Der Bettelstudent. Weidens. Der Weingemahl. Kleines. Othello. Trianon. Der letzte Troubadour. Lustspielhaus. Der Familienstag. Thalia. Bis früh um fünf! Karl Weh. In Berlin ist was los. Zuffen. Faust. Deutsch. Amerikanisches. Über. Herr Herzog! Metropol. Auf — ins Metropol! Kasino. Das Opernhaus. Apollo. Frau Luna. — Spezialitäten. Dalhalla. Ringlamb. Perusse. Der Familienstag. Wintergarten. Vorne Dancrey. Etero. — Spezialitäten. Folies Caprice. Nach dem Zapfenstreich. Soll und Haben. — Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Hoffage. Spezialitäten.

Berliner Theater. Chotienstr. 90/92. Zur Feier von Schillers Geburtstag: Die Jungfrau von Orleans. Romantische Tragödie in 5 Akten von J. Schiller. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonnabend und Sonntag nachm. Keon. Sonntag abend: Kiwito. Montag: Androsia. Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Ein Sommernachtstraum. Morgen u. folgende Tage: Ein Sommernachtstraum. Kleines Theater. Abends 8 Uhr: Hidalla. Sonnabend zum erstenmal: Othello. Trauerspiel in 3 Akten von Hermann Hagedorn. Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Faust. Sonnabend: Der Mann im Monde. Sonntag nachm. 2. Teilchenfresser. Abends: Dantel. Montag: Einlon. Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr. Der letzte Troubadour. Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröfaz und Pierre Böber. Deutsch von Alfred Palm. Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Prinzgemahl. Satirischer Schwank in 3 Akten von A. Kanov und J. Gansel. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.

Urania. Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Spelterinis Alpen- und Wästenfahrten im Ballon. Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 155. Joëls Traum. II Pompeji II. Die Ehre des Vaters! Restaurant: Original Nürnberger Sänger. Metropol-Theater. Anfang 8 Uhr. Auf — in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Holländer. Rauchen in all. Räumen gestattet. Kasino-Theater. Roßringstr. 97. Täglich 8 Uhr. Das Opferlamm. Schauspiel in 3 Akten von Walter und Stein. Vorher: Im Spreewald. Operette. Der berühmte Kapitän Martens etc. Sonntag nachmittags 4 Uhr: „Der Adelsnarr.“ Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67. Mittwoch. Jeden Abend 8 Uhr! Gastsp. Ad. Philipp 75. ABER! Aufführung Herr Herzog Sonntag nachmittags 3 Uhr: Halbe Preise! „Über'n großen Teich.“

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Wilhelm Tell. Schauspiel in fünf Aufzügen von Friedrich Schiller. Sonnabend nachm. 8 Uhr: Wilhelm Tell. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Veilchenfresser. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Traum ein Leben. Sonntag, abends 8 Uhr: Nora. Gebrüder Herrnfeld-Theater. Zum 7. Male die Noctül: Familientag im Hause Prellstein. Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld. Mitwirkende Darsteller: Angelika Frey, Frida Leyermann, Carla Mützhauser, Elsa Grossin, Käthe Drober, Julie Lohli-Mahn, Joseph Aschinger, Jacques Morway, Jacques Glaser, Ernst Groß, Jos. Engler, Eugen Neuter, Rich. Goltz, Max Zilzer, Fritz Rus, Hugo Osblin, Bernh. Forster, Paul Hiersem, Albert Blumenreich. Jemer: Donat Herrnfeld als „Esau Prellstein“. Anton Herrnfeld als „Winkolkonsulent Schestak“. Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr (Theaterkasse). Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Täglich 8 Uhr: In Berlin ist was los. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinderhochzeit. Snowittchen. Abends 8 Uhr: Maria Stuart.

Passage-Theater. Anf. der Abendvorstellung 8 Uhr. Bozena Bradsky in ihrer entzückenden Duncan-Parodie. Paul Jülich der unverwundliche Humorist. 14 neue erstklassige Nummern. W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Ott. Brunnstr. 16. Nora oder: Ein Puppenheim. Schauspiel in 3 Akten von J. Hoffm. Deutsch von J. Engerer. Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Sonnabend: Keine Vorstellung. Belle-Alliance Theater-Variété. Georg Kaiser Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tangel. Sonntags 2 Vorstellungen. Nachm. 3 Uhr: Volkspreis. Jed. Sitzpl. inkl. Garderobe 60 Pf. Rauchen im Wintergarten gest.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der familientag. Folies Caprice. Budapest Pösson-Theater. 132 Lisenstr. 132. Eeko Friedrichstraße. Zum 56. Male: Nach dem Zapfenstreich. Vorher: Soll und Haben u. d. ausgezeichnet. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf täglich b. A. Werthelm und an der Tageskasse v. 10 Uhr vormittags an. Fröbels Allerlei-Theater. Schützenhauser Allee Nr. 148. Jeden Sonntag und Mittwoch: Konzert, Theater, Spezialitäten. Erbklassige Spielfolge. Nach der Vorstellung: Tanz. Variété Elysium. Kommandantenstraße 3/4. Vom 1. bis 30. November 1905: Großer internationaler Soubretten-Wettstreit. Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Zum Schluss! Zwei Fräulein Doktor. Zeitberühmte von Wenzel. Anfang: 8 Uhr. Sonntag: 7 Uhr.

**Zirkus Albert Schumann**  
 Heute abend prächtige 7 1/2 Uhr:  
 Das vorzähl. Programm, u. a.:  
 Nur noch kurze Zeit!  
 Die größte und sensationellste Attraktion d. Gegenwart! Die phänomenalen  
**Frères John** und **Louis Boller.**

Die **9 heiligen Chunchusen**  
 Die ausgezeichnete Javanertruppe.  
 Neu! The Wally Hosto-Trio.  
 Neu! Miss Francis.  
 Neu! Mr. Willie Hale.  
 Zum Schluss: Die reizende Sportpantomime: Der Tag des

**Englischen Derby.**  
 Sonntag: 2. Vorst., nachm. 3 1/2 Uhr ein Kind frei, und abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen:  
 Der Tag des Englischen Derby.  
 Montag, den 11. d. Mts., prächtige 8 Uhr: Gala-Vorstellung zum Besten des Vereins für Kaffeebauern und Geschäftsführer zu Berlin.

**Apollo-Theater.**  
 Täglich: Die Spezialitäten.  
 9 1/2 Uhr: Attraktionen des **November-Programms** mit **Mlle. Deberio** Chantese fantastique.  
 8 Uhr:  
**Frau Luna**  
 von Paul Lincke.  
 Sonntag, 12. Nov., nachm. 3 Uhr: **Frühlingsluft** u. Spezialitäten. Bedeutend ermäßigte Preise!

**WINTERGARTEN**  
 OTÉRO.

und ein auserlesenes **Künstler-Programm.**  
**Palast-Theater**  
 Burgstr. 24, 2 Min. v. Sd. Böfde.  
 Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Das glänzende **!! November-Programm !!**  
 Unter anderem:  
**Carl Braun**  
 Germaniens-Schauspieler.  
**Montecino**  
 der Türke mit seinen drei Weibern.  
**Die weiße Dame.**  
 Pöffe mit Gelang von D. Richter.  
 10 erstklassige Nummern.  
 Familienarten in allen Varietés, Reiz- und Zigarrengeheimnissen sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.  
 Sonnabend, 11. November: Wegen Privatfeier keine Vorstellung.

**Walhalla-Theater**  
 Unter dem Protektorat des **Herrn Professor Reinhold Begas**  
**Gr. Ringkampf-Konkurrenz.**  
 Heute ringen:  
**Bernard** (Frankreich) bis zur Entscheidung gegen **Nitschke** (Berlin), **Kiekhöfer** (Berlin) gegen **Bau** (Westfalen).  
**Fürst** (Bien) bis zur Entscheidung gegen **Gebhard** (Deutschland).  
**Franconi** (Italien) geg. **Max Schwarz** (Berlin).  
**Petroff** (Bulgarien) gegen **Eigemann** (Rheinland).  
 Beginn der Vorstellung 8 Uhr. Beginn der Ringkämpfe 9 Uhr 45. Rauchen in allen Räumen gestattet.  
**Artus-Hof**  
 Perlebergerstr. 28, Steindorferstr. 18.  
 Säte von 100-1200 Pfd. haben den geehrten Vereinen zur Verfügung.  
 Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag: **Gr. Theater-Vorstellung.**  
 Jeden Montag: Quartettfänger und humoristische Soiree.  
 Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

**Chrysanthemum-Ausstellung**  
 im neuen Saalbau  
 des Landes-Ausstellungsparkes, Alt-Moabit 4-10.  
 9. November 2 M.  
 An allen anderen Tagen vormittags 1 M., nachm. 50 Pf.  
**KONZERT.**

XI. Berliner Saison.  
**Zirkus Busch.**  
**Komischer Gala-Abend.**  
 Aufstreich der neu engagierten Spezialitäten. **Mr. Pearson.**  
 Größte Attraktion der Welt!  
 Sensationell! Sensationell!  
**Der Kanonenkönig!**  
 Schau eines lebend. Menschen aus einem Marine-Geschütz.  
**4 Socurs Atletas.**  
**10 dressierte Elefanten.**  
**Zum 54. Male: Mexiko.**  
 Große Ausstattung - Pantomime aus dem mexikanischen Pflanzleben und die vorzüglichsten Programm-Nummern.

**Colosseum**  
 Dresdenerstr. 97.  
 Täglich 8 Uhr - Sonntag 7 Uhr.  
 Die besten deutschen **Komiker** und **Soubretten.**  
 Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr jeder Platz 40 Pf., ein Kind frei.  
 Im Konzertsaal 2 Kapellen bis 1 Uhr nachts.  
 Schrammeln mit Sängern und ungar. Maggaren-Abende.

**Etablissement Buggenhagen**  
 Moritzplatz.  
 Täglich  
 in den unteren Sälen  
**Gottschalk-Konzert.**

**Otto Pritzkwitz**  
 Berliner **Abnormitäten-Theater**  
 Münzstr. 10.  
 Die drei lebenden **gr. anatomischen Wunder**  
 Muskelmensch  
 Skelett-Mensch  
 Gummihautmensch  
 Entree 20 Pf.

**Sanssouci, Kottbuserstr. 4**  
 Direktion Wilhelm Reimer.  
 Sonnt., Mont., Donnerst.:  
 Im glänzenden renov. und elektr. beleucht. Etablissement **Hoffmanns**  
**Norddeutsche Sänger** und Tanztruppe.  
 Sonntags Beginn 8 Uhr, mochenstags 8 Uhr.  
 Jed. Dienstag, Mittwoh.: **Theater-Abend.**  
 Gastspiel des Löwe-Ensembles.

**Gustav Behrens**  
 Spezialitäten-Theater  
 Frankfurter-Allee 85.  
 Wüstenbildnis tollerster Beifall!  
**Wiener Finken, Gustav Behrens.**  
 Berliner Droschkentänzer:  
**Albert Rautsch.**  
 Elektr. Strahlenbühnen:  
**Willy Zaudel.**  
**Chy Marietta,** die beste Instrumentalvirtuosin (8 Instrumente) sowie 15 Spezialitäten-Nummern.

**Königshof, Bülowsstraße 37**  
 an der Lutherkirche.  
 Heute sowie jeden Freitag:  
 Humoristische Soiree der allbeliebtesten **Steidl-Sänger.**  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
 Entree 30, Sperrk. 50.

**Jacob Golde**  
 Spez.-Wäschegeschäft  
 Arbeiter-Berufskleidung  
**119 Gr. Frankfurterstr. 119**  
 10 % Rabatt.  
 Ueber 40 Jahre im Osten Berlins!

**Bekanntmachung.**  
 Am Dienstag, den 21. November cr., abends 6 Uhr findet in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20, die **42. ordentl. General-Versammlung** der **Orts-Frankenkasse für die Wäschefabrikation** statt, zu welcher hiermit die für die Jahre 1905/07 gewählten Vertreter eingeladen werden. Dieselben erhalten noch besondere Einladungen, die beim Betreten des Saales als Kusweis dienen. 277/1

Tages-Ordnung:  
 1. Neuwahl für drei Vorstandsmitglieder (ein Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmern).  
 2. Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Rechnung des Jahres 1905, Berlin, den 5. November 1905.  
 Der Vorstand der Orts-Frankenkasse für die Wäschefabrikation:  
 F. Franke, Vorsitzender, Regenerbestr. 1-4.

**Greift zu!** dem besten Monats-Anzüge . . . 8,50 R. an Abonnements-Anzüge . . . 9,50 Monats-Paletots . . . 9,- Joppen . . . 5,-  
 Partik-Anzüge, teils mit unmerklichen Fehlern 10,50 Anzüge, Ersatz für Regen . . . 20,-  
 Ramming-Dol. od. Nadelts . . . 3,-  
 Alles auch für locale Figuren! Getragene Kleidungsstücke von Kapellaren, Reisenden, aus den feinsten Werkstätten Berlins, teils von Dolleferanten, kolossal billig.  
 Straßenbahn-Versäufung!  
 Bitte **Zentral-Keller, Berlin,** achten an der **35 Neanderstr. 35,** Köpenickerstr. 3 Minut. v. Stadtbahn Jannowitzbrücke

**Hüte** in allen Preislagen.  
**R. Weidner, Hutmacher**  
 Dresdnerstr. 100, an der Prinzenstr.

Sonnabend, den 11. November, abends 8 Uhr  
**Gr. Künstler-Konzert**  
 in den Räumen des **Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15,** arrangiert vom **Sozialdemokrat. Wahlverein des 4. Berl. Reichstagswahlkreises (Süd-Ost).** 262/19  
 Billetts inkl. Garderobe a 50 Pf. sind noch abzugeben **Lansitzer Platz 14/15.**  
 Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

**„Arbeiter-Radfahrerverein Charlottenburg“.**  
 Am Sonnabend, den 11. November, findet in den **„Germania-Sälen“ Charlottenburgs** (Nah. C. Wodrich), Sprestr. 13, eine **Feier für das 5jährige Bestehen des Vereins** statt; bestehend in **Konzert, humoristischen Vorträgen, Reigenfahrten und Ball.** 27/12  
 Hierzu ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

**Tischler-Verein zu Berlin.**  
 G. S. Nr. 89.  
 Sonnabend, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr, **Reichstr. 15:**  
**Versammlung.** 199/11  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Schriftstellers **Herrn Max Schütte.** 2. Diskussion.  
 3. Vereinsangelegenheiten. - Ausgabe der Billetts zur **Uraula** für den 3. Dezember, mittags 1 Uhr. Zur **Vorführung** gelangen: **Spektakel Alpen- und Wästenfahrten im Ballon.**  
**Der Vorstand.**

**Verband der Sattler**  
 Ortsverwaltung Berlin.  
 Die Branchenversammlungen finden an folgenden Tagen statt:  
**Geschirrbrennerei:** Mittwoch, den 15. November.  
**Treibriemenbranche:** Sonnabend, den 11. November.  
**Taschen-, Koffer- und Galanteriebranche:** Donnerstag, den 16. November.  
**Linoleum- bzw. Teppichnäher:** Donnerstag, den 16. November.  
**Wagenbranche:** Mittwoch, den 15. November.  
**Sektion Charlottenburg:** Dienstag, den 14. November.

**Achtung! Eisenmöbelbranche! Achtung!**  
 Die Versammlung findet ausnahmsweise **Donnerstag, den 16. November** statt. 157/16  
 Tages-Ordnung:  
 „Die Durchberatung des neuen Lohnvertrages.“  
 Zahlreichen Besuch dieser Versammlungen erwartet **Die Ortsverwaltung.**  
 Sonnabend, den 25. November 1905, im **Riesensaal** der **„Neuen Welt“, Hafendie 108-114:**  
**Vorstellung lebender Photographien mit Kinematograph.**  
 Nach der Vorstellung: **Tanz-Bränzchen.**  
 Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.  
 Anfang präz. 8 Uhr. X Entree 20 Pf. X Programm gratis.  
 Um rege Beteiligung erucht **Das Vergnügungs-Komitee.**

**3 Café Schurig 3**  
 Neu eröffnet! 49762  
 Vikarstr. 2. Vikarstr. 142/9

**6. Wahlkreis!**  
 Sonntag, den 12. November, abends 6 Uhr, im **Kolberger Salon (S. Nabe), Kolbergerstraße 23:**  
**Versammlung für Männer und Frauen.**  
 Tagesordnung:  
 Vortrag des Redakteurs **Genossen Düwell** über: „Die verschiedenen sozialen Schichtungen.“  
 In zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vertrauensmann.**  
 Nach der Versammlung:  
**Gemütliches Beisammensein mit Tanz.**

**Verband der haugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.**  
 Zweigverein Berlin und Umgegend.  
 Sonntag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, in **Buggenhagens Etablissement, am Moritzplatz:**  
**Große General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Kaschenbericht vom 3. Quartal 1905. 2. „Partei und Gewerkschaften“. Referent: **Genosse G. Bräcker.**  
 3. Diskussion. 4. Die Baukontrolle. 5. Verschiedenes.  
 Der wichtigsten Tages-Ordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.  
**Mitgliedsbuch legitimiert. - Ohne dasselbe keinen Eintritt.**  
**Der Zweigvereins-Vorstand.**

**Enorm billig**  
 gelangen in dieser Woche (inkl. d. P.) Sonntag bis 2 Uhr zum Verkauf die aus letzter Saison zurückgesetzten, nur hochverehrten Herren  
**Anzüge Paletots**  
 die aus feinsten Massstoffen gefertigt wurden. . . 15-35 R.  
 Rock-Gehrock-Anz. 25-42 R.  
 Jag. Herrenhosen. 7-12 R.  
 Sechste Lotenhioppen. 7-12 R.  
 Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63. I Treppe.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:** 96/15  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

**Achtung! Einsetzer. Achtung!**  
 Sonntag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, finden in den bekannten Lokalen die **Bezirks-Sitzungen** statt. Günstiges und zahlreiches Erscheinen der Kollegen unbedingt erforderlich; auch werden daselbst neue Mitglieder aufgenommen.  
 Montag, den 13. November, abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal II):**  
**Kommissions-Sitzung.**  
 Voranzeige zu beachten! Sonntag, 19. November vormittags, findet eine **öffentliche Versammlung** sämtlicher Einsetzer **Berlins und Umgegend** bei **Feuerstein, Alte Jakobstr. 75,** statt.  
 Tages-Ordnung hierzu: Welche Vorteile bietet uns eine event. Einführung der Lohnarbeit innerhalb unserer Branche?  
 Die Kollegen werden aufgefordert, rege Agitation für diese Versammlung zu entfalten.  
**Die Kommission.**

**Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.**  
 Zahlstelle Rixdorf.  
 Sonnabend, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 in **Thiels Hofsälen, Bergstraße 151-152.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des **Genossen Julius Gehl.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 142/9  
 Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

**Achtung! Steinarbeiter. Achtung!**  
 Sonntag, den 12. November, vorm. 10 Uhr, im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:**  
**Große öffentliche Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Der politische **Waffenstreik.** Referent: **Genosse Ströbel.**  
 2. Diskussion. 189/13  
**Kollegen! Sorgt für einen Massenbesuch dieser Versammlung. Kein Steinarbeiter darf fehlen.** Auch werden in dieser Versammlung die **Delegierten zur Orts-Frankenkasse** aufgestellt. Die Kandidaten müssen ihre **Krankentafelbuch-Nummer** angeben. Die **Ortsverwaltungen der Filialen I und II.**  
**J. H.: O. Hanschke. A. Zunk.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
 Haupt-Bureau: **Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5.** Fernsprecher: **Umt IV 9679.**  
 Arbeitsnachweis **Zimmer 34, Amt IV, 3353.**  
 Montag, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr, in den **„Arminhallen“, Kommandantenstr. 20 (oberer Saal):**  
**Versammlung**  
 aller Vertrauensleute, Ausschussmitglieder und Delegierten, welche in den Betrieben beschäftigt sind, die der **Mechaniker-Frankenkasse** angehören.  
 Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend erforderlich.  
 Mitgliedsbuch legitimiert!  
**Die Ortsverwaltung.** 154/10

**Zentralkrankenkasse der Maurer**  
 „Grundstein zur Einigkeit.“  
 Sonntag, den 12. November 1905, vormittags 10 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 im **„Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Kaschen- und Revisionsbericht. 2. Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Zur Beachtung! Die **Zahlstelle** von **Osten I** befindet sich jetzt **Langestraße 53** beim **Restaurateur Kluge.** Außerdem befindet sich im **Norden** noch eine **zweite Zahlstelle** und zwar **Vikarstr. 3** beim **Restaurateur Lamprecht.**  
**Die örtliche Verwaltung.** 142/9

Am 6. November verschied im 54. Lebensjahre meine gute, liebe Frau, unsere treue, liebe Mutter  
**Elisabeth Goldschmidt geb. Klose.**  
Berlin SW., Belleallianstr. 33. 295 b

**Gustav Goldschmidt.**  
Rechtsanwalt Dr. Gustav A. G. Goldschmidt.  
Frau Alice Wittmund geb. Goldschmidt.  
Johannes L. P. Goldschmidt.  
Cécille Goldschmidt.  
Die Feuerbestattung hat bereits stattgefunden; sie ist, wie es die Verstorbene wünschte, in aller Stille in Hamburg erfolgt.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß nach langem Leiden mein lieber Mann, Vater, Bruder und Schwager  
**Paul Spangé**  
am 7. d. M. verschieden ist.  
Die Beerdigung findet am 11. d. M., nachmittags 4 Uhr auf dem Seidenen Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt. 3226  
Um stille Beileben bitten  
**Die Hinterbliebenen.**

**Bier her!**  
Culmbacher . . . 30 Pf. 3.—  
Deutsch Porter . . . 16 „ 3.—  
Märzen-Versand . . . 30 „ 2.25  
Tafel-Malz, Ärgel, Lein, 30 „ 3.—  
ff. Weißbier (C. Lande) 30 „ 2.25  
Weizenmalz (H. Stern) 30 „ 2.25  
Tafelb. H. (Culmb. Art) 30 „ 2.50  
Bierkellerei, gemälde, Geräd, Pfandb.,  
Bierkellerei Alexandrinerstr. 58.  
Telefon IV, 8171.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Hochleider  
**Robert Pohle**  
geboren ist. 154/9  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Bülowenstraße aus statt.  
Regelmäßige Teilnahme erwünscht.  
Die Ortsverwaltung.

Am 8. d. Mts. verstarb nach langem, ausdauerndem Leiden unser lieber Sohn und Bruder  
**Emil**  
im halb vollendeten 15. Lebensjahre.  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
**Emil Fischer**  
nebst Frau und Kindern.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Reichhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 40672

**Adntung! Genossen u. Kollegen! Adntung!**  
Ein herrliches Weihnachtsgeschenk bereitet Groß und Klein ein schön geschmückter Weihnachtsbaum. — Verleihen franko gegen Rücknahme von 5 M. oder vorheriger Einzahlung von 5 M.:  
**Zortiment I:** Enthält glänzende Glöken, Ballons, Schiffe, Uhren, Lyras, Frühföhren, Trompeten, verschiedene Arten Bögel, Kinderlärchen, fein übermalte Äpfel und Eier, glatte und bemalte, eine strahlende Baumkugel, Wärmelampfen, Hühner, Enten, Kälber, und Porzellanartikel, Beeren aller Art, 100 Stück fein verzierte Kränze, Kerzen, Kerzenhalter, Gläser, der kleine Cohn, Schneebälle, alles hochfeine verarbeitete Neuheit; hierzu eine Gratisbeilage: Eine große feinverzierte Trompete mit Stimmrohr.  
**Zortiment II:** Für 3,50 M.: Eine Fassung in sehr guter aufwendiger Ausführung mit Gratisbeilage. Einer Doppelherbst für 10 M. ebenfalls für 7 M.: für je zwei Mann wird wegen Porto-Entnahme extra etwas beigefügt. Auch verleihe größere Posten in Post- und Bahnhöfen an Händler, Vereine u. in jedem Quantum u. garantiere 1. volle Zufriedenheit. Bestellungen erbitte zu richten an **Genossen Guido Müller, Orts-Vertrauensmann, Lauscha S. M.**

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.  
**Sonntag, den 12. November:**  
**Pflichttour** für  
3. u. 4. Kl. nach Alt-Grünitz bei Esh. — Start: 2 Uhr Schillerstraße.  
27/11  
5. u. 6. Kl. nach Buch. — Start: 1 1/2 Uhr Grenzauerstraße, Ecke Danzigerstraße.  
**Rixdorf, Gswald Scholz, Bergstraße 141.**  
Kramatten, Handhufe, Wägel, Regenkleider, Spazierhüte, Schirmreparaturen und Bezüge.



**Empfehlen unser helles u. dunkles Tafelbier:**  
**Gambrinusbräu (Münchener)**  
**Nepomukbräu (Pilsener)**  
**Böhmisches Brauhaus NO.**  
Faß-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.  
Flaschen- „ Frieden-Straße 93. T. VII. 1670.  
Unsere Original-Abzug-Flaschenbere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen. 45101\*

**Große Betten 12 M.**  
(Oberst. Arbeit, post fassen) mit gereinigtem neuen Federbett von G. Roth, Berlin S., Prinzenstraße 46. Preisliste folgender. Viele Einzelverpackungen.  
**Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,**  
Spezialarzt für 29/14  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2-6-7. Sonntag 10-12, 2-4.

**Blutarmut**  
führt oft zu Schwindsucht und frühzeitigem Tod. Jeder Leidende sollte daher rechtzeitig und regelmäßig den **Santa-Lucia-Kraftrotwein, Fl. 1,50 und 2,00,** trinken. Am bekömmlichsten ist es, ein kleines Glas dieses Weines 1/2 oder 1/3 mit Wasser gemischt 1/2 Stunde vor jeder Hauptmahlzeit zu genießen. Steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschem. Dr. C. Bischoff. Käufl. in Apotheken, Drogen- u. Delikatgeschäften.

**3. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung vom 8. November 1905, vormittags.  
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.  
10 184 259 70 431 44 533 1084 306 92 566 710 77  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 5001 823 10001 51 99 982 13059 111 36  
251 62 80 326 27 494 664 738 15001 43 838 914 4051  
10001 351 430 547 907 87 5001 822 62 5019 210 64 476  
10001 873 94 970 6050 10001 128 244 474 540 10001  
778 833 7203 317 843 98 8145 784 925 82 86 9122  
1001 378 602 38 803 907 38  
10043 5001 105 50 292 337 50 602 4 27 723 81 936  
11029 5001 03 129 83 5001 273 397 787 009 12165 335  
688 786 67 50

# WARENHAUS A. WERTHEIM

## Herren-Garderobe

Winter-Paletots	dunkelgrau mit schmalen Streifen	24 Mk.
Winter-Paletots	einfarbiger grauer Cheviot	36 Mk.
Jackett-Anzüge	blau und schwarzer Cheviot	24 Mk.
Jackett-Anzüge	gemust. Cheviots mit klein. Muster	32 Mk.
Jackett-Anzüge	bräunlich gemust. Cheviots mit Karos	42 Mk.
Winter-Joppen	grau Lodenstoff mit Fancyfutter	6 Mk.

Winter-Joppen	grau oder grün meliert Loden	9 Mk.
Beinkleider	grau gestreifte Stoffe	4.75 Mk.
Beinkleider	dunkel gestreifte Stoffe	9.75 Mk.
Phantasie-Westen	in den neuesten Mustern u. Façons 1 reihig	8 Mk.
Phantasie-Westen	in den neuesten Mustern u. Façons 2 reihig	9 Mk.

Winter-Paletots dunkelgrau Cheviot, fein kariert **28** Mk.

Beinkleider praktische gezwirnte Stoffe, schmal und breit gestreift **7.50**

Winter-Joppen grau oder oliv meliert Loden **7** Mk.

Besonders preiswert, ein grosser Posten:

### Knaben-Anzüge

in blauen und farbigen Stoffen und verschiedenen Façons in 3 Sortimenten

Sort. I	Sort. II	Sort. III
für ca. 2-5 Jahr	für ca. 2-5 Jahr	für ca. 2-5 Jahr
<b>2.80</b> Mk.	<b>4.75</b> Mk.	<b>7.50</b> Mk.
für ca. 6-8 Jahr	für ca. 6-8 Jahr	für ca. 6-8 Jahr
<b>4.20</b> Mk.	<b>6.20</b> Mk.	<b>9</b> Mk.

### Knaben-Paletots

u. Pyjacks, dunkelblaue u. graue Cheviots in 2 Sortimenten

für ca. 2-5 Jahr	für ca. 2-5 Jahr
<b>4.75</b> Mk.	<b>7.50</b> Mk.
für ca. 6-8 Jahr	für ca. 6-8 Jahr
<b>6</b> Mk.	<b>9</b> Mk.

Knaben-Beinkleider aus besseren Herrenstoffen für ca. 3-10 Jahre **1.90**

## Herren-Artikel

Glacé-Handschuhe „Union“	farbig, Dr.-ckknöpfe	1.45	Oberhemden	mit Leinen-Einsatz	2.40, 3.25	Krawatten	mod. Formen u. Farben	Regattes	45, 75, 90 Pf.
Glacé-Handschuhe „Sport“	2 Druckknöpfe, Stepper	1.95	Oberhemden	farbig Perkal mit Manschetten	2.50 3.40	Krawatten	„Plastrons“	40, 90 Pf., 1.40	
Glacé-Handschuhe „Derby“	1 Druckknopf, Halstopper	2.50	Oberhemden	mit weissem Piqué-Einsatz	4.50	Kragenschoner	(Halb-Cachenes) weiss-seiden	90 Pf. u. 1.60	
Chevreau-Handschuhe	2 Druckknöpfe	3.50	Kragen	moderne Formen Leinen vierfach	Dtz. 3.60, 5.40	Filzhüte	Haarfilz, steife u. weiche Form	4.25	
Juchten-Handschuhe	2 Druckknöpfe, Stepper	3.50	Manschetten	Leinen vierfach	Dtz. 6 Mk., 6.60	Regenschirme	halbseiden.	2.90 u. 4.90	
Wildleder-Handschuhe	2 Druckknöpfe grau, braun	3.25	Krawatten	moderne Formen u. Farben	Schleifen 35, 45, 75 Pf.	Regenschirme	reinseiden, mit Futteral	4.90, 7.75	

### Trikotagen, Strümpfe

Herrensocken	reine Wolle, gewebt, schwarz oder naturfarbig	75 Pf., 1.10 Mk.
Herrensocken	gestrickt, grau oder braunmeliert	55, 85 Pf., 1.10 Mk.
Herren Normalhemden	Vigogne	1.50, 1.60, 1.75 Mk.
Herren Normalhemden	Halbwolle	klein 3 Mk., mittel 3.25, gross 3.50 Mk.
Herren Beinkleider	Vigogne	1.70, 1.90, 2.10 Mk.
Herren Beinkleider	Vigogne mit Ueberschlag	2.70, 2.90, 3.25 Mk.
Jagdwesten, Jagdgamaschen, Jagdstrümpfe		

### Schuhwaren

Herren-Box-Calf-Schnallenstiefel		10.50
Herren-Box-Calf-Schnürstiefel		11.25, 13 Mk.
Herren-Besatz-Zugstiefel	Box-Calf	13 Mk., Chevreau-leder 13.75
Herren-Chevreau-Schnürstiefel		14 Mk.
Herren-Schnürstiefel	Lack-besatz	13.50 Wichskalbled.-Besatz 14 Mk.
Herren-Zugstiefel	Lack-besatz	13 Mk. Wichskalbled.-Besatz 13.75
Herren-Rossleder-Schnürstiefel		7.75
Herren-Rossleder-Zugstiefel		7 Mk., Rosspiegel-led., gewalzt 8.50
Knaben-Schnürstiefel	Rossleder	6.35 Box-Calf 8 Mk.



**Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68**  
Lindenstr. 69, Laden.

Gute Bücher zu billigen Preisen zu erwerben ist jetzt Gelegenheit  
Wir liefern:

**Die französische Revolution von 1789 bis 1804.**  
Vollständige Darstellung der Ereignisse und Zustände von  
B. Pios anstatt 5,50 M. jetzt 5,- M.

**Geschichte der französischen Revolution von 1848**  
und der zweiten Republik. Vollständig dargestellt von  
L. Héritier anstatt 6,50 M. jetzt 5,- M.

**Die deutsche Revolution von 1848 und 1849.**  
Geschichte der deutschen Revolutionsbewegung dieser Zeit. Dar-  
gestellt von B. Pios anstatt 5,70 M. jetzt 5,- M.

**Der Mensch und seine Rassen** von B. Langhavel  
anstatt 5,50 M. jetzt 5,- M.

**Die Geschichte der Erde** von R. Bommeli  
anstatt 5,90 M. jetzt 5,- M.

**Die Pflanzenwelt** von R. Bommeli  
anstatt 5,50 M. jetzt 5,- M.

**Die Tierwelt** von R. Bommeli  
anstatt 7,10 M. jetzt 5,- M.

**Die Wunder des Kosmos** populär dargestellt v. D. Köhler  
anstatt 5,50 M. jetzt 5,- M.

**Weltschöpfung und Weltuntergang** populär dargestellt von  
D. Köhler anstatt 4,75 M. jetzt 4,25 M.

Sämtliche Bücher sind in Prachtbänden gebunden. Der  
Zert ist durch zahlreiche Illustrationen und vielen farbigen  
Tafeln veranschaulicht und erläutert.

**Kein Laden. Diese hervorragende Sumatra-Zigarre kostet pro**

**100 Stück Mk. 4,50.**



**Aurora**

außerdem empfehle ich als ganz besonders beliebt:

Don Pedro . . . . . 2.50 Mk.	Mexico-Ausschuß . . . . . 4.50 Mk.	No. 54, Vorstentanden 5.- Mk.
London Decks, Sumatra 3.-	Lafestas, Sumatra . . . . . 4.50	Perla Mexicana, grau . . . . . 6.-
Dulcia, Sumatra . . . . . 3.75	St. Felix-Brasil . . . . . 5.-	El Ministro, Sumatra . . . . . 6.-
Aurora, Sumatra . . . . . 4.50	la Mexico, grau . . . . . 5.-	El Contoda, Brasil . . . . . 6.-
Impresso Brasil . . . . . 4.50	National Sumatra . . . . . 5.-	Santa Rosa Sumatra . . . . . 6.-

**Auswahlkistchen zu 3.20 Mk.** enthaltend je 10 Stück von 5 verschiedenen Sorten  
zu 5.00—7.00 u. 8.00 Mk. per 100 Stück.  
Zigaretten von 1.00 Mk. per 100 Stck. an. **X** Zigarillos von 2.50 Mk. per 100 Stck. an.  
Versand nach auswärtig gegen Nachnahme. — 300 Stück portofrei. — Preisliste gratis u. franko.

**Reinhard Hellmich, Engros-Lager, Berlin, Behren-Strasse 52.**  
Kein Laden. — Eingang im Flur rechts. — Kein Laden.

**Blitz-Schnell**  
kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72,  
Station im Hause. Empfiehlt:  
**1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,  
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,**  
auch für forpulenten Herren passend.  
Dieselben sind von feinen Cavalieren und Reiternden, die nur einen  
Monat ihre Garberobe tragen. 39062\*  
Fahrgeld wird vergütet. • Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Feine Pelzwaren Stolas-Jacketts**  
in vorzügl. Ausführung, jebr. preiswert.  
57 Leipzigerstr. 57 Hof  
neben den Kolonnaden.  
**Kein Schaukasten!**

**H. Zimmermann**  
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206  
Gold- und Silberwaren-Fabrik,  
Uhren-Großhandlung. 41221\*  
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.  
Streng reell. — Billigste Preise.

4894L\*  
**Ein Riesenposten Mocketplüsch**  
130 Cmt. Meter von 4 65  
breit, a Mk. 2,30  
haltbarster buntfarbiger Möbel-  
stoff. Reste spottbillig!  
Proben franko.  
**Teppichhaus**  
**Emil Lefèvre,**  
BERLIN Oranienstr. 158.

Herrentragen, rein Veln. 4f.  
beste Qualität. Dk. M. 3 u. 3.50.  
Manschetten, prima. 4f. 4h  
1/2. Dk. M. 1,80 und 2,25.  
Servietten, größte Auswahl  
Stück von 30 Pf. an.  
Krawatten, Handtücher,  
Hosenträger, Taschentücher,  
Gembden, Strümpfe etc.  
Detailverkauf zu Engros-Preisen.  
**Ernst Marcuse**  
23. Münzstraße 23.



**Josetti Cigaretten**  
Erstklassige deutsche Fabrikate.

**Gewinn**  
Lose der königl. Preussischen  
Lotterie zahle sofort aus  
**Heinrich Kron, Bank-u. Lotterien-  
geschäft, Alexanderstr. 51.**

**Kleine Anzeigen.**

**Verkäufe.**  
Gardinenhand Große Frankfurter-  
straße 9, parterre. 14  
Deckbett, Unterbett, Kissen mit  
glattrottem Anlett, zusammen 10,50,  
nur (Pflandstraße) Andreadstraße 38. \*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Nähmaschinen.** Vergüte bis 10,00,  
wer kauft oder nachweist, ohne An-  
zahlung. Woche 1,00. Köpfer-  
straße 69/61, Große Frankfurter-  
straße 43, Kreuzgasse 59/60. \*

**Herrenanzüge, Winterpaletots,**  
wenig getragene Monatsgarberobe von  
5 Mark an, große Auswahl, für jede  
Figur, auch neue, elegante, nicht ab-  
gelebte Paletots, Paletots, Kube-  
betten 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Stahl aller Art, Schmiedestücken.**  
Eventuell werden größere Bestände  
vergeben. Angebote unter Aufsicht  
L. 5116 an Rudolf Mosse,  
Köln. 55/12

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

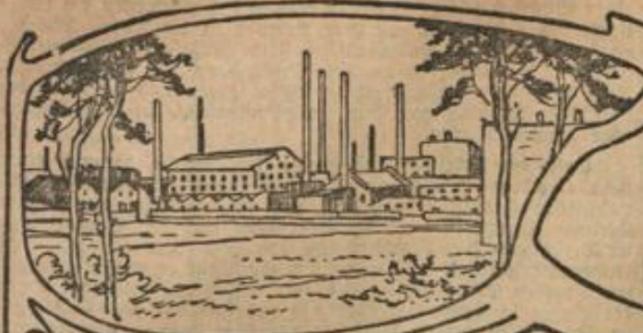
**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

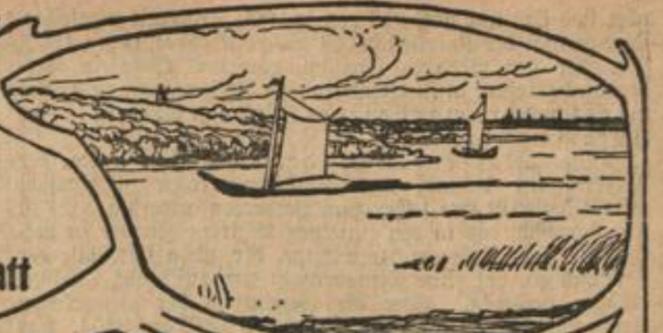
**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino 27,00, Ausbleich 16, Wäb-  
erstücke mit Federmatratze und  
Kissen 36, Tischensofa 50, Pfland-  
straße 70, Wäbhollette 20, Kube-  
bett 25, ganze Einrichtungen billig.  
Transport frei. 55/7\*

**Wäbchverkauf** in meiner Wäb-  
fabrik Bahlstraße 90/81, nahe Spittel-  
markt. Infolge des großen Umzugs  
befinden sich am Lager viele zurück-  
gebliebene und verlebene gewebene Wäb-  
er, die wie neu sind. Kleiderpland,  
Berlino



# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 264. Freitag, den 10. November 1905.

Inserate Sechsgelaltene Kolonelleile 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Zur Lokalliste. Grünau.** Am Sonnabend, den 11. November, findet im Lokale von Buchholz ein Matrosen-Abchiedsfranzchen statt, zu welchem versucht wird in Arbeiterkreisen Willetts abzugeben. Da dieses Lokal zu Versammlungen und nicht zur Verfügung steht, weist man dieselben zurück.

**Grünau.** Der Wahlverein hält am Sonnabend, den 11. Nov., abends 9 Uhr, im Lokale des Genossen Franz, Köpenickerstr. 88, seine Generalversammlung ab, in der der gesamte Vorstand neu gewählt werden soll. Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist notwendig.  
Der Vorstand.

**Wahlsdorf.** Sonnabend, den 11. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Bernese, Hönowerstr. 6, eine Mitgliedsversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht: Vortrag über das Erfurter Programm und Diskussion.

**Treptow-Baumhulsenweg.** Morgen, Sonnabend, den 11. November, feiert der Wahlverein sein neuntes Gründungsfest, verbunden mit Musikkonzert, in Speers-Residenz, Baumhulsenstr. 78. Das Programm verspricht einen recht gemächlichen Abend und es ist wohl zu erwarten, daß bei dem billigen Eintrittspreis von 40 Pf. inklusive Tanz sich die Parteigenossen mit ihren Familien recht zahlreich daran beteiligen. Das Konzert beginnt Punkt 9 Uhr. Willetts sind noch in dem mit Plakaten belegten Geschäften sowie bei den Bezirksführern zu haben. Das Komitee.

**Königs-Wupperhausen.** Am 12. November, nachmittags 4 Uhr, findet die Wahlvereinsversammlung im Lokale des Genossen Herrmann in Niederlehne, Restaurant „Velleue“, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wahl eines 1. Vorsitzenden. 2. Vortrag des Genossen Böse. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Vereinsangelegenheiten.

Da Genosse Böse über das Organisationsstatut für Groß-Berlin referiert, ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, pünktlich zu erscheinen.

**Vorgsdorf-Binnow.** Am Sonntag, den 12. d. M., nachm. 3 Uhr, findet bei Vorgsdorf eine öffentliche Versammlung in Binnow statt, in der Genosse Albert Schmidt einen Vortrag über: „Landarbeiter und Sozialdemokratie“ halten wird. Da es uns nicht möglich war, einen Saal in Vorgsdorf zu bekommen, so werden die dortigen Parteigenossen ersucht, kästig für diese Versammlung zu agitieren.  
Der Vertrauensmann Bezirk Weissenfee.

## Vorort - Nachrichten.

### Weissenfee.

Aus der Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung wurde der Antrag der Großen Berliner Straßenbahn auf Verlängerung der Konzession um 90 Jahre abgelehnt, gemeinsam mit anderen Vororten soll versucht werden, den Plan der Großen Berliner zu verhindern. Gerade Weissenfee wird von der Straßenbahngesellschaft in punkto Verbindung mit der Großstadt so schief behandelt, daß das Verlangen als dreifach bezeichnet werden kann. — Die Errichtung einer Schul-Turnhalle wurde in einer vorübergehenden Sitzung davon abhängig gemacht, daß die Gemeinde das freie Selbstbestimmungsrecht außer über den Bau und das Gebäude auch bezüglich der Benutzung behält. Daraufhin ist von der Regierung die Mitteilung eingegangen, daß sie von den ergangenen ministeriellen Anordnungen eine Ausnahme nicht machen kann. Die bekannte Verfügung vom Jahre 1817 mußte herhalten, wonach die Verwendung oder Ueberlassung der für Elementarschulen bestimmten oder hergestellten Gebäude, Grundstücke, Räume (darunter auch Turnhallen) durch die Gemeinde zu anderen Zwecken wie denen des öffentlichen Unterrichts der vorgängigen Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde bedarf. Die bürgerliche Mehrheit konnte sich nicht verstehen, gegen diese veraltete Verordnung zu protestieren, sondern will erst den Bau vollenden und dann versuchen, doch das Selbstbestimmungsrecht zu erhalten. Diese Behandlung der Sache hat weiter keinen Zweck, als sie der Vergessenheit zu übergeben, wenn unsere Parteigenossen nicht auf dem Posten sind. — Die Jahresrechnung der Fortbildungsschule für 1904 wurde entgegen genommen und Entlastung erteilt. Die Einnahme und Ausgabe schließt ab mit 4005,55 M. — Die Anlage auf dem Nieslande, welche die Gemeinde eine ungeheure Summe Geldes kostete, funktioniert seit längerer Zeit nicht mehr und kann getrost als Schutthaufen bezeichnet werden, die Müllerei an derselben hört nie auf. Von der Regierung sind verschiedene schon Verweise an den Gemeindevorstand gekommen, ohne aber Mittel zur Verfügung zu stellen, um dem Uebelstande abzuhelfen. Die Gemeinde ist gezwungen, weiteres Niesland zu kaufen und kann solches nur in weiter Entfernung erlangen, da Berlin mit seinen Nieslandbereichen davor liegt. Die Sanalisierung des ehemaligen alten Ortsteiles wird daher wohl so bald noch nicht in Angriff genommen werden. — Die Uebertragung des Nachtwachdienstes an die Berliner Wache und Schließgesellschaft wurde abgelehnt. — Für die Entschädigung des zweiten Vorsitzenden des Gewerbegerichts war bisher eine Summe von 800 M. in den Etat gelegt. Im vergangenen Jahre hatte derselbe nur vier Sitzungen geleitet und es erschien daher die Summe zu hoch. In Zukunft sollen für jede Sitzung 10 M. Entschädigung gezahlt werden.

**Zu den Gewerbegerichtswahlen.** Am Sonntag, den 19. November, nachmittags von 1 bis 3 Uhr, finden die Wahlen der Arbeitnehmer-Beisitzer zum hiesigen Gewerbegericht statt. Zum Zwecke der Agitation wird am Sonntag, den 12. d. M., früh um 7 1/2 Uhr, ein Flugblatt verbreitet und zwar von folgenden Lokalen aus:

1. Bezirk: Paul Helmke, Brauhäuserstr. 25.
  2. Konrad Stolle, Lehdorferstr. 27.
  3. Wilhelm Samsug, König-Chaussee 38.
  4. Wilhelm Hele, Straßburgstr. 29.
  5. Dugo Sorrer, Straßburgstr. 58.
- Alt-Weissenfee: Café Rettig, Berlinerstr. 11.

In diesen Lokalen und bei Content, Lehdorferstr. 5, sind ebenfalls Wahllegitimationen zu haben. Wir ersuchen die Genossen, sich recht zahlreich daran zu beteiligen, damit diese Verbreitung recht schnell vor sich geht. Keiner darf fehlen!

Alle Anfragen sind zu richten an Max Schröder, Verlängerter Sedanstr. 46a, III.  
Alle noch ausstehenden Sammellisten müssen nunmehr baldigst abgerechnet werden. Das Gewerkschaftsamt.

### Schöneberg.

Gegen 72 Meldungen sind für den ausgeschriebenen zweiten Bürgermeisterposten eingelaufen, darunter befindet sich auch die des Kandidaten Blankenstein, der bereits für seine Person in „geeigneter“ Weise Stimmung zu machen sucht und es nicht verschmäht, auch bei sozialdemokratischen Stadtverordneten seine „Aufwartung“ zu machen. — Für den neugeschaffenen Kammerposten, zu welchem auch von verschiedenen hiesigen Stadtverordneten Meldungen eingegangen sind, scheint der bisherige Rechnungsdirektor Raschowitz die meiste Aussicht zu haben.

Am Dienstag, den 7. November, fand bei Ost, Weiningerstr. 8, eine Sitzung der Schöneberger Gewerkschaftskommission statt. Der Ausschuss gab den Bericht von den beiden Versammlungen der Berliner Gewerkschaftskommission, in welchen die Elektro-Aussperrung zur Verhandlung stand. In der Diskussion wurde hauptsächlich die bei der Aussperrung eingeschlagene Taktik bemängelt. Die Delegierten waren der Meinung, daß mit der Arbeitseinstellung der Maschinen und Feizer nicht so lange gezögert werden durfte. Ueberhaupt hätte man von vornherein den Unternehmern schlagfertiger entgegenzutreten sollen. Besonders gemißbilligt wurden die in den beiden Werken herrschenden Mißverhältnisse unter den in Frage kommenden Gewerkschaften, wie sie von einem Diskussionsredner in der Versammlung der Berliner Gewerkschaftskommission geschildert worden sind. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß in den Betrieben eine Organisation von den Maßnahmen anderer nichts wisse. Wenn auch die Metallarbeiter in diesen Betrieben durch ihre Organisation am stärksten vertreten seien, so wären sie dennoch verpflichtet, den anderen in Betracht kommenden Gewerkschaften von ihren in Aussicht genommenen Lohnbewegungen davon Kenntnis zu geben. Sämtliche Gewerkschaftsvertreter, welche in der Versammlung der Berliner Gewerkschaftskommission das Wort genommen hätten, hätten dieses Verfahren der Metallarbeiter gerügt, hoffentlich beherzigten dieselben die Rüge.

Einen weiteren Gegenstand der Beratung bildeten die bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen, welche in der ersten Januarwoche nächsten Jahres stattfinden. Die Delegierten wurden beauftragt, in ihren Gewerkschaftsversammlungen dazu Stellung zu nehmen. Der Obmann ersuchte, ihm die aus den verschiedenen Bezirken vorgeschlagenen Kandidaten bis spätestens den 28. November bekannt zu geben.

Nach den Gewerbegerichtswahlen soll ein wissenschaftlicher Vortrag für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Schönebergs gehalten werden.

Es fehlten in dieser Sitzung die Vertreter der Schuhmacher und Glaser.

Alle diejenigen, welche noch im Besitz von Listen für die Elektro-Aussperrten sind, werden ersucht, dieselben so schnell als möglich abzurechnen beim Obmann der Schöneberger Gewerkschaftskommission, dem Genossen Karl Henkel, Prinz-Georgstr. 4, Quart. II.

### Lichtenberg.

Bilder aus der „schönsten der Welten“ produziert unsere Ortszeitung — das Organ der „Gebildeten“ — ihren Lesern in folgender gemütvollen, anschaulichen Weise: „Ein beliebtes Afl für Obdachlose ist die Röhre Scheune in der Rittergutsstraße. Fast allnächtlich treibt sich dort Gefindel umher. Unsere Polizei hat sich daher veranlaßt gesehen, dort eine Razzia abzuhalten. In der vorigen Nacht wurden dabei neun Personen aufgegriffen und nach dem Polizeigefängnis gebracht, während in der letzten Nacht wieder sechs Obdachlose dabeilbst aufgefunden wurden.“ — „Erhängt hat sich an dem Baum des Georgischen Grundstückes in der Pfarrstraße ein in den mittleren Jahren stehender Mann, der als Tischler aus Berlin, in der Saarbrückerstraße wohnhaft, rekonvalesziert wurde. Dem Unglücklichen, der einen Aufnahmestrich für ein Krankenhaus bei sich trug, soll die Furcht vor unheilbarem Siedtum in den Tod getrieben haben.“ — „Daß die Gemeinde und die von Besitz und Bildung“ ihre sozialen Pflichten für die Hungernden und frierenden Obdachlosen vernachlässigen, indem sie für keine Unterlunsträume sorgen, davon schreibt das Blättchen kein Wort. — Und daß in gleicher miserabler Lage die Kranken des Ortes daran sind, nichts von alledem! Dafür fehlt aber nicht die „bedeutsame“ Nachricht, daß ein Vertreter der Kaiserin an einem Musikonzert am Orte teilgenommen habe und daß nun vorgegangen werden soll gegen die Gewohnheit, den Wein beim Abendmahl aus einem gemeinsamen Reih zu trinken. Nimmt man hierzu die Wochenzettel aus dem Bureau des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ und die wohllosen, oft wörtlich abgedruckten Artikel der Kreisblätter, so hat man ein Bild davon, wie die Abkommen dieses Blattes und die Ortsblätter überhaupt mit „geistiger“ Kost versorgt werden.“

### Charlottenburg.

**Wahlung, Krankenkassenwahl!** Die Mitglieder der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs werden hiermit aufgefordert, sich an den am Sonntag, den 12. November er., vormittags von 10—12 Uhr im großen Saale des Volkshauses stattfindenden Delegiertenwahlen der Arbeitnehmer recht zahlreich zu beteiligen. Alle diejenigen, die noch nicht im Besitze einer Legitimation für die Wahl sind, bitten wir, sich solche im Bureau der Kasse, Rosinenstraße 3, vorn I. sei es auf schriftlichem oder mündlichem Wege so schnell wie möglich ausstellen zu lassen.  
Der Ausschuss der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

### Hudow.

Ein seltsames Schauspiel bot sich kürzlich den Einwohnern unseres Ortes dar. Hatte da ein Gefangener, dem nur Leute der sogenannten besseren Gesellschaft angehören, kein Stiftungsfest. Natürlich ging es dabei hoch her, denn diese edlen Sangesbrüder können sich schon mal etwas leisten. Am dem Feste aber eine Art höherer Weise zu geben, waren dazu auch eine Anzahl Unteroffiziere der Potsdamer Garnison eingeladen worden, deren Bekanntschaft die Herren und — Damen des Vereins während der Einquartierung im letzten Winter hier selbst gemacht hatten. Bald befand sich die Gesellschaft in gehobener Stimmung. Die feuchtfröhlichen Lieder sowie die verführerische Nähe der schneidigen Marschmänner mußten einen recht bedenkliden Latenzdang in der patriotischen Mannesbrust der braven Sänger erweckt haben. Am Ru war der sonst so peinlich gewachte Unterschied zwischen Zivil und Militär verwischt. Wie in einer ausgelassenen Rastlade häupten schließlich die Sänger mit angezogenen Uniformstücken und die Unteroffiziere mit Sporen und Hülinterhüten umher. Dann gieng im Sturmschritt nach einem Gasthof, der jedenfalls als Festung gedacht war. Diese Burg galt es zu stürmen. Höchstkommandierender war ein ehrsamer Bürgermann, der angeht mit Mants und Zylinderhut, auf einem Stode

reitend, den blanken Kavalleristenfädel schwaung. Rärmend und großblend setzte die Kolonne dann zur Attade an, und heidi gieng durch die Fenster ins Lokal, zum Gaudium der Dorfjugend. Bis jetzt hat man noch nichts davon gehört, daß gegen die Veranstalter dieses modernsten Kriegsspiels Anzeige wegen „ruhestörenden Lärms“ oder „groben Unfugs“ erstattet worden sei. Polizei bemerke man überhaupt nicht. Handelt es sich jedoch um eine harmlose Festlichkeit eines Arbeitervereins, wie jüngst bei dem Arbeiter-Madfabrikervergügen, dann werden wer weiß wie viele Genbarmen angemengezogen, damit im Dorf „nichts Böses geschieht“.

### Rüdersdorf.

Einem Raubanfall auf offener Landstraße ist der Bauunternehmer Fritz Schäfer aus Kallberge-Rüdersdorf zum Opfer gefallen. Er befand sich auf dem Wege von Woltersdorf, woselbst er einen Bau leitet, nach seinem Wohnorte in der Nähe des Kallfrees, als plötzlich aus dem Walde zwei Männer hervortraten und mit Sch. einen Streit herbeizuführen versuchten. Da der Bauunternehmer aber keine Antwort gab und ruhig weiter gieng, schlugen die Wegelagerer mit Mitteln auf den Passanten ein, bis dieser besinnungslos zusammenbrach. Dann versuchten sie ihn zu berauben, wurden jedoch hierbei von Perionen gestört, die von Woltersdorfer Schleuse kommend sich nach den Kallbergen begaben. Die Hinzugekommenen brachten Schäfer nach seiner Wohnung. Die ihm von den Straßenräubern angefügten Verletzungen erwiesen sich glücklicherweise als nicht gefährlich.

### Teltow.

Eine sehr gut besuchte Wählerversammlung fand am Sonntag, den 5. November, im Lokale des Herrn Pflenzhagen statt. Genosse Groger hielt einen Vortrag über Kommunalpolitik, in dem er die in vielen Gemeinden herrschende Mißwirtschaft einer herben Kritik unterzog. Diernach erstatteten unsere Vertreter im Stadtparlament Bericht über ihre bisherige Tätigkeit, die zeigte, daß in den letzten Jahren doch schon manche Aenderung und Verbesserung eingetreten sei. Als Kandidat zur Stadtverordnetenwahl wurde der Maurer Genosse Karl Gensert aufgestellt. Dann gab Genosse Krüger bekannt, daß die Wahl am 20. November, nachmittags von 4 bis 5 1/2 Uhr, für die dritte Abteilung stattfindet. Zum Schluß forderten der Referent als auch die Stadtverordneten nachmals auf, Mann für Mann dem sozialdemokratischen Stadtverordneten-Kandidaten ihre Stimme zu geben und pünktlich 4 Uhr zur Stelle zu sein.

### Mühlenbeck.

Am Sonntag, den 20. Oktober, hielt der Wahlverein eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse D. Jaed über „Partei und Gewerkschaft“ referierte. Nach einer kurzen Diskussion forderte der Referent zum Eintritt in den Wahlverein und zum Abonnement auf unsere Parteipresse auf.

### Fredersdorf a. d. Ostbahn.

„Christentum und Sozialdemokratie“ war das Thema, über das am Sonntag, den 5. November, der Reichstags-Abgeordnete Adolf Hoffmann im Saale der Frau Große einen Vortrag hielt. Die zur Versammlung eingeladenen Prediger waren nicht erschienen, sie hatten sich aber damit entschuldigt: Sie seien von der an dem betreffenden Sonntage stattfindenden Reformationsfeier sehr in Anspruch genommen und auch sonst von „ihrer Arbeit“ sehr ermüdet. Mitgeteilt wurde in der Versammlung, daß der Fredersdorfer Prediger am Vormittage in der Bibelstunde auf die Versammlung hingewiesen hatte. In der Diskussion wurde darauf aufmerksam gemacht, daß unsere Presse noch viel zu wenig gelesen würde und zum Abonnement aufgefordert, auch wurde die Notwendigkeit betont, sich einer Organisation anzuschließen. Nach einem ansehnlichen Schluswort des Referenten wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Noch nie haben wir eine solch gut besuchte Versammlung in unserem Bezirk gehabt, hoffentlich trägt sie reiche Früchte. Zu einem würdigen Verlauf trug der Gesangsverein „Freie Sänger zu Fredersdorf“ durch Vortrag einiger Arbeiterlieder bei.

## Berliner Nachrichten.

### Wie die Liberalen sich totfügten.

Die Berliner Stadtverordneten-Wahlen der dritten Abteilung haben, wie das in unserer Donnerstagsnummer mitgeteilte Ergebnis zeigt, dem Freisinn wiederum eine empfindliche Schlappe gebracht. Von den acht Mandaten, die er diesmal zu verteidigen hatte, hat er in dieser Hauptwahl nur ein einziges zu retten vermocht. Um vier andere muß er noch in einer Stichwahl mit der Sozialdemokratie kämpfen, und die übrigen drei hat er gleich in der Hauptwahl an die Sozialdemokratie verloren. Das ist das ähner Bild des Mißerfolges, den die Freisinnigen trotz aller Agitation gehabt haben. Will man die ganze Größe ihrer Niederlage ermessen, so muß man die Stimmenergebnisse betrachten.

Von den achtundvierzig Wahlbezirken dritter Abteilung nahmen sechzehn an der Wahl teil — dieselben, die zuletzt vor sechs Jahren gewählt hatten. Damals umfaßten sie 101 170 Wahlberechtigte, diesmal wurden in ihnen 110 904 Wahlberechtigte gezählt. In einzelnen Bezirken hat die Zahl der Wahlberechtigten sich verringert, in anderen hat sie sich um so stärker erhöht, so daß die Gesamtzahl beträchtlich stelte sich damals auf 33 748 (= 33 1/2 Proz. der Wahlberechtigten), diesmal auf 41 254 (= 37 Proz. der Wahlberechtigten). Die Beteiligung an der Wahl war jetzt reger als vor sechs Jahren.

Wie steht es nun um das Stimmergebnis der Liberalen? Im Jahre 1899 hatten sie 12 089 Wähler für sich herausgeholt, bei der Wahl von 1905 konnten sie nur noch 8859 Getreue zusammenzotrommeln. Der Unterschied beträgt 3230 Mann, macht ungefähr 27 Proz. gegen 1899. Man sieht, wie sehr die Stimmen für den Liberalismus sich vermindert haben, obwohl die Gesamtzahl der Wahlberechtigten und der Wähler gestiegen ist. An der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen war der Liberalismus im Jahre 1899 mit 358 von je 1000 Stimmen beteiligt, jetzt

aber sind ihm nur noch 215 von je 1000 Stimmen zugefallen. Hier beträgt der Unterschied 143, macht 40 Proz. gegen 1899. Wie hat der Berliner Freisinn vor der Wahl in Versammlungsdreden, in Flugblättern und Redaktionen re-nom-miert und bromabasiert! Und nun dieser völlige Zusammenbruch!

Die „Massenflucht der Wähler“, die der Freisinn für diesmal ums Sozialdemokraten in Aussicht gestellt hatte, ist ihm selber zum Verderben geworden. Es ist sehr lehrreich, das in den einzelnen Bezirken genauer zu verfolgen. Herr Rosenow der Einzige, der allein Gewählte der Freisinnigen, hat seine Stimmenzahl von 1288 auf 1354 zu erhöhen vermocht. Aber die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen stieg in seinem 19. Bezirk von 1842 auf 2454. Vor sechs Jahren hatte Rosenow volle zwei Drittel aller Stimmen, diesmal hat er nicht viel mehr als die Hälfte. Wieviel wird er in abermals sechs Jahren haben? Im 20. Bezirk trug vor sechs Jahren der Freisinn mit 1143 von 2133 Stimmen noch den Sieg davon, diesmal ist er nur bis auf 937 von 2115 Stimmen gekommen und hat den Bezirk verloren. Im 16. Bezirk hat der Freisinnige, der damals mit 1131 von 2020 Stimmen noch die Mehrheit erzielte, jetzt mit 730 von 1935 Stimmen nicht viel mehr als ein Drittel herausgeholt und kehrt nicht wieder ins rote Haus zurück. Im 3. Bezirk hatte Herr Dornes vor sechs Jahren mit 865 von 1512 Stimmen noch recht fest im Sattel gesessen. Diesmal hat er es nur auf 483 von 1318 Stimmen gebracht, so daß er schon durch die Hauptwahl weggeegert wurde. Im 26. Bezirk unterlag der Freisinn im Jahre 1899 mit annähernd einem Viertel aller Stimmen, 648 von 2860. Im Jahre 1905 durfte er sich 628 von 6536 büßen, das ist kein Gehntel mehr. Der 27. Bezirk hatte den Freisinn damals noch mit einem vollen Drittel aller Stimmen, 784 von 2106, heimgeschickt. Jetzt hat der Verbandstascher Klein, der das Girsch-Dundersee Banner hochhält, kein Viertel mehr herausgeholt. Und so geht das weiter. Dabei hatte in verschiedenen Bezirken die Bürgerpartei diesmal gar keinen eigenen Kandidaten mehr aufgestellt, was dem Freisinn gewiß noch manche Stimme von dort her zugeführt hat. Außerdem hatte die Zentrumspartei in mehreren Bezirken direkt die Freisinnskandidaten empfohlen. Und dennoch hat der Freisinn fast überall bedeutende Verluste!

Von besonderem Interesse sind die vier Bezirke, in denen noch eine Stichwahl vorzunehmen ist. Im 1. Bezirk hatte 1899 der Freisinn mit 795 von 1273 Stimmen noch fast zwei Drittel, jetzt hat er mit 613 von 1336 Stimmen nicht mehr die Hälfte behalten. Im 30. Bezirk errang vor sechs Jahren der Freisinn mit 1145 von 2121 Stimmen noch die Mehrheit, jetzt hat er mit 742 von 2127 Stimmen gerade ein reichliches Drittel geschafft. Da wird die Bürgerpartei dem Cassel-Freisinn, den sie vor der Hauptwahl so kräftig beistimmt hat, in der Stichwahl wohl wieder Hand langer dienen zu leisten müssen. Im 6. Bezirk hat der Liberalismus noch einen absoluten Rückwärt zu erreichen vermocht, relativ ist aber auch hier ein Rückgang zu verzeichnen. Vor sechs Jahren hätte der Liberalismus diesen Bezirk mit 677 von 1362 Stimmen beinahe noch in der Hauptwahl erobert, jetzt ist dort Herr Menzel, der „alleinige Kandidat der Liberalen“, mit 759 von 1626 Stimmen in eine für ihn nicht mehr besonders günstige Stichwahl gekommen. Noch schlechter hat im 7. Bezirk Herr Müstein, gleichfalls „alleiniger Kandidat der Liberalen“, abgemessen. Vor sechs Jahren war er wenigstens noch mit 816 von 1866 Stimmen in die Stichwahl gekommen, diesmal hat er es nur noch auf 661 von 1985 Stimmen gebracht. Menzel und Müstein wurden in Müsteins „Morgenpost“ noch am Wahltag als „sozial-fortschrittlich“ empfohlen. Von ihren Wahlkomitees ließen sie sich, wie gesagt, als „alleinige Kandidaten des Liberalismus“ anpreisen. Für die Stichwahl werden sie sich wohl, gleich den Freisinnskandidaten Giese und Rettig vom 1. und 30. Bezirk, in „Kandidaten des gesamten Bürgertums“ verwandeln, auf daß auch ihnen die Bürgerpartei mitleidig die Kräfte reichlich, mit der sie dem „glänzenden Sieg“ entgegenzuhumpeln gedenken. In dem Zusammenbruch des Liberalismus, den die Hauptwahl gebracht hat, wird nichts geändert — wie auch der Stichwahlkampf, in den unsere Parteigenossen mit aller Energie eintreten werden, enden möge. Der Liberalismus hat in Berlin abgewirksam — das haben die Reichstagswahlen längst gezeigt, und das zeigen immer deutlicher auch die Kommunalwahlen. Den Vormarsch der Sozialdemokratie, deren Stimmenzahl bei den Kommunalwahlen der Jahre 1899 und 1905 von 18 599 auf 30 681 (!) gestiegen ist, wollen wir gleichfalls noch beleuchten.

#### Der Trost der Durchgefallenen.

Warum der Berliner Freisinn bei den Stadtverordneten-Wahlen dritter Abteilung durchfiel, darüber stellen freisinnige Wähler wieder die üblichen Betrachtungen an. Immer und immer wieder ist es die „Gleichgültigkeit“ und „Zölnahmelosigkeit des Bürgertums“, denen solche Mißerfolge zugeschrieben werden. Ausführungen dieser Art begreifen wir beispielsweise in der „Kölnischen Zeitung“, dem Organ des Kommunal-Freisinn. Gewiß, es ist glaubhaft, daß der Freisinn eine ganze Menge Stimmen mehr aufgebracht hätte, wenn alle seine Anhänger wählen gegangen wären. Aber die Niederlage vom Mittwoch ist über den Berliner Freisinn geradezu mit der Wucht einer Katastrophe hereingebrochen. Mit hoher Paulheit, die den Gang zum Wahlfeld schon, kann dieses Wahlergebnis denn doch nicht erklärt werden. Es hat aber seinen guten Grund, daß so viele, die früher zum Liberalismus hielten, heute keine Hand mehr für ihn rühren mögen. Sie bleiben der Wahl fern, weil sie zu der Einsicht gekommen sind, daß der Liberalismus das Vertrauen nicht mehr verdient, das Berlin ihm einst entgegenbrachte.

Mit demselben Trost, wie das Freisinnblatt, suchen auch die bürgerparteiliche „Staatsbürger-Zeitung“ und das Zentrumorgan „Germania“ sich über ihren Wahlkummer hinwegzuhelfen. Beide besagen, daß der Freisinn, auf den sie sonst weidlich zu schimpfen pflegen, unzerlegen ist, und streuen sich, daß wenigstens der eine Rosenow schon in der Hauptwahl gewählt wurde. Selbst um Herrn Dornes kümmert die „Staatsbürger-Zeitung“; so haben die Zeiten sich geändert! Sie weist den Handwerkern und Gewerbetreibenden vor, daß besonders sie durch ihr Ausschließen die Niederlage dieses Freisinnigen im 3. Bezirk verschuldet hätten. Im 30. Bezirk soll, so erzählt das Blatt, der Stimmentgang des Bürgerparteilichen Ulrich mit darauf zurückzuführen sein, daß viele Wahlberechtigten durch den Besuch des Spanierklosters verhindert waren. So wird selbst durch Fälschungen und vaterlandslosen Gesellen der Weg gebahnt!

Ein ganz besonderer Trost ist dem gesamten Bürgertum ohne Unterschied der Partei die Rettung Rosenows vor dem Durchfall. Die „Köln. Ztg.“ sagt, der liberalen Organisation seines Bezirkes müsse „eine besondere Anerkennung“ gezollt werden. Sie redet vor, dort sei „ganz die sozialdemokratische Stimmenzahl von 549 auf 1160, aber auch die liberale wenigstens von 1288 auf 1354 gestiegen“. Dieses „ganz“ — aber! Ist schließlich Wer sich einbilden auf Prozentrechnung beruft, wird hier ergänzen: die

sozialdemokratische Stimmenzahl ist „ganz“ um 100 Prozent, „aber“ auch die liberale wenigstens um — 5 Prozent. Denn Herrn Rosenows Gewinn von 66 Stimmen macht gerade 5 Prozent aus! Herr Rosenow selber hat am Abend des Wahltages in einer für ihn veranstalteten Versammlung begeisterte Ovationen entgegengenommen. Ein Bericht der „Köln. Ztg.“ über diese Versammlung legt ihm über den „Vorwärts“ eine in Gänze fälschliche wiebegebene Aeußerung in den Mund, die auf neue die hochgradige Gedächtnislosigkeit dieses Mannes darthut. Der Trave will übrigens das Verhalten der sozialdemokratischen Stadtverordneten zur Straßenbahnfrage bei Gelegenheit in der Stadtverordneten-Versammlung „festnageln“. Bekanntlich ist ihm auch in dieser Sache seine Gedächtnislosigkeit übel bekommen.

Zu dem Wahleresultat am Mittwoch ist noch nachzutragen, daß im 6. Kommunal-Wahlbezirk der Kandidat der Zentrumspartei 47 Stimmen erhalten hat.

Die Stadtverordnetenwahlen der zweiten Abteilung, die gestern stattfanden, endeten überall mit der Wahl der liberalen Kandidaten. In dieser Abteilung hatten die Herren keinen Kampf mit den Sozialdemokraten zu bestehen, nur die Bürgerpartei war in einigen Bezirken um das Mandat, aber ohne Erfolg. In dem 5. Bezirk, der vor der Wahl umstritten schien, wurde Handelsrichter Deutsch wiedergewählt. Im 12. Bezirk fanden sich zwei liberale Kandidaten gegenüber. Gewählt wurde der Ratszimmermeister Schlöpske gegen den Rechtsanwalt Golland.

Ein Wahlskandalum wird uns aus dem 33. Kommunal-Wahlbezirk berichtet. Dort trat ein Klempner an den Wahltag und nannte den Namen des freisinnigen Kandidaten als seinen Erlöser. Das schien ihm aber noch nicht zu genügen, denn er richtete an den Wahlvorsteher die Frage, ob er nicht auch für seinen Meister die Stimme abgeben könne. Das ging natürlich nicht und unser „blauer“ Klempner mußte sich schon mit dem Bewußtsein begnügen, im Sinne seines Meisters gewählt zu haben; sein Meister wird mit ihm auch so zufrieden sein.

#### Städtische Heimstätten für Genußende.

In der Heimstätte Wlansburg (Markt), welche für geneigte Frauen und Wöchnerinnen bestimmt ist, waren nach Bekanntmachung des Kuratoriums der städtischen Heimstätten für Genußende vom 2. d. M. 21 Betten und in der Heimstätte Heinerdors, Kreis Teltow, für geneigte Männer 21 Betten frei. Ausgeschlossen von der Aufnahme in diesen beiden Anstalten sind: Epileptische, Schwindsüchtige, Syphilitische und Alkoholiker.

In den Anstalten Blankenfelde bei Nieder-Schönhausen für brustkranke Frauen und Mädchen bei Weihensee, ebenfalls für brustkranke Frauen bestimmt, waren sämtliche vorhandenen Betten besetzt. Beide Anstalten haben zusammen 182 Betten.

Die zur Aufnahme brustkranker Männer bestimmten Heimstätten Gütergoh (Kreis Teltow) und Buch (Markt) hatten erstere 10, letztere 50 Betten frei.

In den vier für brustkranke Personen errichteten Anstalten werden nicht aufgenommen: Epileptische, Syphilitische, Alkoholiker und Schwerverrannte.

Personen, welche aufgenommen werden wollen, erhalten Formulare zum ärztlichen Bericht kostenfrei im Aufnahmebüro, Neue Friedrichstraße 9/10, vom 2. Treppen.

Die Millionenbrücke. Am nächsten Sonnabend wird die sogenannte „Millionenbrücke“, die Verbindung der Swinemünder mit der Vellermannstraße über den Bahnhof Gesundbrunnen hinweg, dem Verkehr übergeben werden. Diese Brücke, die amtlich den Namen „Swinemünderbrücke“ führt, ist eine der größten und schenkwertesten Bauwerke Berlins. Sie kostet rund eine Million Mark an Baukosten ohne die für die Arrangierungen und Straßenregulierungen und ist tollendet worden, ohne daß der große Eisenbahnverkehr nach Stettin, Stralsund, Rügen, des Nordrings auch nur einen Tag zu ruhen brauchte. Stadtbaurat Krause ist der Erbauer dieser nur aus Eisen hergestellten Riesenbrücke.

Ablenkung von 15 Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn beabsichtigt in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend, den 10. zum 11., auf dem Kreuzdamm der Weinmeister-, Ränz-, Alie und Neue Schönhauserstraße Kreuzungen auszuweichen. Es werden deshalb von 12 Uhr nachts an folgende Linien abgelenkt: 3 von 11,54 an ab Rietzelplatz und von 12 Uhr an ab Alexanderplatz nach Weinmeister- und Rosenthalerstraße, sondern Alte Schönhauserstraße, Schönhauser Tor und Lothringersstraße. Ebenso umgelenkt werden 11 von 11,43 an ab Wörfler Bahnhof und von 11,27 an ab Wiebe-straße, 22 von 11,44 an ab Müllerstraße, 31 von 11,46 an ab Schleißer Bahnhof, 35 von 11,33 an ab Reinickendorf und von 11,34 an ab Kreuzberg, 36 von 11,42 an ab Kreuzberg sowie 41 von 11,33 an ab Gesundbrunnen. 46 und 47 gehen von 11,28 an ab Nieder-Schönhausen Kirche und von 11,27 ab Rixdorf Spandauerstraße, Königsplatz, Alexanderplatz, Alexanderstraße, Ränzstraße und Alte Schönhauserstraße, ebenso 48 von 10,20 ab Rixdorf und 11,55 an ab Spandauer Allee. 52 geht von 11,21 ab Wilmersdorf durch die Rosenthalerstraße bis zum Rosenthaler Tor, legt Weinbergweg um und fährt durch die Lothringersstraße über das Schönhauser Tor. Ebenso machen es 53 und 55 von 11,54 und 12,02 an ab Danzigerstraße, 11,11 ab Anekebeckstraße und 11,33 ab Hermannsplatz. 54 geht von 12,08 an ab Schönhauser Tor und von 11,17 an ab Sadienplatz Lothringersstraße bis Rosenthaler Tor, Weinbergweg, Rosenthalerstraße. 56 geht von 12,00 an ab Danzigerstraße wie 52.

Die Lohnbewegung in der Wäsche-Industrie machen sich die Wäschehersteller zunutze. Sie haben ein Rundschreiben an ihre Kundenschaft erlassen, in dem es heißt: „Infolge Erhöhung der Arbeitslöhne, sowie infolge der steigenden Tendenz der Baumwoll- und Reinenpreise sehen wir uns veranlaßt, die Preise für fertige Wäsche um mindestens 5 Proz. zu erhöhen. Bei den Artikeln, die besonders von den verteuerten Arbeitsbedingungen beeinflusst werden, tritt eine Preissteigerung von 10 Proz. ein.“

Es bedarf wohl erst gar keines besonderen Nachweises, daß die Erhöhungen der Wäschepreise in keinem Verhältnis zu den den Arbeitern und Arbeiterinnen kürzlich gemachten minimalen Zu-erhöhdnissen stehen. Die Herren Wäschehersteller wollen aber bei dieser Gelegenheit ihr Schäschen säen und so muß die Lohnbewegung herhalten, um diesen Plan zu verwirklichen.

Die Errichtung eines zweiten großen Postamtes im Norden Berlins, in der Nähe der Brunnen- und Lohstraße, wird in einer Petition angefordert, welche zahlreiche Bewohner jener Gegend an die Postbehörde gerichtet haben. Es wird darauf hingewiesen, daß der Norden nur ein großes Postamt, und zwar in der Schulgen-dorferstraße aufzuweisen hat. Die große industrielle Entwicklung des Nordens der Stadt Berlin fordere die Schaffung eines zweiten großen Postamtes in jener Gegend.

Drei größere Störungen im Straßenbahnverkehr fanden gestern nachmittags infolge Stromstörungen statt. In der Zeit von 4 Uhr 36 Minuten bis 4 Uhr 52 Minuten, sowie von 7 Uhr 20 Minuten bis 7 Uhr 33 Minuten waren die Speisepunkte der Unterstation Mariannenstraße krumlos. Hierdurch wurde der Betrieb in den südlichen Stadtteilen, sowie in den Vororten Rixdorf, Röh und Tempelhof für die Dauer der Stromstörung unterbrochen. Eine weitere Betriebsstörung wurde in der Zeit von 8 Uhr 9 Minuten bis 8 Uhr 25 Minuten in den nördlichen Stadtteilen, sowie in Friedrichshagen und Lichterberg infolge Stromlosigkeit der Unterstation in der Volkshagenstraße herbeigeführt.

Ein solenn-schweres Baunachlaß hat sich gestern nachmittags auf einem Neubau in der Westfälischenstraße zugezogen. In der Höhe von etwa acht Meter war ein schweres Sängergewölbe angebracht worden, auf welchem der Arbeiter Gustav Redigewitz aus Spandau auf einer Leiter stehend mit Bugarbeiten beschäftigt war. Durch

einen Windstoß geriet das Gerüst plötzlich ins Schwanken, die Leiter kippte um und stürzte mit dem Arbeiter in die Tiefe. Mehrere andere Maurer, die unten auf der Erde tätig waren, vermochten sich durch Seiten sprünge vor dem Erschlagenwerden zu retten. Redigewitz mit einem Schädelbruch bewußtlos liegen und mußte in be-denklichem Zustande nach dem Kreis-Krankenhaus in Groß-Richter-felde gebracht werden.

Opfer der Arbeit. Zwei schwere Unglücksfälle, darunter einer mit tödlichem Ausgange werden aus dem Straßenbahn- und Eisenbahnverkehr gemeldet. Auf dem Bahnhof der Großen Berliner Straßenbahn in der Riederstraße war der Wagenvorführer Schürlich aus der Brunnenstraße 110 mit dem Reinigen von Waggons beschäftigt. Als er an dem Hinterteil eines Notowagens hantieren wollte, um auf die andere Seite zu gelangen, wurde der Wagen in Bewegung gesetzt und Sch. zwischen zwei Waggons gequetscht. Schwerverletzt wurde er nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht, wo er in der vergangenen Nacht gestorben ist. — Beim Rangieren auf dem Schlesischen Güterbahnhof geriet gestern morgen der Wagenvorführer Michel, Dresdenerstraße 38 wohnhaft, zwischen die Waggons zweier Güterwagen. Der rechte Arm wurde dem Beamten dabei vollständig zermalmt. Die erste Hilfe wurde dem Verunglückten auf der Unfallstation in der Warschauerstraße zu teil. Er kam dann gleichfalls nach dem Lazarus-Krankenhaus.

Drei Weichselenschwindler wurden gestern von der Kriminal-polizei ungeschädlich gemacht. Der Parierrektorat Heinrich Schneider, der unter dem Kristennamen „Harry“ auftrat, saß in Hamburg Barriere auf den Namen Fritz Zeck, meldete sich mit ihnen in der Kangerländerstr. 2 an und lebte von Schwindel und Jubalieren. In „Köln“, dessen Persönlichkeit der Erkennungsdienst bald feststellte, erkannte die Geschädigten den Weichselenschwindler mit dem Hundertmarktschein. — Mit einem Pünktchen „arbeiten“ der Weichsel-War Grenzsch und der Schlichtergeselle Franz Ludke. Während einer das Stück zum Weichsel gab, stürzte der andere in den Boden, um eilig etwas zu kaufen und lenkte so den Verkäufer ab. Gestern merkte ein Geschäftsmann in der Greifswalderstraße seinen Verlust, holte die Gauner, die nach der nächsten Straßenecke gegangen waren, um sich den Raub zu teilen, ein und ließ sie festnehmen.

In der Grafnischen Nordstraße haben in den letzten Tagen umfangreiche Ermittlungen stattgefunden. Im Roabiter Kriminal-gericht, in welchem bekanntlich der Schlichtergeselle Zeckmann unter dem schweren Verdacht, die Schlichterfrau Gräbner ermordet zu haben, in Untersuchungshaft sibt, erfolgten am vorgestrigen und gestrigen Tage zahlreiche Vernehmungen von Einwohnern aus Golen, dem Wohnort der ermordeten G. Es sind dabei wohl neue belastende Momente gegen Zeckmann zutage gefördert worden, eine bestimmte Schuld ist jedoch noch keineswegs erwiesen. Zeckmann, der all-gemein als „Wohnheimstrinker“ gilt, spielt in der Untersuchungshaft angeblich den „wilden Mann“. Es scheint jedoch nicht ausgeschlossen, daß der Verdächtige tatsächlich nicht völlig zurechnungsfähig ist. Schon bei mehreren Gelegenheiten konnte man an ihm ein seltsames Gebaren beobachten, wie man es bei normalen Menschen keineswegs voraussetzt. Voraussichtlich wird Zeckmann auf seinen Geistes-zustand hin untersucht werden.

Ihren Verletzungen erlegen ist die 4 Jahre alte Tochter des Postboten Brümmer aus der Zimmerstraße 18, die an der Ecke der Zimmer- und Friedrichstraße von einem Straßenbahnwagen über-fahren und mit einem Schädelbruch nach der königlichen Klinik gebracht wurde.

Zwei Todesfälle. Der 7 Jahr alte Sohn Heinrich des Schneiders Heise aus der Straußbergerstraße 15 sollte gestern abend vom Vater Brot holen. Nach einer leibigen Anstie, die schon so viel Unheil angerichtet hat, schickte er sich auf das Treppengeländer, um hinunterzuarbeiten, stürzte jedoch kopfüber in die Tiefe. Nach wenigen Minuten fand man ihn mit zerschmetterten Gliedmaßen tot auf dem Asphalt des Hausflures liegen. Die Geldmünzen, die er in der Hand gehabt hatte, lagen zerstreut umher. — Der Anabe Komaczynski aus der Friedrichselderstraße 35 hängt sich beim Spielen mit den Beinen an eine Teppichstange. Als er nun das eine Bein losließ, um damit einen anderen Jungen abzuwehren, fiel er mit dem Kopf nach unten herab, brach sich das Genick und starb nach kurzer Zeit.

Eindreher hatten in der vergangenen Nacht bei dem Schuh-warenhändler Paul Riß in der Gormannstraße 25/26 leichte Arbeit. Obwohl er in der Invalidenstraße wohnt, hat Riß weder die Bodenart noch das Schausenster durch eine Jalousie geschützt. Die Eindreher fanden daher auf das bequemste Eingang, indem sie die Tür mit einem Nachschlüssel öffneten. Sie durchwühlten den ganzen Warenbestand, wählten die besten Herren- und Damenstiefel aus und nahmen für 350 M. mit Pantoffeln und anderes Schuhzeug liegen sie liegen. Als die Verkäuferin morgens kam, fand die Türe noch auf. Eine Spur der Täter ist noch nicht gefunden.

Förmlich salpirt. Wie wir vor einigen Tagen mitteilten, wurde das vierjährige Töchterchen Elisabeth des Postbeamten Brümmer aus der Zimmerstr. 18 an der Ecke der Friedrich- und Zimmerstraße von einem Straßenbahnwagen der R-Linie erfasst und unter die vordere Plattform gequetscht. Als das Kind mit Hilfe der herbeigeeilten Feuerweh unter dem Wagen hervor-gezogen wurde, war ihm die Kopfhaut förmlich weggerissen. In der königlichen Klinik, wohin man die Kleine sofort schaffte, ist sie nun gestern mittag ihren Verletzungen erlegen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin, Gewerkschaftshaus, Engel-lifer 15. Der Unterricht in Rede-Übung findet am heutigen Abend im Saal 1 statt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 64—68 pr. 100 Pfund, Ha 57—64, IIIa 50—55, IVa 40—48, Kalbfleisch Ia 85—90, Ha 72—82, IIIa 56—70, Hammelfleisch Ia 63—73, Ha 48—58, Schweinefleisch 75—80, Rotwülst 60—62 Pf. Hühner Eiern 2,50—4,00, kein 1,00—3,25, Kanarienvogel 0,65—1,00, Krammeltäubchen 0,20—0,25 Pf. Rebhühner, junge Ia 0,90 bis 1,15, junge Ha 0,60—0,90, junge kleine 0,60—0,90, alte Ia 0,70—0,80, alte Ha 0,60—0,90, Hühner, alte 1,30—1,50, junge 0,60—0,80 das Stück, Tauben, junge 0,40—0,55, alte 0,30, Enten, junge 1,50—2,25, Gänse Ia, 2,50—4,00, Ha 2,50—3,50 per Stück, Ia 0,60—0,65, Ha 0,40—0,55 per Pfund. Dachte 75—87 Pf., Schale, unrot 1,10, Hahn, groß 0,60, mittel 0,50 Pf., Hühner 40—51 Pf., Kapfen 0,60, Hahn 0,60 Pf., Schellfische 20—31 Pf., Ränder 25—27 Pf., pro 100 Pfund. Schellfische Vollreife (gelassen) 25—38 Pf., Krebse, kleine, Schaf 0,00 Pf., ungeschalt 2,50 Pf., Eier, Schaf 0,00. Butter pro 100 Pfund Ia 122—124, Ha 115—122, IIIa 111—114, obaltende 90—110. Karotten pr. 100 Pf. rote 2,00—2,20, Welen 0,00—0,00, Meise 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00, Birngold pr. Schaf 4,00—8,00, Weichschaf 6,00—8,00, Reifschaf 4,00—8,00, Hohl 10—12 Pf. Saure Gärten, Schaf 2,00 Pf.

#### Briefkasten der Redaktion.

##### Juristischer Teil.

Die juristische Oberrichtung findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr statt. Geschäftszeit: abends 7 Uhr.  
E. G. In einer Einlegung ist zu raten, da im besten Falle der Aus-gang des Prozesses event. von dem Gutachten eines Sachverständigen über die Angemessenheit des geforderten Restes abhängen würde. — R. 15. Magdow. 1. Der mündliche Vertrag gilt. 2. und 3. kein. — G. 15. Ja. — G. 20. Kaufpreise liegen sich selber nur gegen den Automatisch-führer geltend machen. — S. 109. 75. Die Sachen werden nicht für Eigentum. Sie müssen die Besitze aufzuweisen. Klagen Sie beim Gewerbe-gericht auf Vollzug Ihres Lohnes gegen Rückgabe der Sachen. Forchert Sie angemessenen Lohn. — A. Dr. Spandau. Welche Manipulation wird als Raubmittlerverletzung erachtet, ist mit Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten bestraft. Die Verurteilung würde im September 1908 eintreten. — G. 2. 1000. Die Kapitalist hat recht; nicht persönliche Deutsche sind in Landgemeinden, nicht aber in den städtischen Stadtgemeinden wahl-berechtigt. Lassen Sie sich in den preussischen Staatsverband auf-nehmen — dann sind Sie Wahlberechtigter und landtagswahlberechtigt.  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.